



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Roma in Ungarn

Dynamiken und Relationen zwischen zwei Bevölkerungsgruppen aus entwicklungstheoretischer Perspektive

Verfasserin

Maria-Beate Landl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag.Dr.phil Gerald Faschingeder

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle allen Menschen danken, die mich im Laufe meiner Studienzzeit unterstützt, motiviert, abgelenkt, erheitert, beruhigt, bekräftigt, erinnert, bewegt und ermutigt haben.

Ich danke meiner Familie, insbesondere meiner Mutter Gabriele-Susanne Landl, für ihre Geduld und ihr ehrliches Interesse an meiner Arbeit, und meinem Mann Andor Varga für seine Zeit, die konstruktive Kritik und die erfolgreichen Ermutigungen.

Meinem Betreuer Gerald Faschingeder bin ich überaus dankbar für die interessanten Gespräche und die vielen wertvollen Hinweise und Anregungen. Danken möchte ich auch Reinhold Stipsits und János Wildmann, die mir die Möglichkeit eröffneten, mich im Rahmen mehrerer Aufenthalte in Ungarn dem Thema meiner Arbeit anzunähern und wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die mir sicherlich auch bei zukünftigen Vorhaben hilfreich sein werden.

Last but not least gebührt meinen Kolleginnen und Kollegen in Wien und vor allem auch in Pécs großer Dank für die vielen wertvollen kleinen Beiträge, die es mir ermöglicht haben, im Prozess der Entstehung vorliegender Arbeit auch meinen persönlichen Horizont zu erweitern.

DANKE!

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Überblick

1. Theorie und Methodik

1.1 Politische Ökonomie / Interpretative Sozialforschung	7
1.2 Antiziganismusforschung	10
1.3 Systemtheorie	12
1.4 Postkolonialismus / Postsozialismus	15
1.5 Dekonstruktion	23

2. Betrachtungen

2.1 Zur Geschichte der Roma in Ungarn	27
2.2 Zur Kultur der Roma in Ungarn	42
2.3 Fremd- und Selbsteinschätzungen	64

3. Transformationen

3.1 Vom Sozialismus zum Kapitalismus	71
3.2 Entwicklung der Minderheitenpolitik in Ungarn	84
3.3 Globalisierung der Sozialarbeit	103

Fazit	111
--------------	------------

Bibliographie	113
----------------------	------------

Zusammenfassung / Abstract	123
-----------------------------------	------------

Erklärung	125
------------------	------------

Curriculum Vitae	127
-------------------------	------------

Einleitung und Überblick

Die Volksgruppe der Roma bildet die größte Minderheit Europas und gehört gleichzeitig den ärmsten Schichten der Bevölkerung ihrer Heimatstaaten an. Ungarn beheimatet die zweitgrößte Roma-Minderheit Europas. Vielfach werden Vorurteile und Rassismen zur Sprache gebracht, diskriminierende Praktiken aufgedeckt und erschreckende Zahlen über die Lebensverhältnisse von Roma in Osteuropa publiziert. Wer ein Roma-Dorf in den ländlichen Gebieten Mittel- und Osteuropas besucht, kann die Eindrücke, die sich ihm/ihr dort bieten, kaum mit dem Gedanken vereinbaren, dass die BewohnerInnen nunmehr seit 2004 BürgerInnen der Europäischen Union sind.

Wie diese prekäre Lage entstanden ist, und warum sie eine so hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber politischen Maßnahmen aufweist, ist zu einem guten Teil durch die historischen Entwicklungslinien der Gesellschaften selbst konstituiert. Bildlich gesprochen, stelle ich mir gesellschaftliche Fragen als die Schnittfläche unterschiedlicher Ebenen in einem gedanklichen (räumlichen) Koordinatensystem vor, das aber in jedem Fall um die Dimension der Zeit erweitert werden muss, da die wenigsten Probleme, die eine Gesellschaft betreffen plötzlich und unmittelbar aus dem Nichts auftauchen. Damit möchte ich keinen deterministischen Standpunkt vertreten; ich werde auch keine einfachen kausalen Ursache-Wirkung-Erklärungen anbieten. Denn Kausalität, deren unreflektierte Anwendung oft zu vereinfachenden oder schlicht falschen Aussagen über gesellschaftliche Realitäten führt, ist eine subjektive Art der Bedeutungsgebung, ein selektives Schema der Weltanschauung. „Kausalität ist ein Urteil, eine Beobachtung eines Beobachters, [...], je nachdem, wie der Beobachter seine Interessen formuliert, wie der Beobachter Wirkungen und Ursachen für wichtig oder für unwichtig hält.“ (Luhmann 2002:94)

Der Ungarische Staat mit seiner sozialistischen Vergangenheit durchlief und durchläuft drastische sozioökonomische Umwälzungen, die sich in besonderem

Maße negativ auf die Roma-Minderheit des Landes auswirken. Aktuelle gesellschaftliche Fragen können meiner Meinung nach nicht ohne einen fundierten historischen Hintergrund betrachtet werden. Eine spezifische Perspektive dieser Arbeit ist deshalb die historische. Nach einer ausführlichen Darstellung meines Zugangs, methodischer und theoretischer Hintergründe im ersten Teil vorliegender Arbeit, werde ich im ersten Kapitel des zweiten Teils die historischen Grundlagen meines Themas erarbeiten und skizzieren, wie sich das Verhältnis zwischen Ungarns magyarischer Bevölkerung und der Roma-Minderheit über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat. Das Kapitel stellt eine sehr gekürzte Geschichte der Roma in Ungarn dar, das den Einstieg in das Thema erleichtert und anhand dessen sich bereits sehr gut einige bis in die heutige Zeit wirkende Entwicklungslinien der ungarischen Gesellschaft darstellen lassen. Dabei ist mir wichtig aufzuzeigen, dass die Lage der Roma zu keiner Zeit in der Geschichte Ungarns gegeben oder „natürlich“ ist, und dass gesellschaftliche Spannungen und Konflikte zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungen mitunter historisch verwurzelt sind, woraus sich die Tatsache erklären lässt, dass politische Maßnahmen, die an der Oberfläche wirken, in den seltensten Fällen im Stande sind, nachhaltige Veränderungen herbeizuführen.

Neben der Ausblendung des Zeithorizontes gegenwärtiger gesellschaftlicher Fragestellungen, ist der theoretische Schmelztiegel „Kultur“ ein Kernstück vieler vereinfachender Erklärungsschemata für gesellschaftliche Spannungen, das häufig völlig unreflektiert zur Anwendung kommt und oft als Rechtfertigungsstrategie für unüberwindbare Andersartigkeit und die sich daraus ergebenden, vermeintlich „natürlichen“ Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen instrumentalisiert wird. Dabei wird von einem statischen, „natürlichen“ und dabei nur vage definierten, indifferenten Kulturbegriff ausgegangen. Diesen Begriff möchte im zweiten Kapitel des zweiten Teils

der Arbeit näher betrachten, bevor ich auf verschiedene Aspekte der Medienrepräsentation, sowie der Kunst- und Kulturproduktion im ungarischen Kontext näher eingehen werde.

Erst danach möchte ich mich der viel debattierten Frage ethnischer Identität widmen. Ausgehend von Überlegungen zu sogenannten Schlüsselkriterien wie Muttersprache und deren unzureichender praktischer Aussagekraft, werde ich die Suche nach „objektiven“ Kriterien fortsetzen und dabei das Problem der Datenerhebung ansprechen. Gegensätzliche Methoden, basierend einerseits auf Fremdzuschreibung, andererseits auf Selbstidentifikation haben in der Vergangenheit zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Die Verabschiedung eines Datenschutzgesetzes 1992 ist ein ausschlaggebendes Moment im Balanceakt der ungarischen Minderheitenpolitik zwischen dem Recht auf den Schutz von empfindlichen Daten, wie etwa ethnische Herkunft, dem Recht nicht diskriminiert zu werden und dem Recht auf die eigene Sprache, Kultur und politische Repräsentation. Schließlich stellt sich die grundlegende Frage der Legitimität von Gruppenidentität angesichts nationaler Identitätskonstruktionen mitsamt ihrer inneren und äußeren Grenzziehungen. Diese nationale Identität und ihre Mythen möchte ich entschlüsseln und in Kontrast zu multiplen Identitäten, prozesshaften Dynamiken und gesellschaftlicher Hybridität setzen.

Politische Agenden und ihre Manifestationen in der ungarischen Legislatur sind Gegenstand des darauf folgenden Kapitels, in dem ich mich mit der Entwicklung der Minderheitenpolitik in Ungarn beschäftigen und auf bestehende Diskrepanzen zwischen politischer Rhetorik und deren legislativer Manifestationen einerseits, und der gesellschaftlichen Praxis andererseits hinweisen werde. Im Kontext europäischer Entwicklungen werde ich unterschiedliche theoretische Ansätze thematisieren und Auszüge aus Gesetzestexten analysieren. Fragen der gesellschaftlichen

Hegemonie und der vorherrschenden Narrative werde ich in Relation zu den konkreten Missständen in der Umsetzung der politischen Vorgaben setzen.

Ein abschließendes Kapitel befasst sich mit einer Transformation anderer Art, der Globalisierung der Sozialarbeit in Ungarn. Hier werde ich zeigen, wie transnationale Diskurse in die nationale Ideenlandschaft eindringen und diese modifizieren. Anhand der Auswirkungen internationaler Zwänge auf die Situation von ungarischen SozialarbeiterInnen, SozialhilfeempfängerInnen und ungarische ForscherInnen einerseits und auf Ressentiments gegen transnationale Entwicklungen in der ungarischen Bevölkerung und das Wiederaufleben konservativer Gesinnungen andererseits werde ich die Eckpunkte einer Kritik der Globalisierung erarbeiten.

Ich habe für die vorliegende Arbeit zwar empirische Arbeit im Sinne der teilnehmenden Beobachtung geleistet – unter anderem habe ich ein halbes Jahr (September 2008 – Februar 2009) in der ungarischen „Hauptstadt der Minderheiten“ Pécs (Fünfkirchen) verbracht und war zweimal Gast im „Zigeunerdorf“ Alsószentmárton. Die Ergebnisse meiner Beobachtungen fließen jedoch eher durch meine persönliche Einstellung und mein spezifisches Verständnis der Thematik in den Text ein, und sind nicht explizit Teil dieser Arbeit. Dennoch folge ich dem Vorschlag, jene Potentiale zu nutzen, die im „sinnlichen und ganzheitlichen Erfassen“ (Rosenthal 2008[2005]:111) stecken – in meinem Fall sowohl bei der Lektüre und Verarbeitung von relevanten Texten als auch in meinen Kontakten mit UngarInnen in den Studentenheimen von Pécs, der ländlichen Umgebung von Szekszárd und auf den Straßen von Budapest.

Des öfteren fühlte ich mich in eine seltsame Situation versetzt, insbesondere dann, wenn ich ungarischen KollegInnen zu erklären

versuchte, warum ich ihre Gesellschaft, mehr noch, die unliebsamste Thematik in diesem Kontext überhaupt, die Situation der Roma in Ungarn, zu meinem Forschungsgegenstand gemacht hatte. Obwohl viele dieser KollegInnen – von denen manche eingangs erwähnt sind – mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind, gab es Situationen, in denen ich es sogar vermied, „unangenehm“ aufzufallen und auf die Frage nach dem Thema meiner Arbeit ausweichend und verallgemeinernd („Minderheiten in Ungarn“) antwortete. Dies geschah insbesondere gegen Ende meines Aufenthalts in Pécs, als sich der Unmut vieler UngarInnen über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes immer lauter bemerkbar machte und beinahe eskalierte, als der Mord an einem Spieler der ungarischen Handball-Nationalmannschaft im Zuge einer Kneipen-Rauferei, an der eine Gruppe Veszprémer Roma beteiligt war, die Medien beschäftigte. Ich erinnere mich gut an den kalten Schauer, der mir über den Rücken lief, als ich in einem Zimmer im Jakabhegyi-Kollégium mit ungarischen Freunden um einen kleinen Fernseher versammelt saß, und beobachtete, wie sich erst Empörung, dann Wut und schließlich blanker Hass nicht nur in unserem Zimmer, sondern hörbar am Flur und im ganzen Gebäude breit machten. Die Situation war so angespannt, dass ich befürchtete, UngarInnen aus dem ganzen Land würden bald zur Lynchjustiz übergehen. Zurück in Österreich erreichten mich in den darauf folgenden Monaten immer wieder Meldungen über gewaltsame Übergriffe auf Roma, bei denen mehrere Menschen ihr Leben verloren.

Subjektive Erfahrungen sind also implizit Teil dieser Arbeit, wie sie Teil meiner Persönlichkeit und meiner Gedanken sind. Bedingungslose Objektivität vorzutäuschen, insbesondere bei einem Thema, das sich mit Menschen und Gesellschaften befasst, liegt mir deshalb fern. Diese Subjektivität ist aber kein Makel, sie ist – in den Worten des ungarischen Philosophen György Lukács „eine seelische Tatsache von eigenem Wert und Dasein: eine ursprüngliche und tiefe Stellungnahme zum Ganzen des

Lebens, eine letzte, nicht mehr aufzuhebende Kategorie der Erlebnismöglichkeiten.“ (Lukács 1911:73, zitiert in Dannemann 2004)

1. THEORIE UND METHODIK

Es gibt viele Manifestationen der Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma-Bevölkerung in Ungarn (und anderswo), die allesamt Teil eines komplexen gesellschaftlichen Problems sind. Die vielfach prekäre ökonomische Situation von Roma, ihre durchschnittlich geringe Bildung, gesundheitliche Probleme, aber auch subtile bis offene Feindseligkeit der Mehrheitsbevölkerung ihnen gegenüber sind sehr unterschiedliche Aspekte, die sich dennoch nicht getrennt voneinander analysieren lassen – zumindest nicht, ohne einen gewissen Überblick zu verlieren, der aber wichtig für das Erfassen und Verstehen der gesellschaftlichen Realität(en) ist. Die Vielschichtigkeit der Problematik erfordert eine Annäherung aus verschiedenen theoretischen Richtungen, die letztlich eine Synthese der unterschiedlichen Zugänge erlaubt. Nur so kann eine Fragestellung, die sich über die Grenzen einzelner wissenschaftlicher Disziplinen erstreckt, angemessen bearbeitet werden. Mit dem theoretischen Instrumentarium einer Entwicklungsforscherin nähere ich mich in dieser Arbeit einer postsozialistischen Gesellschaft und ihren symptomatischen Punkten.

1.1 Politische Ökonomie und interpretative Sozialforschung

Das Feld der Entwicklungsforschung, das meinen persönlichen Ausgangspunkt bildet, ist *per definitionem* interdisziplinär, d.h. hier treten VertreterInnen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen – im Idealfall – in einen Dialog und schaffen durch Diskussion der unterschiedlichen Sichtweisen auf ein Thema neue, umfassendere

Zugänge. Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts gestaltete es sich schwierig, die Grenzen zwischen den Disziplinen zu überschreiten, in der jüngeren Vergangenheit werden diese Grenzen jedoch wieder durchlässiger und erlauben einen intensiveren Dialog. *Wieder* durchlässiger deshalb, weil die Teilung der Wissenschaften, ihre systematische Ausdisziplinierung, erst ab Beginn des 19. Jahrhunderts erfolgte. In diese Zeit verortet der einflussreiche Philosoph Michel Foucault den Wandel der drei Wissensbereiche hin zu geschlossenen Disziplinen: Die Naturgeschichte wird zur Biologie, das Wissen von den Reichtümern zur Ökonomie, die Grammatik zur Philologie (vgl. Foucault 1978 [1966]).

Ein gleichsam „vordisziplinärer“ Zugang ist jener der *politischen Ökonomie*, der zu Beginn seiner Entstehung in der Mitte des 18. Jahrhunderts verschiedene Bereiche, allen voran Politik und Ökonomie integrierte.¹ Einschneidende gesellschaftliche Umwälzungen wurden von den unterschiedlichsten Standpunkten betrachtet, vom Moralphilosophen Adam Smith bis zum Journalisten Karl Marx und vom Schriftsteller Daniel Defoe bis zum Börsenspekulant David Ricardo, die allesamt wichtige Beiträge zur einer Theorie der politischen Ökonomie lieferten (vgl. Novy 2007 [2002]:10).

Mit der Verengung des breiten Zuganges und der Akademisierung der Ökonomie wurde die neoklassische Theorie bestimmend für die Analysen von ÖkonomInnen, in der Folge aber auch für weite Teile der Sozialwissenschaften. Ausgehend von klassisch-ökonomischen Zugängen, deren berühmtester Vordenker und Vertreter Adam Smith (1723-1790)² war, wurde ein spezifisches Menschen- und Gesellschaftsbild geschaffen, in dessen Zentrum der *Homo Oeconomicus* steht, das rational handelnde

1 So beinhaltet etwa Jean-Jacques Rousseaus Beitrag für die *Grande Encyclopédie* unter dem Stichwort *Économie politique* von 1755 neben staatstheoretischen Überlegungen eine moralisch-politische Kritik des Merkantilismus.

2 1776 erfolgte die „Veröffentlichung“ des wohl berühmtesten ökonomischen Buches aller Zeiten, nämlich „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ von Adam Smith.“ (Felderer, Homburg 2005[1984]:23)

Individuum, das nach der Maximierung des eigenen Nutzens strebt, und dabei quasi automatisch auch der Gesellschaft bestmöglich dient. Jene Gesellschaft wird in dieser Sichtweise auf eine Marktwirtschaft reduziert, die vorherrschende Beziehungsform ist der Tausch nach dem Prinzip der Optimierung. Welche Auswirkungen diese Reduktion im Bereich der sozialen Praxis konkret haben kann, werde ich an späterer Stelle anhand der Sozialarbeit in Ungarn erläutern (siehe Kapitel 3.3).

Vorerst möchte ich lediglich allgemein festhalten, dass eine einseitige, sehr spezialisierte Betrachtungsweise zwar genaue und sehr spezielle Beobachtungen liefern kann, jedoch das Wesen einer Sache leicht übersieht. Denn „[d]ie Un-Ordnung der Welt, in der wir leben, ist vielschichtig und wird erst verstanden, wenn über herkömmliche disziplinäre Zugänge hinausgegangen wird“ (Novy 2007 [2002]:14).

Die *interpretative Sozialforschung* ist ein Feld, das auf dem Dialog zwischen Diskursen beruht, und dessen Anliegen die Schaffung eines gemeinsamen Raumes für öffentliche Diskussion, Dialog, Kommunikation ist (vgl. Novy 2007 [2002]:15). Die unterschiedlichen Disziplinen, die in vorliegender Arbeit zu Wort kommen, stehen auf den ersten Blick nebeneinander, ohne zu interagieren. Durch die Ausrichtung auf ein gemeinsames Forschungsfeld treten sie jedoch in einen Dialog miteinander. Der interdisziplinäre Zugang ist „im Kern eine Übersetzungsleistung“ zwischen den verschiedenen Ansätzen, ihren Betrachtungsweisen, ihrem Vokabular (Ebd.). Es stellt sich heraus, dass es keine hierarchische Ordnung der unterschiedlichen Argumente und keine festgefahrenen Kriterien und Muster für diesen Dialog gibt, was als Schwierigkeit, aber auch als Bereicherung gesehen werden kann. Denn, „[d]ie Welt als widersprüchliche Einheit zu sehen, stärkt das Bewusstsein dafür, dass verschiedene Interpretationen der Wirklichkeit nebeneinander stehen und legitim sind.“ (Novy 2007 [2002]:15f.)

1.2 Antiziganismusforschung

In den Sozialwissenschaften taucht im Zusammenhang mit der Ausgrenzung von Bevölkerungsschichten aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit immer wieder ein Begriff auf, der sich an das ungleich ältere (zumindest in der Theoriebildung) Konzept des Antisemitismus anlehnt, nämlich jener des *Antiziganismus* (vgl. Wippermann 1999; Hancock 2005, Solms 2006, zitiert in Haupt: 2009:13ff). Gernot Haupt, der sich als Religionslehrer viele Jahre in einem Dorf in West-Rumänien aufgehalten hat und dort ein Sozialprojekt für Roma betrieb, hat sich bei der theoretischen Verarbeitung seiner Erfahrungen aus einer soziologischen/theologisch-theoretischen Perspektive angenähert (Haupt 2009:13ff). Seine Einteilung möchte ich hier als vorläufigen Raster für eine Analyse der Situation der ungarischen Roma übernehmen. Diese Situation ist historisch gekennzeichnet durch eine Reihe von Momenten, in denen sich der jeweilige Grad an (In-)Toleranz der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Minderheit manifestiert. Haupt bezeichnet diese Momente als „Eckpunkte auf dem Kontinuum zwischen Exklusion und Inklusion“ (Haupt 2009:14) und führt die folgenden an:

Extermination. Die Ablehnung der Mitglieder einer gesellschaftlichen Gruppe geht so weit, dass die einflussreichen Schichten der Mehrheitsgesellschaft ihre physische Auslöschung durchsetzen. Pogrome sind Höhepunkte der Diskriminierung: Karl VI. etwa erklärte jene „Zigeuner“, die sich weigerten, das Land zu verlassen, für „vogelfrei“ und schuf damit die Grundlage für die „Zigeunerjagden“ in der Blüte des Barock (2.1). Zwei Jahrhunderte später gipfelte die physische Verfolgung und Bekämpfung der Roma im Genozid des Holocaust. Dies war jedoch keineswegs das Ende der gewaltsamen Übergriffe auf Roma. Erst in

jüngster Vergangenheit lässt sich wieder ein Aufflammen der Gewalt beobachten, so etwa in der Anschlagserie auf Mitgliedern der Minderheit, die Ungarn seit Mitte 2008 erschüttert und bei der insgesamt mindestens sechs Roma getötet und 55 verletzt wurden (Lauer 2009).

Expulsion. Diese „Maßnahme“ zielt ebenso auf das physische „Verschwinden“ von unerwünschten Mitgliedern der Gesellschaft ab. Zumeist handelt es sich um die Vertreibung aus einem Land, aber auch aus einem Wohngebiet, der Schule, sowie anderen gesellschaftlichen Räumen. Immer wieder in der Geschichte der Beziehungen zwischen Magyaren und Roma haben sich erstere bewusst räumlich von letzteren abgegrenzt. Unter der Regierung des bereits erwähnten Kaisers Karl VI. wurden alle „Zigeuner“ des Landes verwiesen, und bei Nichtbefolgung der Anordnung ermordet. Doch auch die Entstehung eines Roma-Viertels in Buda (heute das Viertel Józsefváros) zeugt von der räumlichen Ausweisung und Abschottung. Ein aktuelleres (und medienwirksames) Beispiel aus der Slowakei ist der Bau von Mauern zum „Schutz der Dorfbewohner“ vor ihren Nachbarn aus den Roma-Vierteln (Bachmann 2009).

Repression. Repressive Formen der Diskriminierung treten in allen Lebensbereichen auf und schließen mitunter die zwangsweise Assimilation ein. Durch die Zerstörung kultureller Identität und autarker Organisationsformen soll die Eingliederung der Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft erfolgen. Die Vielfalt repressiver Maßnahmen gegen Roma ist schier unerschöpflich. Besonders beispielhaft sind aber die Assimilationspolitik des Absolutismus – welche unter anderem das Verbot der „Zigeunersprache“ (des Romanes) und die „Umerziehung“ von Roma(-kindern) umfasste (siehe Kapitel 2.1), aber auch der formal rassenblinde Diskurs des ungarischen Kommunismus, der danach trachtete, die „Wurzel des Übels“ der gesellschaftlichen Konflikte – die Kultur und Lebensweise

der Roma – auszumerzen.

Integration. Die seltenste Form des intra-gesellschaftlichen Kontaktes ist die tatsächliche Eingliederung der Roma in die ungarische Mehrheitsgesellschaft ohne das repressive hierarchische Verhältnis, das letztlich Assimilation verlangt. Allein diese Form des Zusammenwirkens erlaubt auf längere Sicht die Aufrechterhaltung der Identität der Minderheit und ein konfliktfreies Zusammenleben, von dem beide Seiten profitieren können.

1.3 Systemtheorie

Die meisten Formen der gegenwärtigen Interaktion zwischen Roma und „Magyaren“³ sind gekennzeichnet von verschiedensten Formen der Repression. Anders formuliert wird diese Minderheit immer wieder in unterschiedlicher und meist hierarchischer Weise in (gesamt-)gesellschaftliche Systeme inkludiert oder aus diesen ausgeschlossen (Haupt 2009:14). Zum besseren Verständnis der Ein- und Ausschließungsverfahren wollen wir uns zunächst auf eine sehr theoretische Ebene begeben und von dieser aus einen Blick auf die Beschaffenheit dieser gesellschaftlichen Systeme werfen. In der Definition des Soziologen Niklas Luhmann handelt es sich dabei zunächst um Ergebnisse eines sehr abstrakten Konzepts: „Da hat man Einheit, Grenze, Prozess, Struktur, Element, Relation, [...] und wenn man fragt, was deren Einheit sei, endet man bei dem „und“. Ein System ist eine Undheit.“ (Luhmann 2002:77) Die kleinste „Undheit“ nennt Luhmann *Operation*, und

3 Es handelt sich um einen fragwürdigen Begriff, da die ungarische Gesellschaft historisch äußerst inhomogen ist. Die Vorstellung eines Magyarentums, einem Volk mit gemeinsamem mythischem Ursprung, ist zum Teil eine nationalistische Konstruktion, die sich vor allem in jüngster Vergangenheit in Ungarn wieder wachsender Beliebtheit erfreut (siehe dazu das Kapitel über Ungarn in Mayer, Odehnal 2010)

eine Folge oder Reihe von Operationen erzeugt, so der Umkehrschluss, ein System. Dieses darf also nicht als starre Struktur gesehen werden, vielmehr muss der Prozess in den Mittelpunkt des Denkens treten. Während Struktur Zentrum, Prinzip, Basis und Hierarchie braucht, sind Prozesse Vorgänge in der Zeit, verlangen nach einer dynamischen Sichtweise und verweisen auf eine große Vielfalt. In dieses Bild passt der Begriff des *homo significans*, des Bedeutung erzeugenden Menschen in der Theorie des Sprachwissenschaftlers Roland Barthes: Wichtig ist nicht der jeweilige Inhalt der Bedeutungen, sondern der Akt, der Bedeutung erzeugt (Barthes 1996[1966]:221). Die daraus resultierenden Bedeutungssysteme lassen sich aus soziologischer Sicht als Operationssysteme begreifen, oder genauer als Ergebnis zirkulärer Operationssysteme (Luhmann 2002:77). Diese gesellschaftlichen Systeme sind per definitionem Kommunikationssysteme, denn: „Was immer in der Gesellschaft geschieht, ist Kommunikation [...]“ (Ebd.:90)

Diese Aussage befördert uns mitten in die Welt der Diskurse. Auch hier geht es wieder um Prozesse, um rhetorische Organisationen und Operationen, deren Analyse wiederum versucht, die „Undheiten“ zu erfassen. „Die Diskursanalyse ist *nicht* interessiert an einzelnen Ereignissen oder deren kausaler Abhängigkeit, beschäftigt sich *nicht* mit [...] Individuen und den Folgen [ihrer] Handlungen, sondern versucht, statt auf das besondere Einzelne zu achten, die Mechanismen und Strukturen des Zusammenspiels zu erhellen“ (Kimmich et al. 2003[1996]:226). Die Frage nach der Situation der Roma in Ungarn lässt sich aus dieser Perspektive nicht durch Einzelschicksale beantworten – auch wenn sich diese womöglich bis zu einem gewissen Grad generalisieren lassen.⁴ Mich interessieren aber die Systeme und Zusammenhänge, die hinter der kontinuierlichen Exklusion von Roma aus mehrheitsgesellschaftlichen Systemen stehen. Nachdem ich nun die

4 Etwa in Bezug auf Wohnsituation, Bildung und andere vorher erwähnten gesellschaftlichen Systeme ähneln sich Schicksale von Roma-Familien.

Beschaffenheit dieser Systeme grob skizziert habe, ist an dieser Stelle noch Platz für einige Worte zu deren Funktionsweise.

Kommunikations- und Operationssysteme haben laut Luhmann zwei Richtungen, Selbstreferenz und Fremdreferenz. Einerseits ist die operative oder operationale Geschlossenheit wichtig für das Bestehen eines Systems, das „stets innerhalb des Systems Anschlüsse, Folgerungen, nächste Erkenntnisse, Rückgriffe auf das Gedächtnis und so weiter suchen [muss].“ (Luhmann 2002:93) Auf der anderen Seite beruht die Existenz eines Systems auf Differenz, auf seinen Unterschieden zur Umwelt (Ebd.:89). Auf diesen Gedanken stoßen wir bereits in der Theorie des Linguisten Ferdinand de Saussure, dem Begründer des Strukturalismus, der feststellt, dass sich die Bedeutung eines (sprachlichen) Zeichens aus der willkürlichen Beziehung zwischen Bezeichnendem und Bezeichnetem und der Differenz des einen Zeichens zu anderen Zeichen ergibt (vgl. Eagleton 1994).

Für mein Forschungsfeld bedeutet dies erstens, dass gesellschaftliche Systeme – vereinfacht gesagt – einer eigenen Logik folgen, die sie aus dem Selbst-Bezug heraus begründen. Dies kann zum Beispiel erklären, warum wir manchen Diskursen oder Strategien uns fremder Systeme (Gesellschaften) vorerst nur verständnislos gegenüber stehen (können). Zweitens sind sie auf die Unterschiede zur Außenwelt und zu anderen gesellschaftlichen Systemen angewiesen. Aus dieser Bedingung heraus lassen sich gewisse Formen der Interaktion sowie verschiedene Abgrenzungsmechanismen besser erklären. Diese funktionalen Eigenschaften von Systemen geben einen ersten Hinweis darauf, wieso Diskurse der Ausgrenzung zumal großen Anklang finden, warum sich Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen hartnäckig halten und darüber hinaus auch politisch instrumentalisiert und reproduziert werden können und werden.

1.4 Postkolonialismus und Postsozialismus

Wenden wir uns nun dem konkreten Raum zu, auf den sich meine Analyse bezieht. Die geographische Lage und spezifische Geschichte Ungarns sind von essentieller Bedeutung für gegenwärtige gesellschaftliche Realitäten. Für die Beschreibung und Analyse der Situation des Landes greife ich auf zwei weitere theoretische Strömungen zurück, synthetisiere diese und möchte damit eine weitere Facette zum Ensemble der Perspektiven, welche diese Arbeit präsentieren will, hinzufügen.

„It is no doubt true that there is, on this planet, not a single square meter of land that has not been, at one time or another, colonized and then postcolonial,“ schreibt David Chioni Moore (2005:514) und weist damit auf die umfassende Relevanz postkolonialistischer Forschung hin.

Das Konzept der *Postkolonialität* diene (und dient) einer Vielzahl von EntwicklungsforscherInnen als analytischer Rahmen für die Beschreibung von Situationen, welche durch Begriffe wie „nicht-westlich“, „zur dritten Welt gehörig“, „entwicklungs-...“ nicht adäquat erfasst werden können. Die erwähnten Begriffe sind unpräzise, verallgemeinernd und mit einer Reihe von Assoziationen behaftet, welche den Blick auf das eigentliche Untersuchungsfeld verschleiern. Postkolonialistische Forschung richtet sich gegen unzulässige Verallgemeinerungen, betont die historische Dimension und öffnet damit ein neues analytisches Fenster.

Der Begriff *Postsozialismus*⁵ bezeichnet eine analytische Kategorie, die

5 Die Postsozialismusforschung, eine interdisziplinäre Forschungsrichtung, entstand im Zuge des Zusammenbruchs der sozialistischen Systeme in Ost- und Mitteleuropa. Mittels qualitativer Feldforschung wird der Rolle des sozialen und kulturellen Kapitals, der Anwendbarkeit westlich geprägter Gesellschaftsmodelle in den Staaten des ehemaligen Realsozialismus, der jeweiligen Ausformung von Konsum- und Politikverhalten, sowie den Bedingungen der Herausbildung neuer Eliten nachgegangen. Geprägt wurde der Begriff durch die Forschungen der MitarbeiterInnen des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung (<http://www.eth.mpg.de/>), vor allem von Christoph Hann.

sich auf die Verhältnisse in ehemals realsozialistischen Gebieten bezieht. Ich gehe in vorliegender Arbeit nicht im Detail auf die allgemeinen historischen Gegebenheiten ein, welche die Entstehung, Ausbreitung und weitere Entwicklung kolonialer beziehungsweise realsozialistischer Systeme bedingt haben. Ich möchte vielmehr im Folgenden Parallelen aufzeigen, welche als Schnittstellen zwischen postkolonialistischer und postsozialistischer Forschung betrachtet werden könnten und erklären, warum ich diese Ansätze als methodisch wertvoll erachte und in meine Analysen einbinde.

Die historische Dimension findet in beiden der erwähnten Forschungsfeldern (Postkolonialismus, Postsozialismus) besondere Beachtung, worauf schon in den Bezeichnungen der Präfix "post-" hinweist, der sich auf eine Zeitachse bezieht. Inhaltlich geht es also nicht bloß um eine Querschnittanalyse bestehender Verhältnisse, der Fokus liegt jeweils auf der Herausarbeitung struktureller (Dis-)Kontinuitäten und der Einbeziehung spezifischer historischer Konstellationen, welche gegenwärtige reale Verhältnisse geformt haben und noch immer beeinflussen. Postkolonialismus-Studien befassen sich im Allgemeinen mit den ehemals kolonialisierten Teilen der Welt im, so zu sagen, "klassischen Sinn",⁶ die aufgrund ihrer spezifischen historischen Erfahrungen durch Spannungen zwischen Autonomie und Abhängigkeit, Eigenständigkeit und hybride, teil-koloniale Herkunft, Widerstand und Komplizenschaft, Imitation und Originalität geprägt sind (Moore 2005:514,517). Gegenstand der postkolonialen Untersuchungen sind konkret die politischen, sozialen, kulturellen und literarischen Situationen vor allem in Afrika südlich der Sahara, Südasien, der Karibik, dem arabischen Raum, Lateinamerika und – seltener – den USA.

6 Die gewählte Formulierung soll an dieser Stelle ausdrücken, dass die Aussage einen spezifischen, in diesem Falle europäisch zentrierten, Blickwinkel wieder spiegelt.

VertreterInnen des Postsozialismus betonen ebenso, dass ein plötzliches, vollständiges Verschwinden von sozialen Gegebenheiten nicht möglich ist. Der Realsozialismus war eine durchdringende Erscheinung, die nicht nur aus einem Bündel spezifischer Praktiken bestand, sondern Gesellschaften nachhaltig ideologisch prägte (vgl. Hann, Humphrey, Verdery 2002:26). Diesem Aspekt kommt auch in postkolonialen Gesellschaften große Bedeutung zu. Beispiele für Komponenten, die etwa die kolonialen (und postkolonialen) Realitäten im subsaharischen Afrika bedingen, sind – hier nur in Stichworten erwähnt – die Ausweitung der Einflussosphäre eines externen Imperiums (Kolonisierung) von außen nach innen, mit dem Ergebnis der Etablierung von Marionettenregierungen oder der direkten Beherrschung des Gebietes; die Umstrukturierung des Bildungssystems und inhaltliche Ausrichtung auf Sprache und Perspektive der Kolonialisten; die Ausrichtung der ökonomischen Produktion auf die Interessen der herrschenden Macht, realisiert durch zentrale Planung und Vernachlässigung der lokalen Bedürfnisse. Man muss nicht derart tief in die Geschichte vordringen, den "klassisch kolonialen" Geist des russischen Imperiums zu strapazieren, um voran gegangener Aufzählung europäische Parallelen zuordnen zu können. Beispielsweise ist die Kontrolle von Wissen und Repräsentation als Mittel der Machterhaltung – ein zentrales Thema der Postkolonialismusstudien – ebenso charakteristisch für koloniale Praktiken, als auch für die Etablierung der Dichotomie des Kalten Kriegs. Ähnliche Parallelen existieren im Hinblick auf politische und ökonomische Machtausübung in Kolonialismus und Sozialismus.

Die wichtige Gemeinsamkeit der beiden Untersuchungsfelder besteht also auf inhaltlicher Ebene in der extern induzierten, tiefgreifenden und nachhaltigen Transformation der betroffenen Gesellschaften (siehe Kapitel 3.1). Auf analytischer Ebene ist ihnen die Wichtigkeit der Einbeziehung der Strukturen und Kontinuitäten in die Untersuchung bestehender Spannungsfelder gemeinsam. Aus meiner Sicht spricht daher einiges

dafür, postkoloniale Methoden zur Analyse der ungarischen Gesellschaft, und insbesondere der Situation der Roma, anzuwenden. Postsozialistische und postkoloniale Forschungsfelder haben offensichtliche Gemeinsamkeiten auf inhaltlicher Ebene und können methodisch voneinander profitieren. Die post-sowjetische Sphäre weist zumindest zwei signifikante Eigenschaften für die postkoloniale Forschung auf, nämlich „how extraordinarily postcolonial the societies of the former Soviet regions are, and, [...] how extraordinarily little attention is paid to this fact“ (Moore 2005:517f). Moore identifiziert in diesem Zusammenhang ein „doppeltes Schweigen“ in der wissenschaftlichen Arena – einerseits das Schweigen der Postcolonial Studies über die ehemaligen Sowjet-Gebiete, andererseits das Schweigen der Spezialisten auf dem Gebiet jener Länder gegenüber postkolonialer Forschung – und merkt in diesem Zusammenhang plakativ an: „South does not speak East, and East not South“ (Ebd. 519). Auch andere AutorInnen aus dem Gebiet der Postsozialismusforschung plädieren dafür, Parallelen zur Postkolonialismusforschung zu erstellen (Verdery 2002:32). Eine Zusammenschau ermöglichte etwa die Untersuchung von verschiedenen Typen von Imperien, der unterschiedlichen Rollen der kolonisierten Gebiete (Stichwort „Sicherheitszone Osteuropa“) und der differenzierten Heranführung der Kolonien oder Satellitenstaaten an das globale Netz der Kapitalströme sowie der Auswirkungen der spezifischen Eingliederung. Bei all diesen Themen stünden, der Schwerpunktsetzung postkolonialer Ansätze gemäß, insbesondere marginalisierte Teile der untersuchten Gesellschaft(en) im Brennpunkt der Analyse.

Die postkolonialistische Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak beschäftigt sich in ihrer Theorie mit eben solchen marginalisierten Bevölkerungsgruppen, in dem sie in einem ihrer Texte etwa die Frage aufwirft, ob „Subalterne“ sprechen können (Spivak 2008[2005]). Ich möchte an dieser Stelle einige zentrale Begriffe aus Spivaks Theorie

erörtern und das theoretische Instrumentarium, das sie zur Beantwortung ihrer eigenen Frage einsetzt, in einem weiteren Schritt auf seine Anwendbarkeit auf marginalisierte Gruppen in postsozialistischen Gesellschaften prüfen.

Der namengebende Begriff in Spivaks Text ist jener der *Subalternität*. Die Autorin greift hier auf ein gramscianisches Konzept zurück⁷: Subalterne sind Individuen, welche keiner hegemonialen Klasse angehören, politisch unorganisiert sind und (vorerst noch) über kein gemeinsames Klassenbewusstsein verfügen. Gramsci bezog sich konkret auf die verarmte ländliche Bevölkerung Italiens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, während Spivak die Verhältnisse im kolonialen und postkolonialen Indien untersucht: Subalterne sind innerhalb eines kolonialisierten Territoriums von allen Mobilitätsformen abgeschnitten und befinden sich in einem Unterdrückungs- oder Ausbeutungsverhältnis, stellen gleichzeitig aber eine potenzielle revolutionäre Kraft dar. Voraussetzungen für die Realisierung dieses revolutionären Potenzials sind allerdings ein gemeinsames (Klassen-)Bewusstsein sowie Formen der Organisation, die wiederum eines gewissen Grads an Mobilität bedürfen.⁸ Gramsci verortet die ländliche Bevölkerung Italiens in den subalternen Raum, da sie – anders als das städtische Industrieproletariat – weder über Mobilitäts- und Organisationsformen, noch über ein gemeinsames Klassenbewusstsein verfügen, und sich damit in einer noch marginalisierteren Position als etwa das städtische Proletariat befinden. Spivak beobachtet im Falle Indiens eine ähnliche Situation und merkt an, dass sich die ökonomische und politische Macht auch nach der Entkolonialisierung des Landes auf eine kleine Gruppe der gebildeten Mittelschicht konzentriert, während ländliche Bevölkerungsschichten von

7 Der italienische Marxist Gramsci schrieb seine Überlegungen 1929-1935 während der Zeit des italienischen Faschismus in Gefangenschaft in seinen „Gefängnisheften“ nieder.

8 Mobilität ist hier nicht ausschließlich im räumlichen Sinn zu verstehen. Auch der Zugang zu Kommunikationstechnologien und Medien oder gesellschaftliche Aufstiegschancen begreife ich in diesem Zusammenhang als spezifische Mobilitätsformen.

den Früchten des Fortschritts weitestgehend nicht profitieren können (vgl. Do Mar Castro/Dhawan 2005:58).

Mit dem Begriff der Subalternität sucht Spivak heterogene Subjektpositionen zu beschreiben und dabei die gängigen kontraproduktiven Verallgemeinerungen, welche sie als "Masterwords" (vgl. Spivak 2008 [2005]) bezeichnet, zu vermeiden. Die unbedachte Verwendung solcher verallgemeinernden Begriffe (wie etwa "*die Arbeiter*" oder "*die Frauen der dritten Welt*") homogenisiere unvergleichbare Lebenserfahrungen (Do Mar Castro/Dhawan 2005:58). Masterwords sind Produkte *epistemischer Gewalt*, einem weiteren Kernbegriff der spivak'schen Argumentation. Im Kontext kolonialistischer Machtverhältnisse werden auf eine spezifische Weise Subjekte konstituiert. Dies geschehe im Zuge der Etablierung *eines* Narratives der Realität als normativ, wobei das Bildungssystem als Apparat der Wertekodierung eine zentrale Rolle spiele und die imperialistische Geschichte der Subjektkonstitution auch im Kontext neokolonialer Machtverhältnisse fortführe (Spivak 2008 [2005]; Do Mar Castro/Dhawan 2005:56).

Ein starkes Argument für die Anwendung des Subalternitäts-Begriffs auf Roma in Osteuropa ist die Existenz stark belasteter und dabei äußerst wirkungsmächtiger Masterwords. Der Begriff "Zigeuner" wird beispielsweise trotz seiner unzähligen negativen Konnotationen und problematischen Vergangenheit in der ungarischen Alltagssprache ("cigány"), in verschiedenen Medien und auch im politischen Diskurs bedenkenlos und oft sogar bewusst pejorativ angewendet. In der ungarisch-österreichischen Geschichte wurden Masterwords – etwa im 18. Jahrhundert – ganz offen von den Machthabern eingeführt, worauf ich im nächsten Kapitel noch näher eingehen werde. Heute geläufige, weniger assoziative Begriffe, wie "Roma und Sinti", sind ebenfalls wenig differenziert und stark verallgemeinernd. Es handelt sich bei den

betreffenden Gruppen keinesfalls um eine homogene Einheit (siehe Kapitel 2.3) und der Versuch, Menschen mit unterschiedlichsten Lebenserfahrungen in einem ethnisch definierten Sammelbecken unterzubringen, ist zum Scheitern verurteilt und politisch problematisch.⁹ „Lediglich die Opposition „Zigeuner“ – „Nicht-Zigeuner“ scheint zulässig, da sich trotz aller Unterschiedlichkeiten im kulturellen Bereich eine Reihe von Gemeinsamkeiten gegenüber den Nicht-Zigeunern feststellen lässt“ (Eder 1993:71), doch auch diese Gegenüberstellung ist stark vereinfachend und scheint mir methodisch nicht sinnvoll zu sein. Der Begriff der Subalternität hingegen beschreibt nicht eine gesellschaftliche Gruppe, sondern einen Raum, dem sich ein Großteil der betreffenden Bevölkerungsgruppe zuordnen lässt. Roma in Ungarn gehören keiner hegemonialen Gruppe an und waren bis in die jüngste Vergangenheit politisch unorganisiert. Das gemeinsame Bewusstsein, das Roma-Gruppen in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft entwickelt und gepflegt haben, und das nach Gramscis Auffassung im Stande ist, sie zu einer revolutionären Kraft zu machen, wurde in der ungarischen Geschichte immer wieder bewusst angegriffen und zerstreut. Eindrückliche Beispiele hierfür finden sich unter den assimilationspolitischen Maßnahmen im Neoabsolutismus, aber auch im Kontext zunehmender Rechtsradikalisierung in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts (siehe Kapitel 2.1).

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Masterwords zurückkommen, und diese als Ergebnisse einer spezifischen Subjektkonstitution näher betrachten. Diese Subjektkonstitution ist in ihrer historischen Dimension meist schwer zu entschlüsseln, was mit der Ausübung epistemischer Gewalt zusammenhängt. Spivak spricht von Lücken in der indischen Geschichtsschreibung, die, wie ich meine, in ähnlicher Weise auch in der ungarischen Geschichtsschreibung klaffen.

⁹ In Ermangelung eines akkurateren Begriffs verwende ich in vorliegender Arbeit dennoch die Bezeichnung „Roma“ und bin mir dabei der Problematik bewusst.

Das Romanes (= Romani = Romani chib [„Sprache“, „Zunge“]) ist ein Konglomerat aus einer Vielzahl unterschiedlicher Dialekte, weist eine enge Verwandtschaft zum Sanskrit, der indoeuropäischen Ursprache, auf (Eder 1993:73) und besitzt de facto keine schriftliche Tradition. Schriftliche Zeugnisse über die Geschichte der Roma Ungarns¹⁰ spiegeln demnach immer die Meinungen (und Vorurteile) von Dritten wieder, deren Standpunkte im gesellschaftlichen und politischen Kontext ihrer Zeit verwurzelt sind, und deren Normgefüge auf einem anderen kulturellen Wertesystem beruht. Will man historische Aufzeichnungen *über* Roma als Quellen heranziehen, ist es unbedingt notwendig, die Interpretationsmodelle, die hinter jeder Aussage stehen, zu dechiffrieren.

Mit den vorangegangenen Überlegungen steht die Etablierung *eines* Narratives der Realität als normativ, ein Teil-Ziel der Ausübung epistemischer Gewalt, in engem Zusammenhang. Ich habe bereits das Bildungssystem und seine kodierende Funktion in Bezug auf Wertesysteme und die konservierende Rolle im Bezug auf die Fortführung bestehender Machtverhältnisse erwähnt. Ein Blick auf die Bildungssituation in Ungarn mit Fokus auf die Roma-Bevölkerung bringt diese Strukturen klar zum Vorschein. Bei zunehmender Integration von Roma-Kindern in das ungarische Schulsystem werden auch Diskriminierung und Segregation offensichtlich. Die Herausbildung von Schulklassen mit überwiegender Roma-Mehrheit und der überproportionale Anteil von Roma-Kindern in sonderpädagogischen Bildungseinrichtungen sind Faktoren, welche Resultat und zugleich wiederum Ausgangspunkt der Reproduktion einer "ghetto culture" sind (UNDP 2002:4). Die soziale Marginalisierung findet ihre Entsprechung in der räumlichen Segregation: Viele Roma lebten und leben in eigenen Siedlungen und Dörfern, abgegrenzt von der Mehrheitsbevölkerung und abgeschnitten von ökonomischem Fortschritt und jeglichen Mobilitätsformen. Das Phänomen der räumlichen

¹⁰ Zeitgenössische schriftliche Quellen sind der Geschichtsforschung einerseits als historiographische Aufzeichnungen, andererseits in Form von offiziellen Erlassen zugänglich.

Segregation trifft auch auf städtische Roma-Bevölkerungen zu: Bereits für das 17. Jahrhundert ist das Bestehen eines Roma-Viertels (cigányváros) in Buda dokumentiert (Kovats 2001: 96). Heute gilt der 8. Budapester Bezirk als „Zigeunerviertel“.

1.5 Dekonstruktion

Einer der Analyseraster, welchem sich Spivak und andere postkolonialistische TheoretikerInnen bedienen, ist jener der Dekonstruktion. Meinem Verständnis nach geht es dabei nicht bloß um das Identifizieren und Beschreiben der Strukturen, welche die realen Verhältnisse konstituieren (ein Ziel der einige Seiten zuvor besprochenen Systemtheorie). Wichtig für das Verständnis ist es ebenso, die Prozesse der Etablierung solcher Strukturen auf einer Zeitachse zu untersuchen, und so Bedingungen für Wandel und Kontinuität zu identifizieren. Ein Beispiel für Bedingungen der Kontinuität – welches sich auch als Argument gegen die strikte theoretische Trennung von (Post-)Kolonialismus und (Post-)Sozialismus eignet – ist die Tatsache, dass eine große Zahl ehemaliger Kolonialbeamter auch während des Kalten Krieges wichtige politische/administrative Posten besetzten und so ihre ideologischen Konzepte und Vorstellungen (etwa vom „Anderssein“) im neuen Kontext des Sozialismus (beziehungsweise Kommunismus/Kapitalismus-Dualismus) zur Anwendung brachten und weiter tradierten (Verdery 2002:37). Dies eröffnet des Weiteren einen interessanten Blickwinkel auf die Frage der westlichen Identität: Nicht nur die Kolonien, sondern in wesentlichem Maße auch die Existenz des Sozialismus ist für die Selbstkonstitution „des Westens“ essenziell.

Die Analyse der Konstitution des/der Anderen (zum Zweck der Selbstkonstitution), anstelle der verzweifelten Suche nach deren authentischem Bewusstsein oder "echten Wurzeln", sowie die Eingliederung ideologischer Programme in den Gegenstand der Untersuchung sind Herangehensweisen, die auch Spivak explizit befürwortet (Spivak 2008[2005]). In Bezug auf die ungarische Roma-Bevölkerung sollte man demnach unter Anderem die Betonung von "authentischer Zigeunerkunst und -Kultur" kritisch hinterfragen und auf Prozeduren der spezifischen Subjektkonstitution hin untersuchen. Vor allem im postsozialistischen Kontext wurde der Kulturbegriff durch hegemoniale Gruppen vielfach missbraucht, die sich implizit oder explizit auf die Idee der Kultur als ein integriertes Ganzes bezogen haben, um Grenzen der Exklusion zu ziehen. Ein populäres Beispiel für kulturrassistische Zuschreibungen ist „das Wesen der Zigeuner“ (wie etwa auch „die Balkanmentalität“ oder „die fatalistische orthodoxe Seele“), das bis in die Gegenwart als Erklärungsmodell für das Scheitern von politischen Maßnahmen herangezogen wird (Hann 2002:21).

Ein Versuch der Dekonstruktion der Strukturen, die zur Marginalisierung der Roma beigetragen haben und diese aufrecht erhalten, kann von der Analyse struktureller Kontinuitäten in ihrer historischen Dimension ausgehen. Die Dekonstruktion scheint mir eine geeignete Methode zu sein, diese Kontinuitäten zu entschlüsseln, und den Fallen der Fehlinterpretation bestehender Verhältnisse mit einem prozeduralen Verständnis zu begegnen. Die Notwendigkeit von tiefgreifenden Analysen als Basis für politische Zielsetzungen und ihre praktische Umsetzung liegt auf der Hand. Die prekäre Lage eines großen Teils der subalternen Bevölkerungsteile Ungarns, sowie ihre hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber politischen Maßnahmen sind in den historischen Entwicklungslinien der gesamten ungarischen Gesellschaft, sowie in sozioökonomischen Entwicklungen auf der Makroebene konstituiert.

Wie aus meinen Ausführungen über Subalternität und epistemische Gewalt hervorgeht, sind spezifische Konzeptionen der marxistisch-postkolonialistischen (Gramsci beziehungsweise Spivak) Forschung auch im postsozialistischen Kontext durchaus sinnvoll anwendbar. Die Identifizierung eines subalternen Raumes am Rande der ungarischen Gesellschaft ermöglicht die Beschreibung einer Bevölkerungsgruppe, unter Vermeidung von problematischen, vorurteilsbehafteten Begrifflichkeiten. Dabei ist dennoch Vorsicht geboten, da meiner Meinung nach auch der Subalternitätsbegriff Gefahr läuft, mit Assoziationen aufgeladen zu werden und eine verallgemeinernde Wirkung zu entfalten. Vorerst geht es aber in erster Linie darum, diskursive Kontinuitäten der Abwertung zu durchbrechen – die sich häufig auch in den Gegendiskursen fortsetzen. Denn der Kampf gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse stehe, so Spivak, in Gefahr, die Normen des herrschenden Diskurses sogar noch zu verstärken, indem sich Teile von diesem in die Gegendiskurse einschrieben: Die bloße Umpolung eines hegemonialen Diskurses könne also diesen nicht einfach aufheben (Spivak 2008 [2008]). Eine weitere perspektivische Erweiterung stellt der oben beschriebene spezifische Identitätsbegriff Spivaks dar. Da die Subjektposition der Subalternen über die dominante Hegemonie konstruiert wird, kann sie niemals eine autonome sein. Subalterne Identität mit ihren, vielfach als „authentisch“ bezeichneten (kulturellen) Ausdrucksformen, ist somit keine „wahre“ oder „natürliche“ Essenz, sondern ein Produkt epistemischer Gewalt: fiktional, dabei aber wirkungsmächtig.

Spivak warnt davor, allzu schnell *für* Subalterne zu sprechen. RepräsentantInnen, die vorgeben im Namen unterdrückter Gruppen zu sprechen, unterstellen, dass es ein einheitliches, politisches Subjekt gäbe, das kollektiv durch sie sprechen könnte (siehe Kapitel 3.2). Wie bereits mehrmals erwähnt, handelt es sich bei den Roma Ungarns keinesfalls um eine homogene Gruppe. Darüber hinaus fehlen bis in die jüngste

Vergangenheit Ansätze zur Standardisierung und Verschriftlichung des Romanes. Ähnlich wie Spivak für Subalterne im postkolonialen Kontext Indiens die Unfähigkeit zu sprechen – als Ausdruck der Unmöglichkeit gehört zu werden – diagnostiziert, würde ich auch im Bezug auf die Roma Ungarns die Frage „Can the Subaltern Speak?“ vorläufig noch mit „Nein“ beantworten.

2. BETRACHTUNGEN

2.1 Zur Geschichte der Roma in Ungarn

Bevor ich mich der eingangs formulierten Fragestellung zuwende und damit *in medias res* vordringe, werde ich auf den folgenden Seiten ein stabiles Fundament für die darauf folgenden Analysen schaffen. Ich wähle hierfür, den vorangegangenen Überlegungen entsprechend, eine historische Perspektive, welche es vermag, Brüche und Kontinuität in der Beziehung zwischen der ungarischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit der Roma auf einer Zeitachse zu verdeutlichen. So möchte ich der Prozesshaftigkeit und Zeitlichkeit von gesellschaftlichen Realitäten genüge tun und die Subjektkonstitution von Roma sowie ihre Abschiebung in den subalternen Raum der ungarischen Gesellschaft in einen historischen Kontext bringen.

Im August 1947 wurden in Ungarn die letzten freien Wahlen abgehalten. Das Ergebnis wies dem Land den Weg in die kommunistische Abhängigkeit, die 42 Jahre andauern sollte. Zum Zeitpunkt der Machtergreifung der Kommunistischen Partei Ungarns stand das Land gesellschaftlich und wirtschaftlich vor großen Schwierigkeiten. Die Teilnahme Ungarns am Zweiten Weltkrieg auf Seiten Deutschlands und die Verwüstungen während jener Kriegsmonate, in denen die deutsch-russische Front quer durch das Land verlaufen war, hinterließen ein wirtschaftliches Chaos. 40% der Ungarn gehörten immer noch der agrarischen Landbevölkerung an, ein Indiz für die historisch konstituierte wirtschaftliche Rolle als Rohstoffproduzent und Importeur in Westeuropa gefertigter Industrieprodukte. Zu dieser ungünstigen Wirtschaftslage

gesellten sich tief in der Gesellschaft verwurzelte feudalistische Strukturen und das andauernde Trauma der massiven Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg. Die sozialistischen Versprechungen von sozialer Gleichheit und wirtschaftlicher Entwicklung brachten unter diesen Umständen der Kommunistischen Partei Ungarns den Wahlsieg. Im Folgenden sollte eine Bevölkerung, die kaum Gelegenheit gehabt hatte, Erfahrungen mit der zumindest formellen „Gleichheit“ des Kapitalismus zu machen, in eine egalitäre sozialistische Gesellschaft umgewandelt werden.

In diesem sozialistischen Projekt wurde die „Zigeunerfrage“ als notwendiger Teil einer Strategie angesehen, die zentralistisch geplante Entwicklung bringen und die Fehler der Vergangenheit, Unterdrückung und Ungleichheit bereinigen sollte (Stewart 2001: 73). Eine Rhetorik, die dem formell „rassenblinden“ politischen Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion entsprach, in deren Schatten die übrigen kommunistischen Staatsführungen Europas agierten, und deren marxistisch-stalinistischer Doktrin man Folge leistete, kann allerdings nicht als Indiz für ein umfassendes Umdenken in Sachen „Minderheitenpolitik“ bezeichnet werden. Ein Blick in die Vergangenheit der Roma-Bevölkerung Ungarns macht deutlich, wie lange und tief sich Strukturen der Ausgrenzung und Unterdrückung in die ungarische Gesellschaft eingegraben haben.

Roma-Gruppen siedelten sich relativ früh im Karpatenbecken an. Einige HistorikerInnen berufen sich auf die Gründung von Siedlungen, deren Namen Verwandtschaften zum ungarischen Wort „cigány“ aufweisen und gehen von der Ansiedlung einer signifikanten Zahl von Roma-Familien bereits im frühen 14. Jahrhundert aus. Andere ForscherInnen datieren die ersten zahlenmäßig bedeutsamen Einwanderungen auf die Mitte des 15. Jahrhunderts (vgl. Nagy 1998: 31f.). Seit ihrer Ankunft im Karpatenbecken gehörten sie mehrheitlich der landlosen Bevölkerung an,

hatten damit keine Möglichkeit zur Subsistenzwirtschaft und befanden sich so in benachteiligten Ausgangssituationen, welche in der Regel in Verbindung mit politischen Unterdrückungsmaßnahmen in Ausbeutungsverhältnissen mündeten. In der damaligen feudalen Gesellschaftsordnung waren sie zum Teil wie die magyarische Bevölkerung an lokale Autoritäten (wie etwa Gutsherren) gebunden und leisteten Lohn- und Fronarbeit. Einige wenige offizielle Dokumente, zumeist in Form von Freibriefen, belegen die Anwesenheit von Roma-Gruppen und deren Wahrnehmung durch die ungarischen Autoritäten als eigene, mehr oder weniger geschlossene Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Betreffend der vorhandenen Aufzeichnungen merkt Martin Kovats an, dass nicht klar ist, wie viele Personen sich im Wirkungskreis dieser Regulierungen befanden, da die Lebensumstände jener Personen, die ein weniger geregeltes Leben („less regulated life“) führten, unzweifelhaft weniger dokumentiert worden sind (Kovats 2001: 96). Jedenfalls macht das Vorhandensein solcher Aufzeichnungen deutlich, dass die Roma in diesem frühen Stadium ihrer Anwesenheit klar als separate Bevölkerungsgruppe wahrgenommen wurden und nicht zu den „Magyaren“ gezählt wurden – die übrigens keineswegs eine „ethnisch“ homogene Gruppe bildeten und darüber hinaus über weite Strecken der ungarischen Geschichte selbst eine Minderheit in der Bevölkerung waren.

Im 16. und 17. Jahrhundert, der Zeit der Besatzung und Dreiteilung Ungarns (Siebenbürgen, Zentralungarn, Westungarn), befanden sich auch die in diesen Gebieten ansässigen Roma an und zwischen den Fronten des christlichen und des muslimischen Imperiums, leisteten Kriegsdienste in den jeweiligen Armeen, beziehungsweise gingen in Friedenszeiten verschiedensten Erwerbstätigkeiten nach. Die Entstehung eines Roma-Viertels („cigányváros“) in Buda (Kovats 2001: 96) weist auf die Duldung dieser Bevölkerungsgruppe beziehungsweise die Abwesenheit von Verfolgung in dieser Zeit hin, macht aber gleichzeitig deutlich, dass sich

klare Grenzen zwischen der Roma-Bevölkerung Ungarns und den Magyaren herausgebildet hatten. Für die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts sind weitere Dorfgründungen durch Roma belegt, Dieter W. Halwachs schreibt allerdings auch über Vertreibungen von nordburgenländischen Roma durch die dort herrschende Esterházy-Familie und spricht in diesem Zusammenhang von einer Situation „zwischen Akzeptanz und Diskriminierung“ (Halwachs 2000: 224).

Nach dem Ende der Osmanenherrschaft verschlechterten sich die Lebensbedingungen vieler Roma drastisch. In Westungarn wurde festgelegt, dass sie des Landes zu verweisen und bei Nichtbefolgung hinzurichten seien. Karl VI. erklärte die Roma gar für „vogelfrei“, woraufhin es in der Blütezeit des Barock mit den so genannten „Zigeunerjagden“ zu einem traurigen Höhepunkt der Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma in Ungarn kam. (Ebd.)

In der Zeit des aufgeklärten Absolutismus trat an die Stelle der brutalen Praxis von Verfolgung und Vertreibung der Roma die kaum weniger Menschen verachtende Strategie der rücksichtslosen Assimilierung. Das zentralistische Staatswesen konnte nur unter der Bedingung der Kontrolle seiner Untertanen funktionieren. Roma, die mit ihrer eigenen kulturellen Identität und Lebensweise als „unkontrollierbares Ärgernis“ galten und in den Augen der HerrscherInnen den „unproduktiven“ Teil der Bevölkerung repräsentierten, sollten zu „ordentliche[n], gehorsame[n] und arbeitsame[n] Menschen“ gemacht werden. Durch die Zerstörung von kultureller Identität und autarken Organisationsformen sollte die Eingliederung in die (größtenteils rurale) Gesellschaft und Ökonomie und damit die „Umerziehung“ der Roma zu „guten Christenmenschen“ erfolgen. (Samer 2001:1)

Beispielhaft für die Assimilationspolitik des 18. Jahrhunderts sind vier große Verordnungen Maria-Theresias. Die Verordnung von 1758 zwang die Roma zur Sesshaftigkeit, untersagte den Besitz von Pferden und Kutschen und verbot Rom-Angehörigen ohne ausdrückliche Erlaubnis und mit genauer Zielangabe ihre Dörfer zu verlassen, was also de facto die völlige Einschränkung der Mobilität bedeutete. Ein folgender Erlass führte die Begriffe „Neubürger“ („ujpolgár“), „Neubauer“ („ujparasztok“), „Neuungar“ („ujmagyar“) und „Neusiedler“ („ujlakosok“) anstelle von „Zigeuner“ („cigány“) ein, um den Assimilationsprozess zu beschleunigen. Es handelte sich dabei keinesfalls um wertneutrale Bezeichnungen, die per Erlass eingeführten Masterwords führten die bestehenden diskursiven Vorurteilssysteme fort und festigten diese.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung waren die Erhebung sowie Registrierung von Rom-Angehörigen, die in der Folge der örtlichen Gerichtsbarkeit unterstellt wurden. Eine letzte tief greifende, auf vollständige Assimilation ausgerichtete Verordnung der Königin verbot schließlich Ehen zwischen Rom und Romni und legte gleichzeitig fest, dass für die Erlaubnis zu Mischehen ein Zeugnis über die „anständige Lebensweise“ und Kenntnis der katholischen Glaubenslehre vom betreffenden Rom / der betreffenden Romni erbracht werden musste. Die Verordnung führte außerdem den unmenschlichen Usus ein, dass alle „Zigeunerkinder“ für fünf Jahre ihren Eltern weggenommen werden und gegen ein Pflegegeld bei ungarischen Bauernfamilien eine „christliche Erziehung“ erhalten sollten.

Joseph II. führte die Assimilationspolitik seiner Mutter fort. Er erließ weitere Einschränkungen und legte verschiedene Strafen bei Zuwiderhandeln gegen die diskriminierenden Verordnungen fest – etwa 24 Stockschläge für die Verwendung der „Zigeunersprache“. (Samer 2001:2)

Die menschenverachtende Politik der Zwangsassimilation führte nicht zum von den absolutistischen MachthaberInnen intendierten Ergebnis. Die Romabevölkerung (Österreich-)Ungarns ging nicht in der Mehrheitsbevölkerung auf, vielmehr grub die ethnisch-kulturell determinierte, gesetzliche Diskriminierung tiefe Gräben zwischen Roma und Magyaren beziehungsweise verschärfte die vorhandenen Gegensätze und galt darüber hinaus vielen als Bestätigung vorhandener Vorurteile. Konsequenzen der Gewalt-Politik des 18. Jahrhunderts waren die ökonomische und soziale Marginalisierung von Individuen, Gemeinschaften und Identität der Roma-Minderheit Ungarns (vgl. Kovats 2001:97). Die zentralistisch verordneten Gewaltmaßnahmen dieser Zeit begründeten außerdem eine Kultur der Antipathie zwischen der ungarischen Roma-Gesellschaft und staatlichen Autoritäten – die eine hohe Kontinuität aufweist – und finden zu einem gewissen Grad Entsprechungen in der doppelgesichtigen Assimilationspolitik des Kommunismus (siehe Kapitel 3.3).

Der Fehlschlag der Assimilationsbestrebungen findet seinen Ausdruck im Widerstand von Roma-Gruppen und –Individuen, die trotz (oder gerade wegen) der institutionalisierten, gewaltsamen Diskriminierung durch Legislative und Bürokratie, Strategien zur Wahrung ihrer Lebensweise und Kultur entwickelten und verfolgten. Auf politischer Ebene kam es im Kontext von Bestrebungen zur Emanzipation Ungarns gegenüber dem Habsburgerreich, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Ausgleich von 1867 fanden, zur Neuorganisation der ungarischen Gesetzgebung und Rücknahme von früheren Verordnungen. Auf diesem Hintergrund sah die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Einwanderungswelle von Roma-Gruppen aus dem Osten, deren Effekte von der magyarischen Bevölkerung sehr negativ rezipiert wurden. Stimmen wurden laut, die forderten, der „Invasion“ und „öffentlichen Belästigung“ auf politischem Wege durch eine strengere Gesetzgebung Einhalt zu gebieten (Samer 2002:1). Das

ungarische Parlament war jedoch nicht imstande, den sozialen und ökonomischen Spannungen im Land beizukommen und wälzte die Verantwortung auf die administrative Ebene ab. Regelungen, wie das Bettelverbot oder die gewaltsame Ansiedelung von Roma in ungarischen Dörfern waren aufgrund des Mangels an finanziellen Ressourcen, und der allgemein prekären ökonomischen Situation zum Scheitern verurteilt. Ohne Möglichkeit, in den ruralen Dorfgemeinschaften eine ökonomische Basis zu schaffen, waren viele Roma (weiterhin) gezwungen, den nomadischen Lebensstil als Überlebensstrategie beizubehalten (Ebd.).

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert kam es auf sozioökonomischer Ebene zu entscheidenden Umwälzungen, welche sich aufgrund der beschriebenen Voraussetzungen in besonderem Ausmaß negativ auf Ungarns Roma-Bevölkerung auswirken sollten. Hervorzuheben sind hier vor allem die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Effekte von agrarischer Rezession und Industrialisierung. Die ökonomischen Nischen, in denen Roma zuvor Einkommensmöglichkeiten gefunden hatten und die oft als die „traditionellen“ Roma-Berufe bezeichnet wurden und werden (Pferdehändler, Korbflechter, Trogschnitzer,...), wurden im Zuge der neuen Entwicklungen nicht mehr gebraucht. Die gesamte ländliche Bevölkerung sah sich fallenden Rohstoffpreisen ausgesetzt. Die aus der prekären Lage des Agrarsektors resultierenden Phänomene, wie etwa Landflucht und Urbanisierungstendenzen, veränderten in relativ kurzer Zeit das Gesicht der ungarischen Gesellschaft, und mit ihr das der Roma-Minderheit.

Ohne den Besitz von Land und die Möglichkeit zur Subsistenzwirtschaft, wurden Roma auf den untersten Sprossen der Leiter der Lohnarbeit beschäftigt, um eine Entwicklung voran zu treiben, deren Früchte ihnen großteils verwehrt blieben. Am Ende des 19. Jahrhunderts waren rund 40% der arbeitsfähigen Roma als Tagelöhner in der Landwirtschaft

beschäftigt, ein Viertel war in Metallverarbeitung, Handwerk und Baugewerbe tätig, während 10% ihren Lebensunterhalt in der Unterhaltungsbranche verdienten (Kovats 2001: 97). Letztere überlebten als MusikerInnen, TänzerInnen und SchaustellerInnen in einer Nische, die – anders als die meisten „traditionellen“ Roma-Berufe – von den neuen ökonomischen Entwicklungen verhältnismäßig unbeschadet blieb. Der Preissturz und der damit zusammenhängende Lohnverfall in der Landwirtschaft trafen diesen Zahlen nach den Großteil der Roma-Bevölkerung besonders hart: Die Mehrheit der Roma in Ungarn standen am Beginn des 20. Jahrhunderts einer Situation schwindenden ökonomischen Spielraums und wachsender Armut gegenüber, die sich bis in die 1960er Jahre nicht ausschlaggebend ändern sollte. (Ebd.)

Einen weiteren Erklärungsansatz für die immer weiter fortschreitende Marginalisierung der Roma Ungarns offeriert die Herausbildung und zunehmende Exklusivität der magyarischen National-Identität. Einen tieferen Einblick in die politische Geschichte Ungarns zu geben, würde sich zu weit vom Thema vorliegenden Textes entfernen. Es soll aber darauf hingewiesen sein, dass auf die bereits erwähnten verheerenden Folgen des Ersten Weltkriegs ein Konsolidierungsprozess folgte, der die gesamten 1920er Jahre hindurch andauerte. Der Friedensvertrag von Trianon kostete dem Kriegsverlierer Ungarn 68% seines früheren Staatsgebietes und damit auch 59% seiner ehemaligen Bevölkerung (Gruner 2007:218), die nunmehr ihrerseits ungarische Minderheiten in den angrenzenden Staaten bildete, forderte erhebliche Reparationszahlungen, stellte Teile des Landes unter die Kontrolle rumänischer, serbischer und tschechischer Einheiten und löste zudem eine Flüchtlingswelle von ungarischen StaatsbürgerInnen aus, die nunmehr auf „fremdem“ Staatsgebiet lebten und von dort zum Teil gewaltsam vertrieben wurden. Die Entstehung von „Klein-Ungarn“ leitete die ungarische Revisionsbewegung ein – Ausdruck der Ablehnung des Vertrags und des Wunsches nach Rückerlangung der

verlorenen Gebiete. Auf dem Hintergrund der sozioökonomischen und psychologischen Folgen von Krieg, Revolutionen und Besatzung erfolgte in den 1920er Jahren die Distanzierung von Liberalismus – der Ideologie der dualistischen Monarchie-, sowie Radikalismus und Kommunismus – etwa der Räterepublik, die 1919 für 135 Tage als sozialistisches System bestanden hatte. An die Stelle dieser Ideologien, die für das „Desaster von Trianon“ verantwortlich gemacht wurden, trat ein konservativer Neonationalismus, der die Rückkehr Ungarns zur führenden Rolle im Karpatenbecken durch „kulturelle Überlegenheit“ zu erreichen suchte.¹¹

War die kommunistische Räterepublik mit ihrer brutalen Herrschaft als „roter Terror“ in die ungarische Geschichte eingegangen, so brach mit dem Regime von Miklós Horthy der „weiße Terror“ über das Land herein. Horthy trat als Verteidigungsminister in die in Szeged gebildete konservativ-reaktionäre Gegenregierung ein und erklärte der Räteregierung von Béla Kun den Krieg. Nach seinem Sieg zog er mit seiner Nationalarmee in Budapest ein und wurde am 1. März 1920 zum Reichsverweser gewählt. In der Folge kam es zu zahlreichen Aktionen des „weißen Terrors“, der sich vor allem gegen Sozialisten, Kommunisten und Juden richtete.

Die Betonung der alten ungarischen Traditionen und der Einzigartigkeit der magyarischen Identität, die auch im noch jungen 21. Jahrhundert eine wichtige Rolle spielt (Kapitel 2.3) war bereits im 19. Jahrhundert als Widerstand gegen die Habsburgerherrschaft deutlich geworden und wuchs sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zum magyarischen Chauvinismus aus (Kovats 2001:98). In dieser Zeit verfolgte der ungarische Staat eine Ideologie der kulturellen Exklusion, die de facto noch schlimmere Auswirkungen auf die Minderheit der Roma hatte, als die

¹¹ Kulturminister Kuno Klebelsberg leitete in diesem Sinne die Gründung zahlreicher Schulen und Universitäten sowie die Stiftung von Auslandsstipendien ein. Auch einflussreiche Jugendorganisationen entstanden, die mit Mottos wie „Nem nem soha!“ („Nein nein niemals“ – bezogen auf den Vertrag von Trianon, Übers. der Verf.) und „Csonka ország nem ország, egész magyarország menyország!“ (Das verstümmelte Land ist kein Land, Großungarn ist der Himmel auf Erden“, Übers. der Verf.) die ungarische Jugend gleichsam zur Revision sozialisierten.

Strategie der rücksichtslosen kulturellen Assimilation des Neoabsolutismus. Zur sozialen Exklusion kam der fortschreitende Niedergang der ökonomischen Situation.

Die ökonomische Rezession im Zuge der Weltwirtschaftskrise und die außenpolitische Isolation Ungarns waren Anlass für die wirtschaftliche und politische Ausrichtung auf NS-Deutschland, von der man sich ökonomisches Wachstum durch Aufrüstung¹² und ultimativ eine Revision der Friedensverträge erhoffte. Unter zunehmendem Einfluss Deutschlands auch auf die innere Angelegenheiten Ungarns kam es zur Rechtsradikalisierung der ungarischen Politik und Gesellschaft.¹³ 1931 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Roma die Ausübung eines großen Teils der mobilen Berufe untersagte, Arbeitsgenehmigungen auf die Umgebung des Wohnsitzes beschränkte und dazu noch eine spezielle Genehmigung durch lokale Autoritäten vorsah. De facto verlor der Großteil der Roma Ungarns durch diese Regelungen seine, durch die vorangegangenen Entwicklungen bereits sehr eingeschränkte, ökonomische Basis. Die Maßnahmen vervollständigten die ökonomische und soziale Marginalisierung von Individuen, Gemeinschaften und Identität (vgl. Kovats 2001:97) und verbannten sie nun offiziell in einen isolierten Raum, in dem sie von allen Mobilitätsformen abgeschnitten und aller Möglichkeiten, sich zu organisieren, beraubt waren: in die Subalternität. 1938 erfolgte ein Entscheid, der jeden Rom / jede Romni von vorn herein als „verdächtig“ einstufte. (Samer 2002:2f.) Die rassistisch motivierte Diskriminierung vor Gericht fand ihre Entsprechung im Verhalten der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Roma-Minderheit. Es kam immer wieder zu Pogromen und schließlich zum groß angelegten Genozid an der Gesellschaft der Roma im Zweiten Weltkrieg.

12 Ein Beispiel der Ausrichtung der ungarischen Produktion auf die deutsche Aufrüstung ist das „Győrer Rüstungsprogramm“ von 1938.

13 Die Gründung des „Volksbundes“ für Ungarn-Deutsche 1939 unter SS-Führung ist Teil dieser Entwicklung.

Bereits um 1920 war die deutsche Sprache um den Begriff der „Ballastexistenzen“ erweitert worden, der speziell auf Roma und Sinti angewendet wurde und ein Vorläufer des Begriffs „Lebensunwertes Leben“ war (Huttenbach 1991:376). Die Politik des Nationalsozialismus war gezielt darauf ausgerichtet, die Gesellschaft von solcherart abgewerteten Personen zu „befreien“. In Deutschland wandelte sich der traditionelle Doppelcharakter der „Anti-Zigeuner-Politik“, Segregation und Vertreibung, zu einer Politik der organisierten Massenvernichtung, die in der Folge integraler Bestandteil des Programms zur Restrukturierung der Demographie Europas östlich des Dritten Reichs wurde (Ebd.:377;379). „Among the intended victims of the campaign of multiple genocide in the world war where the gypsies from all over the European continent, wherever the tentacles of Nazi power and influence could reach.“ (Ebd.:379-380) Bezeichnend für die Willkür der nationalsozialistischen Ideologie ist Himmlers Einteilung der „Zigeuner“ in drei Klassen, wobei Lalleri – aufgrund ihrer langen Anwesenheit in Zentraleuropa – und Sinti – die als „reinrassig“ galten – für „arischer Abstammung“ erklärt werden sollten, während Roma als „rassisch verschmutzt“ galten, da sie sich vor ihrer Ankunft über die Jahrhunderte mit anderen Völkern vermischt hätten (Ebd.:378). Die Unterscheidung beeinflusste den Vernichtungszug des Nationalsozialismus gegen die „Zigeuner“ letztlich jedoch nicht maßgeblich. Sie wurden verfolgt und ermordet, ungeachtet dessen, welcher Volksgruppe sie angehörten.

Die Gesamtzahl der in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti beträgt nachweisbar mindestens 200,000, Schätzungen reichen bis zu einer halben Million Menschen (Benz 2002:216). Das Schicksal der ungarischen Roma in dieser Periode in Ungarn ist kaum dokumentiert und es herrschen unterschiedliche Annahmen über die Zahl der Ermordeten (Vermeersch 2006:232). David M. Crowe spricht von 32,000 ermordeten ungarischen Roma (Crowe

1995:91, zitiert in Vermeersch 2006:232), die Organisation *Helsinki Watch* beruft sich auf Angaben des ungarischen Roma-Dachverbandes *Roma Parlament* und geht von 60,000 – 70,000 Tötungen aus.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit setzte im Hinblick auf die jüdischen Opfer des Holocaust relativ früh ein (wobei auch hier Widerstände und gegenläufige Entwicklungen zu beobachten sind), während man die anderen verfolgten Minderheiten völlig vergessen zu haben schien. „Wiedergutmachungen“¹⁴ wurden insbesondere den Roma, als Hinterbliebene von ermordeten Familienmitgliedern, als Überlebende des Holocaust und als enteignete oder auf andere Weise misshandelte Mitgliedern der Volksgruppe generell verweigert. In jenen Ländern, die im Zweiten Weltkrieg im Einfluss des Nationalsozialismus standen, und in denen die Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Roma überhaupt thematisiert wurde, argumentierten Behörden im Einklang mit Politikern und Medien lange Zeit, die „Zigeuner“ seien als Kriminelle und Asoziale und nicht aus rassistischen Motiven inhaftiert worden (Benz 2002:216). Die Verbrechen, die an den Roma begangen worden waren, fanden in den Nürnberger Prozessen lediglich als Fußnoten Erwähnung. Dies führt Henry R. Huttenbach auf spärlichere Beweise, aber auch auf weniger gut abgestimmte Bemühungen der alliierten Ankläger zurück (Huttenbach 1991:390). Erst der Eichmann-Prozess 1962 in Jerusalem brachte auch eine Anklage wegen Verbrechen gegen „die Zigeuner“ *per se*. Obwohl die untersuchten Verbrechen – Registrierung auf rassistischer Grundlage, Sterilisation und medizinische Experimente, Massenerschießungen und Vergasung – das nationalsozialistische Ziel der Auslöschung des Volkes der Roma in Europa belegten, wurde Eichmann diesbezüglich nur seiner Verbrechen an der Menschlichkeit für schuldig befunden, nicht des Genozids. (Ebd.)

14 „Wiedergutmachung“ ist im Zusammenhang mit dem Holocaust ein problematischer Begriff, denn wie kann man das erfahrene Leid wieder gut machen? Der Begriff ist dennoch im öffentlichen und politischen Diskurs auf oft unreflektierte Weise gebräuchlich.

Eine direkte Folge des Zweiten Weltkriegs war der Zerfall der Sippenordnungen. Fast eine ganze Generation hatte den Holocaust nicht überlebt und mit ihr war ein großer Teil von Brauchtum und Tradition der Roma gestorben (Eder 1993:71). Die Überlebenden befanden sich nicht nur in einer Situation unbeschreiblichen Leids, sondern standen sprichwörtlich vor dem Nichts. Nach der in höchstem Maße traumatisierenden Erfahrung des Genozids fanden sie ihr gesamtes soziales Gefüge, familiäre Strukturen und gesellschaftliche Netzwerke zerstört und verschwunden. Ebenso stand es um die ökonomische Basis, die seit Jahrzehnten eingeschränkt worden war, nun aber schlichtweg nicht mehr existierte.

Nach dem „Jahr der Wende“ 1948 folgte in Ungarn vorerst eine kommunistische ein-Parteien-Regierung (Rákosi-Diktatur 1948 – 1953), die das gesamte Land kollektiviert, Kapital aus der Landwirtschaft extrahierte und damit Industrialisierung und Aufrüstung vorantrieb. Die Vernachlässigung von Infrastruktur und Bevölkerung führte zu teilweise problematischen sozialen Entwicklungen, darunter Landflucht, Urbanisierung und die rasante Zunahme der Zahl besitzloser Industriearbeiter. Erst in dieser Phase entstand in Ungarn das Industrieproletariat als gesellschaftliche Schicht bedeutenden Ausmaßes.

Ideologisch orientierte sich die Staatsführung Ungarns an der Sowjet-marxistischen Doktrin stalinistischer Lesart. Stalin hatte in seinem Werk „Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage“ ein mechanistisches Gesellschaftsmodell entworfen, in das sich die Roma-Bevölkerung nur schwer einordnen ließ. Man war sich jedoch einig, dass die Lösung der „Zigeuner-Frage“ ein bedeutender Baustein im Gebäude einer egalitären, kommunistischen Gesellschaft sein würde, war sich der innergesellschaftlichen Spannungen bewusst und sah dieses, wie generell

alle sozialen Probleme, als Bedrohung der nationalen Sicherheit an. (Stewart 2001:71).

Politisch konnten die Kommunisten vorerst auf die Unterstützung der Roma bauen, waren sie doch die de facto „Retter“ der Überlebenden des Holocaust und hatten eine neue Verfassung verabschiedet, die jegliche rassische Diskriminierung verbot. Dennoch wurden die Roma, wenn es um wichtige Entscheidungen ging, schlichtweg vergessen, wie bereits bei der Landreform 1945. (Ebd. 74) Sie konnten auch im Zuge der sozialistischen Umstrukturierung nicht von der Neuverteilung der Ressourcen profitieren und blieben das Schlusslicht auf der ökonomischen Leiter der ungarischen Gesellschaft. Ende der 1950er Jahre setzte dann eine explizit assimilatorische Politik ein. Roma wurden als soziale, nicht als ethnische Schicht definiert und Rassismus sollte verhindert werden, indem das, was ihn „provoziert“ hatte, abgeschafft werden sollte – die Rede ist von der kulturellen Identität der Roma. Der Leitspruch lautete „(materielle) Gleichheit statt (kulturelle) Differenz“ (Kovats 2001:100). Vor allem die Politik von Kádár János¹⁵ trachtete danach, die kulturelle und damit auch die politische Identität von Minderheiten zu zerstören und „ihre Aktivitäten in politisch neutrale Zonen“, wie den Bereich von Musik- und Tanz-Folklore zu verbannen (Németh 2007:40). „This process caused significantly unequal and weak social and economic positions for these groups within the society, and highly catalysed individual assimilation into the dominant nations everywhere in the region.“ (Ebd.) Neben dem Argument der „nationalen Sicherheit“ (also der Machtsicherung der kommunistischen Führung) lassen sich wohl auch ökonomische Motive für die Strategie der assimilierenden Integration anführen. Die hohe Arbeitslosigkeit unter der Roma-Bevölkerung¹⁶ als ein Resultat der oben beschriebenen

15 Kádár János war an der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes gegen die kommunistische Herrschaft 1956 beteiligt und wurde 1957 Parteichef der MSZMP („Magyar Szocialista Munkás Part“, „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“).

16 Einer Umfrage von 1957 zufolge, befanden sich lediglich 30% der Roma in geregelten Arbeitsverhältnissen (vgl. Kovats 2001:100)

Entwicklungen machte aus der Minderheit einen Pool an Arbeitskräften, die der kommunistischen Planwirtschaft zugeführt werden sollten.

Trotz der formell „rassenblinden“ Politik gelang es zu keiner Zeit, diskriminierende Praktiken aus den Institutionen auf lokaler Ebene und der Zivilgesellschaft zu bannen. Die politisch-ideologische Neuorientierung Ungarns bedeutete auf institutioneller Ebene keineswegs das Ende der Kontinuität der Diskriminierung von Angehörigen der Roma-Minderheit. In den 1950er Jahren wurden zum Beispiel für die gesamte ungarische Gesellschaft Pässe („identity books“) eingeführt, wobei die Polizei die Gelegenheit nutzte und Roma spezielle schwarze Pässe für „nicht vertrauenswürdige“ („megbízhatatlan“) Personen ausstellte. Zwar wurde diese Praxis einige Jahre später wieder aufgegeben, doch wurden illegale Akte von Roma die gesamte sozialistische Periode hindurch separat von „spezialisierten“ Polizeieinheiten behandelt (Stewart 2001:75).

Die kommunistische Phase Ungarns ist gekennzeichnet durch eine „doppelgesichtige“ Minderheitenpolitik. Die fortdauernde Diskriminierung von Roma durch Mehrheitsgesellschaft und lokale Autoritäten findet ihre Entsprechung in der diskursiven Kontinuität der Diskriminierung und Abwertung im kommunistischen Jargon der sozialen Differenz (anstelle von ethnischer oder kultureller Differenz). Das Projekt der gesellschaftlichen Entwicklung durch Homogenisierung kann als Fehlschlag gewertet werden. Zwischen theoretischem Internationalismus und praktischem Nationalismus, im Kielwasser des Strebens nach (nationaler) Einheit und Fortschritt, wurden völlig unterschiedliche Ausgangslagen verschiedener Teile der ungarischen Gesellschaft ignoriert und historische Kontinuitäten blieben unbeachtet. Beinahe ein halbes Jahrhundert lang wurden bestehende Spannungen und Konflikte gleichsam konserviert, um nach 1989 und bis in die Gegenwart erneut aufzuflammen.

2.2 Zur Kultur der Roma in Ungarn

Gerade in Bezug auf Roma-Minderheiten bildet die diskursive Konstruktion als von der ungarischen Mehrheitsgesellschaft kulturell verschiedene Fremdgruppe (engl. *outgroup*¹⁷) ein zentrales Element der systematischen Ausgrenzung aus verschiedenen Systemen der Gesellschaft und der strukturellen Benachteiligung vor allem im sozialen und ökonomischen Bereich. Man könnte sagen, ein spezifisches Kulturkonzept würde bisweilen als Argument zur Segregation instrumentalisiert. Im folgenden Kapitel werde ich vor allem den dabei zur Anwendung kommenden statischen, „natürlichen“ und dabei nur vage definierten, indifferenten Kulturbegriff untersuchen, die ihm zugrunde liegenden totalitären Denkweisen aufdecken, sowie alternative Ansätze des Denkens über und Arbeitens mit Kultur ansprechen, allen voran die Praktiken des (Minderheiten-)Theaters.

Kulturen sind im wesentlichen „Formen von Institutionen, verstanden als Regelmäßigkeiten sozialen Zusammenlebens“ (Novy 2008:4), die sich unter anderem über Sprache, Religion, sowie verschiedenste gesellschaftliche Normen und Verhaltensregeln äußern. Kultur ist somit nichts „natürliches“, keine transzendente Substanz, die vor uns da war, und auch nach uns unbeeindruckt weiterbestehen wird; ebenso wenig ist sie ein „unschuldiges Konzept“, da sie immer einer Begrenzung nach außen wie nach innen hin dient (Faschingeder 2007). Problematisch wird diese letztere Eigenschaft vor allem dann, wenn mit einem statischen Kulturbegriff gearbeitet wird, da die inner-gesellschaftlichen Brüche und Gräben – Ergebnisse der angesprochenen Begrenzungsprozesse –, die mit einem solchen Begriff erklärt und akzeptiert oder sogar als naturgegeben

17 Der Begriff wurde vor allem durch Henri Tajfel geprägt, dessen Minimalgruppen (*minimal groups*)-Experimente belegen, dass Vorurteile, Stereotypenbildung und Diskriminierung weder biologischer noch historischer oder kultureller Merkmale bedürfen. Aufbauend auf dieser Erkenntnis entwickelten Tajfel und sein Schüler John C. Turner ihre Theorie der sozialen Identität. (Siehe u.a. Tajfel 1982)

verteidigt werden, kaum überwunden werden können und eine äußerst hartnäckige Kontinuität aufweisen. In der ungarischen Gesellschaft herrscht ein tiefgreifendes Bewusstsein über die kulturelle Andersartigkeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppe – sowohl auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft, als auch in den Gemeinschaften der Roma. Dabei herrscht im gesellschaftlichen Diskurs eine sehr statische Sicht vor. Die gruppenspezifische Kultur ist als quasi angeborenes, ethnisches Merkmal der jeweiligen Gruppe konzipiert, und dient als einfache (aber keinesfalls zureichende) Erklärung für vielschichtige Sachverhalte, wie etwa die hohe Zahl an SchulabbrecherInnen unter Schulkindern aus Roma-Familien, die weit verbreitete Arbeitslosigkeit, deutliche Tendenzen zur räumlichen Segregation, hohe Geburtenraten und niedriges Alter der Mutter bei der ersten Geburt, sowie eine generell niedrigere Lebenserwartung unter der Roma-Bevölkerung. Die Analyse der Bevölkerung des ungarischen Dorfes Csenyété über einen längeren Zeitraum (1857 – 2000) „enttäuschte“ manche dieser teils stereotypen Erwartungen, beispielsweise bezüglich dem durchschnittlichen Alter der Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes. War dieses in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch annähernd gleich wie bei nicht-Roma (Roma: 24.2 Jahre, nicht-Roma: 24.3 Jahre), lag in der Periode 1980 – 2000 das Durchschnittsalter von Roma-Müttern bei ihrer ersten Geburt nur mehr bei 17.7 Jahren. Die ungarischen Soziologen János Ladányi und Iván Szelényi betonen aufbauend auf diesen Beobachtungen in der Auswertung ihrer Untersuchungsergebnisse die Bedeutung politischer Systeme, sozioökonomischer Bedingungen und anderer (historischer) Entwicklungen für die gesellschaftliche Positionierung ethnischer Gruppen (siehe Ladányi und Szelényi 2006:41 ff.). Mit dem „Kultur-Argument“ hingegen lassen sich all diese Fragen mit einer verführerisch simplen, scheinbar kausalen Logik als unveränderlich beiseite schieben. Die angesprochenen Probleme werden so „naturalisiert“ und als unveränderbarer Teil der Realität hingenommen.

Dass ein solches Denken die über Jahrhunderte andauernde, zumeist komplementäre Gegenüberstellung zweier Teile der ungarischen Gesellschaft nicht erklären und schon gar nicht auflösen kann, sondern vielmehr den Nährboden für diese fatale Kontinuität bereitstellt, wird – oft wohl auch aus Bequemlichkeit – gerne übersehen. Maßnahmen, die blind gegenüber dieser binären und totalitären Sicht sind, beziehungsweise sogar auf dieser gründen, sind deshalb zum Scheitern verurteilt. Das Scheitern wiederum dient als Bestätigung des statischen, polarisierenden Kulturkonzepts, welches wir uns im Folgenden etwas genauer ansehen wollen.

Vielfach wird der Begriff der Kultur, wie er seit dem 19. Jahrhundert zur Anwendung kommt, funktionalistisch umschrieben. Es handelt sich demnach um ein System von Normen, die das menschliche Zusammenleben regeln, und, allgemeiner, um eine spezifische Denkweise, die aus dem individuellen Kontext heraus über die soziale Einbettung des Individuums ein Verstehen der Welt ermöglicht. Davor (auf einer Zeitachse) wird Kultur im Allgemeinen als begriffliches Gegenstück zu Natur verstanden, als Produkt der Arbeit des Menschen an seiner Umgebung. Bereits in diesem mittelalterlichen Kulturkonzept kommt der Roma-Bevölkerung Ungarns theoretisch eine passive Außenseiter-Rolle zu. Sie gehörte durchwegs der landlosen Bevölkerung an und konnte damit keine Kultur schaffende Rolle in diesem Sinne übernehmen. Auf den Gedanken, dass materielle Besitzverhältnisse die Möglichkeit bestimmen, Kultur hervorzubringen, werde ich später noch zurück kommen.

Im Zuge der Staatenbildung in Europa entwickelt sich Kultur zum Sammelbegriff für bestimmte menschliche Verhaltensweisen, und damit zum Merkmal der sozialen Unterscheidung (Faschingeder 2006:199). Damit geschieht eine Annäherung zwischen Kultur- und Zivilisationsbegriff und analytische und ethische Dimensionen vermischen sich. Die

Bewertung von Kulturen im Kontinuum von zivilisiert und barbarisch, festgemacht an Aspekten wie Sesshaftigkeit, Urbanität und Alphabetisierung und damit eng verbunden mit dem westlichen Modernisierungsgedanken, kommt in Mode. Auf diesem Hintergrund werden die immer noch teils nomadisierenden und vornehmlich schriftlosen Roma-Kulturen¹⁸ mit Attributen wie antimodern und unzivilisiert in Verbindung gebracht und im Zuge dessen kommt es auch zur Abwertung auf moralischer Ebene. Die „Unzivilisierten“ hätten keinen Sinn für Gerechtigkeit und verträten keine ethischen Werte.

Die Epoche der Romantik im 19. Jahrhundert bringt einen Gegenbegriff zu der an Modernisierung und Verwestlichung orientierten Kultur hervor, der freilich nicht weniger euro- und ethnozentrisch geprägt ist als der Zivilisationsbegriff selbst. Kultur wird hier gleichgesetzt mit Tradition, die es vor den Verwüstungen eines unkontrollierten Industrialisierungsprozesses zu schützen gilt. Diese Denkweise setzt sich im 20. Jahrhundert fort, wo sie vor allem in antikolonialen, und in jüngerer Vergangenheit in globalisierungskritischen Bewegungen die Rückbesinnung auf „authentische“ Traditionen fordert. Diese Abbeziehungsweise Aufwertung gewisser Kulturen im Vergleich zu anderen unter dem Aspekt von „wahren Wurzeln“ und der „Echtheit“ kultureller Praktiken ist nicht weniger problematisch als die vereinfachenden Gegenüberstellungen von „zivilisiert“ und „unzivilisiert“ in der Vergangenheit. Nichtsdestotrotz wird diese Gegenüberstellung von Bewegungen indigener Bevölkerungsgruppen, die nach mehr Autonomie streben ebenso praktiziert, wie von rechtsnationalen Gruppierungen, die sich auf erfundene nationalstaatliche Traditionen berufen. Roma-Selbstverwaltungen, OrganisatorInnen von Ausstellungen und Festen und

18 Bezüglich des nomadischen Lebensstils vieler Roma-Gruppen herrscht Einigkeit darüber, dass es sich nicht um ein autonomes Kulturspezifikum, sondern um das Ergebnis ökonomischer Notwendigkeit handelt. Was das Fehlen einer schriftlichen Tradition anbelangt, sind die Meinungen geteilt. Die meisten WissenschaftlerInnen vertreten die Ansicht, Roma verfügten lediglich über orale Überlieferungen, Michael Genner widerspricht dieser Behauptung und beruft sich in „Spartakus – Eine Gegengeschichte des Altertums nach den Legenden der Zigeuner“ auch auf alte schriftliche Quellen der Roma und Sinti.

MedienvertreterInnen in Ungarn, welche die Kultur der Roma in einer romantisierenden Weise darstellen und auf reine Folklore reduzieren, die gegenwärtige soziale Realitäten verklärt und Alltagskulturen keinen Platz einräumt, agieren theoretisch auf einer ähnlichen Ebene wie rechte ungarische Gruppierungen, die erfundene „authentisch magyarisches“ Traditionen und mythische Kultstätten zelebrieren.

Die Verknüpfung von Kultur und Raum, die unter anderem – aber vor allem – in den Konstruktionen von Nationalkulturen zur Anwendung kommt, ist eine Denkweise, die bereits Ende des 18. Jahrhunderts von Gottfried Herder praktiziert wird. Herder betont die ethnische Fundierung von Kultur, schreibt ihr eine Tendenz zur sozialen Homogenisierung zu, und leitet daraus die deutliche Abgrenzung einer Kultur nach außen ab (vgl. Welsch 1995). Dieser Kulturbegriff hat bis heute Einfluss, ist jedoch aufgrund seiner Ahistorizität problematisch und ignoriert Hybridität, Integrativität und die vielfältigen Dynamiken von Kulturen, die immer in gegenseitigem Austausch stehen (Faschingeder 2007:8f). Der magyarisches Nationalismus etwa, der Ethnizität als kulturellen Faktor begreift und ein homogenes, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer statischeres Bild von nationaler Kultur und „Magyarentum“ entwirft, „raubt [seine] Legitimation willkürlich aus der Geschichte zusammen“ (Marsovszky 2006: 212). Vor allem im Zusammenhang mit der Auflehnung gegen den Vertrag von Trianon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts festigte sich der „Ein-Volk-ein-Land“ (ungar.: „Egy-nép-egy-föld“) Gedanke, wonach das ungarische Volk durch eine natürliche, mythische Ordnung mit dem ungarischen Boden verwurzelt sei und demnach auch Exklusivrechte auf diesen Raum besitze. Im Gegensatz dazu gelten Roma durchwegs und trotz ihrer zum Teil Jahrhunderte langen Anwesenheit immer noch als „Volk ohne Staat“, die aufgrund ihrer ethnisch definierten, „anderen“ Kultur immer während als Fremde gesehen werden, die man zwar mehr oder weniger duldet, die aber kein

„natürliches“ Recht auf den magyarischen nationalen Raum geltend machen können.

Die Auffassung von Kultur als konstruiert, als ein Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse, wird anfänglich von marxistischen Denkern ausformuliert. Ausgehend von einem solchen Kulturverständnis analysiert etwa Antonio Gramsci Hegemonie in Gesellschaften und begreift dabei Kultur als Machtfeld, in dem sich unterschiedliche soziale Kräfte messen. In den angelsächsischen *Cultural Studies* werden diese Ansätze weitergeführt. Kultur ist etwas konstruiertes, produziertes, das durch die Herrschenden zur Sicherung ihrer bevorzugten Stellung und Erhaltung ihrer Macht instrumentalisiert wird. Die vielschichtigen Kulturen in einer Gesellschaft sind Produkte von gemeinsamen Arbeits- und Lebenszusammenhängen – verfügen also letztlich immer über eine materielle Basis. Der Kampf um ökonomische Ressourcen verläuft daher parallel zum Kampf um kulturelle Hegemonie – um die Definitionsmacht auf dem Gebiet kultureller Praktiken (Gramsci 1992, paraphrasiert in Novy et al. 2008:8). Hält man sich die ökonomische Lage vieler Roma in Mittel- und Osteuropa vor Augen, wäre damit auch ihre Kultur eine Randerscheinung, die kaum in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs über kulturelle Praktiken einzutreten vermag.

Diese Ansätze erfassen kulturelle Praktiken im gesamtgesellschaftlichen Kontext und als untrennbaren Teil desselben, eingebettet in konkrete soziale und ökonomische Realitäten. Darüber hinaus bieten sie eine neue Sicht auf Ethnizität als Ergebnis kultureller Praktiken, als Art des Sprechens über Erfahrungen (vgl. Hall 1996:440 ff.). Unter einem solchen Aspekt erhält Kultur eine ernst zu nehmende politische Dimension. Materielle Ungleichheiten kommen in ihr ebenso zum Ausdruck wie gesellschaftliche Machtverhältnisse – ob sie diese nun widerspiegelt oder zu deren Verschleierung instrumentalisiert wird. Die sich daraus

ergebende potenzielle soziale und politische Sprengkraft von Kultur wird entschärft, indem man sie als einen von Alltagsleben und Politik getrennten Bereich definiert, als „Hochkultur“ (Novy et al. 2008:8). Indem man ihr ein klar abgestecktes Terrain zuweist, erspart man sich die Mühe, allzu tief in ein Feld vorzudringen, das Prozesse der Kultur-Produktion mit all ihren vielschichtigen und mehrdeutigen Verhältnissen, Querverbindungen und Widersprüchen zu durchleuchten sucht, deren Offenlegung womöglich das Ziehen unbequemer Konsequenzen auf realpolitischer Ebene fordern könnte. Dies geschieht mit der Verbannung von Roma-Kulturen in den Bereich der Folklore und der künstlerischen Traditionen, welche strikt von Kulturen der Armut und verschiedenen Überlebensstrategien getrennt betrachtet werden. So entsteht einerseits ein ambivalentes Bild in der ungarischen Mehrheitsgesellschaft, andererseits gespaltene Identitäten auf Seiten der Minderheit, da die Rolle der Roma als TrägerInnen ungarischen Kulturgutes (Stichwort „Zigeunermusik“) sich im vorherrschenden Diskurs kaum mit der von Armut und Exklusion geprägten Alltagskultur verbinden lässt. Diese Alltagskultur der Roma ist bislang kaum unter diesem Aspekt untersucht worden, scheint aber sowohl ein wichtiger identitätsbildender Faktor als auch ein Abgrenzungsmoment nach außen hin zu sein. Dabei ist es wichtig, die Kultur der Roma – weder die Fragmente, welche Eingang in den gesamtgesellschaftlichen Kulturdiskurs finden, noch das was man als „Gegenkultur“, „Subkultur“, oder einfach Überlebensstrategien bezeichnen könnte – nicht als etwas Authentisches, Natürliches zu behandeln. Während manche WissenschaftlerInnen den Anspruch erheben, authentische Roma Kultur(en) zu untersuchen und dabei quasi einen Prototyp dessen schaffen, was/wie ein „Zigeuner“ sein *sollte*, laufen andere Gefahr, gerade mit ihrer Kritik an dieser Vorgehensweise einen ähnlichen Effekt zu erzielen, indem sie eine „Kultur der Armut“ als Produkt der Abwesenheit von traditionellen, „authentischen“ Werten und Praktiken

beschrieben (Tremlett 2009:154;159)¹⁹. Fest steht, wie Eagleton es pointiert formuliert, dass „[d]ie menschliche Natur [...] von Natur aus unnatürlich“ ist (Eagleton 2001:142).

Roma und Medien

Medien und Öffentlichkeit vermitteln zuweilen ein stark vereinfachtes, homogenisiertes Bild der Realität – oder besser: verschiedener Realitäten, betrachtet aus der Perspektive eines privilegierten Teils der Gesellschaft. Das, was im vorherrschenden Diskurs als „ungarische Kultur gilt“, gibt nur einen Bruchteil dessen wieder, was in dieser Gesellschaft an unterschiedlichsten kulturellen Praktiken existiert. „Als nationale (ungarische) oder europäische Bürgerinnen und Bürger, die auch abseits der Kriminalstatistik in den Medien erscheinen, gibt es die Roma bislang kaum“ (vgl. Ronzheimer 2008). Unsichtbarkeit bedeutet keinesfalls Abwesenheit, weist aber auf eine untergeordnete Stellung in der kulturellen Hegemonie hin, die in den materiellen Missständen ihre Entsprechung finden. Daher lässt sich argumentieren, dass Sichtbarkeit und Artikulation spezifischer kultureller Praktiken nicht nur identitätsstiftend wirken, sondern in weiterer Folge auch Einfluss auf die materiellen Lebensumstände haben können. Negativ formuliert lässt sich sagen dass „Diskriminierung im Bereich der öffentlichen Meinung [...] oft ausschlaggebend und die Ursache für Diskriminierungen in anderen Funktionssystemen [ist].“ (Haupt 2009:27)

Dem entsprechend stimmen viele TheoretikerInnen darin überein, dass Medien nicht bloß *eine* Realität – oder besser: einen Teilaspekt derselben – widerspiegeln, sondern auch dazu beitragen, eine bestimmte Form von

¹⁹ Die Autorin bezieht sich auf Michael Stewarts ethnographische Monographie über Vlach Roma in Ungarn, die als „echte“, „authentische“ Roma beschrieben werden (Stewart 1997), sowie auf János Ladányi und Iván Szelényis Kritik an dessen Arbeit und ihre Überlegungen aus soziologischer Perspektive zur Schaffung einer „underclass“ in transitorischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas (Ladányi und Szelényi 2006).

Wirklichkeit zu konstruieren (Tortajada und Willem 2009:30). Wie der einflussreiche deutsche Theoretiker Jürgen Habermas anmerkt, ist das Potenzial von Medien dabei ambivalent, weil diese einerseits den „Horizont der menschlichen Kommunikation erweitern“, andererseits aber auch hierarchisieren (Habermas 1987; zitiert in Tortajada und Willem 2009:31; Übers.d.Verf.). Gruppen, die nicht der dominanten Kultur einer Gesellschaft angehören, werden in den Medien tendenziell stereotypisiert und negativ dargestellt, der bereichernde Aspekt kultureller Differenz bleibt zumeist unerwähnt. Iolanda Tortajada und Cilia Willem untersuchen dieses Phänomen im Bezug auf die Darstellung spanischer Roma in den nationalen Medien und sprechen in diesem Zusammenhang von „distorted representation“ und „under-representation“. „The Roma are continuously subjected to racist discourse and [...] portrayals are quite simplistic, showing a set of simple topics related to problems and conflicts.“ (Ebd. 31f.) Bezug nehmend auf die Darstellung von Roma in ungarischen Mainstream-Medien merken die Autorinnen an: „[I]n the Hungarian media, they are presented as poorly educated, poor and ill people, involved in conflicts and scandals, or as great and entertaining musicians.“ (Ebd.) Damit präsentieren und verteidigen viele Medien die vorherrschende Interpretation ethnischer Diskriminierung und rechtfertigen die untergeordnete Position von Roma in der kulturellen Hierarchie der Gesellschaft. Diese Inhalte werden auch von vielen Roma rezipiert und in der Folge zum Teil auch internalisiert. Die Rezeption von Inhalten der Berichterstattung durch Menschen, die selbst direkt mit diesen Inhalten verbunden sind, beinhaltet die Interpretation der medialen Repräsentation in einem Prozess der Anwendung bedeutungstiftender Praktiken (vgl. Hall 1997). Medien und EmpfängerInnen interagieren bei der Schaffung von Bedeutung, im Zuge deren Dominanz und Unterordnung nicht stabile, sondern prinzipiell dynamische Positionen in einem laufenden Prozess sind (Tortajada und Willem 2009:33). Diese Feststellung sollte jedoch nicht zu verfrühtem Optimismus bezüglich der

Gestaltungsmöglichkeiten von Roma führen. Bis Februar 2001²⁰ beschränkte sich etwa die Zeit, welche den Roma Ungarns als anerkannte Minderheit in den nationalen Medien (Radio und TV) gewidmet wurde, auf die gesetzlich vorgeschriebenen wöchentlichen 30 Minuten Sendezeit. Márton Illés, Chefredakteur der Netzzeitung *RomaPage* erzählt: „Vor einigen Jahren startete man versuchsweise eine TV-Serie mit Roma-Protagonisten, setzte sie aber sofort wieder ab, weil sie nicht angenommen wurde.“ (Ronzheimer 2008)

Seit den 1990ern, mit dem Aufkommen von email und Internet, entstand in vielen Köpfen die hoffnungsvolle Utopie, dass Roma eine virtuelle Gemeinschaft („virtual community“) gründen könnten, die eine transnationale ethnische Identifikation bis hin zur Gründung einer virtuellen Nation („virtual nation“) erlauben würde. Neda Atanasoski stellt diesem Optimismus die unüberwindbaren Barrieren der materiellen Realität gegenüber (Atanasoski 2009:205 ff.). Der Zugang zum World Wide Web, welches als demokratisches, öffentlich zugängliches und gestaltbares Medium gefeiert wurde und wird, ist de facto einer Elite vorbehalten. Analphabetismus, unzureichende materielle Mittel für die Anschaffung eines Computers und fehlende Infrastruktur stellen für viele Roma unüberwindbare Barrieren dar. Darüber hinaus setze laut Atanasoski die Gründung einer transnationalen, ethnisch definierten virtuellen Gemeinschaft die Homogenisierung von sehr unterschiedlichen Erfahrungen voraus. Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang in Anlehnung an Benedict Andersons „imagined communities“ (Anderson 2006 [1983]) von einer „imagined virtual community“ (Atanasoski 2009:210). Der Diskurs über technologischen Fortschritt trug in den 1990er Jahren zusammen mit dem Demokratisierungsdiskurs zur Verschleierung der Tatsache bei, dass die ökonomische Liberalisierung zum Teil ethnische Spannungen, Diskriminierung und Armut verstärkt hat,

²⁰ Zu diesem Zeitpunkt strahlte das in Budapest neu gegründete „Radio C“ („Rádio Cigány“) sein erstes ganztägiges Programm aus.

und lenkte dabei von der ebenfalls prekären Situation von Roma-Bevölkerungen in Westeuropa ab (Ebd. 207). Neue transnationale Mobilität²¹ in einer erweiterten Europäischen Union und globale mediale Vernetzung „do not automatically lead to a political intervention in the relations between national or European majorities and Roma minorities“ (Imre 2008:326).

Auch am Beispiel des ambitionierten Radiosenders von Roma für Roma und Nicht-Roma, Rádío C („Rádío Cigány“), lässt sich die Differenz zwischen optimistischer Utopie und materieller Realität ablesen. Bei seiner Gründung 2001 setzte die Roma-Bevölkerung Budapests hohe Erwartungen in den Sender, der ihre Stimme hörbar und ihre Lebensart als Teil der ungarischen Kultur salonfähig machen sollte. Gerade das Medium Radio scheint ideal geeignet dafür, große Teile der Bevölkerung zu erreichen und erfordert nur geringe materielle und infrastrukturelle Voraussetzungen und kaum Vorbildung – anders als Printmedien oder Internet. Das Programm sollte teils mit staatlichen Mitteln, teils mit Geldern privater Stiftungen, von Botschaften westeuropäischer Staaten und privaten Firmen finanziert werden (Matelski 2005:261). Bereits kurz nach seiner Gründung begann der Sender seinen finanziellen Abstieg, der mit der vorübergehenden Einstellung aller Programme im April 2003 endete. In einer Stellungnahme des Managements (zitiert in Matelski 2005:264.) hieß es :

This radio has experienced misery ever since its founding. The telephone line was cut off several times, even electricity has been put to risk, and we have been through two periods without salary for several months. We hear that the business plan we conceived and prepared was not good: but even if this was the case, were we supposed not to tackle it? [...] Now we could no longer stand the increase of debts, the fact that there had been no salary for months, that we cannot repay our loans; so the leadership of the radio has decided to send everybody (including themselves) on holiday temporarily, and try to find some form of reliable funding for Radio C. (Radio C, o.D.)

21 Diese Mobilität muss an sich in Frage gestellt werden, angesichts der jüngsten Abschiebungen von europäischen BürgerInnen von Frankreich nach Rumänien. (vgl: Roser 2010)

Durch die Unterstützung des ungarischen staatlichen Rundfunks konnte Rádío C schließlich wieder senden. Es stellt sich die Frage, welche Implikationen die Unterstützung durch Regierung und Ministerien mit sich bringt, insbesondere das Risiko von plötzlichen Budgetkürzungen oder der politischen Einflussnahme auf gesendete Inhalte. Neben diesen Gefahren besteht eine historisch konstituierte Distanz zwischen Roma-Bevölkerung und staatlichen Autoritäten (wie in Kapitel 2.1 beschrieben), ein Misstrauen, das zu einem gewissen Grade auch in Bezug auf staatlich finanzierte und kontrollierte Medienstrukturen gilt.

Der finanzielle Niedergang des Senders nach anfänglichem Enthusiasmus lässt vermuten, dass sich die Interessen der Geldgeber innerhalb sich ändernder gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen verschoben haben. Vor allem der EU Beitritt Ungarns im Jahre 2004 hat eine Verlagerung der Prioritäten in zwei Bereichen mit sich gebracht. Einerseits musste sich der ungarische Staat gegenüber den Institutionen der Europäischen Union nicht mehr in dem Maße profilieren wie vor dem Beitritt, andererseits flaute wohl auch in der EU-15 die Angst vor einer Flut an MigrantInnen aus den neuen EU Staaten ab. Damit verloren Programme zur Integration und Förderung von Roma-Minderheiten an Brisanz und Geldflüsse verebbten (vgl. Matelski 2005). Was den Verkauf von Sendezeit für Werbezwecke an private Firmen angeht, hatte Rádío C von Anfang an keine guten Karten, da sich das Programm vor allem an ein Publikum mit eher geringerer Kaufkraft richtet. Heute finden sich unter den als „partnereink“ („unsere Partner“) auf der Internetseite des Senders angeführten Sponsoren der TV Sender *Nóta TV* mit musikalischem Schwerpunkt, ein Vertrieb für Computertechnologie namens *Center.hu*, die Versicherung *Allianz direct*, die Musikgruppe *100 Tagú Cigányzenekar* („100-köpfige Zigeunerband“) und die Informationsplattform *Romnet.hu*. Außerdem scheinen auch das ungarische Leihpfandhaus *BÁV – Bizományi Kereskedőház és Záloghitel Zrt.* und der Glücksspielkonzern

Szerencsejáték Zrt. als Sponsoren auf, die einen guten Teil ihres Klientel in einkommensschwächeren, sozial schlechter gestellten Bevölkerungsschichten finden. Ob und wie Sponsoren oder staatliche Einrichtungen Einfluss auf die Programmgestaltung von Rádió C ausüben, bleibt noch zu untersuchen. Es stellt sich jedenfalls die Frage, ob und wie für ethnische Minderheiten wie die Roma Ungarns eine „freie Stimme“ finanzierbar ist. Fest steht, dass auch die ungarische Radiolandschaft von Machtstrukturen durchzogen und von verschiedenen ökonomischen und politischen Interessen geprägt ist. Ähnliches gilt für die Bereiche der bildenden Künste, der Literatur und teilweise auch der Musik und der darstellenden Künste.

Kunstproduktion: Theater und Medien

Bertolt Brecht diskutiert etwa in seinen einflussreichen „Schriften zum Theater“ die Funktionsweise des institutionalisierten Theaters und bemerkt in diesem Zusammenhang: „Dieser Apparat aber ist durch die bestehende Gesellschaft bestimmt und nimmt nur auf, was ihn in dieser Gesellschaft hält“ (Brecht 1993 [1957]:14). In Bezug auf meine bisherigen Ausführungen legt diese Aussage nahe, dass es für Roma besonders schwer ist, in der Theaterlandschaft Fuß zu fassen. Gemäß dem Appell, den Brecht an späterer Stelle für das Theater als Katalysator für „die Lust am Erkennen“ und Motor für „den Spaß an der Veränderung der Wirklichkeit“ tätigt (Ebd.:127), bietet aber diese Ausdrucksform die Möglichkeit, Menschen gerade auch für Fragen zu sensibilisieren, die sich auf gesellschaftliche Spannungsfelder und soziale Probleme beziehen, welche Veränderungen – im besten Fall unter Beteiligung der gesamten Gesellschaft – fordern. Geht man davon aus, dass alle Kunstschaffenden in entscheidendem Maße vom Kunst-Apparat abhängig sind, kann hörbare Artikulation nur dann stattfinden, wenn die institutionellen

Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Gerade dies stellt ein Problem dar, beziehungsweise mindert den potenziellen Wirkungsgrad der Kunstproduktion von Minderheiten. Hier handelt es sich meist um private Initiativen mit Amateurcharakter (Riedl 1997:8), das heißt Minderheitentheater findet zumeist außerhalb eines institutionalisierten Rahmens statt. Dies bedeutet einerseits, dass der Kreis potentieller RezipientInnen von vorn herein eingeschränkt ist, andererseits aber auch, dass die Aktivitäten in einem Nischenbereich stattfinden, und von der institutionalisierten Theaterwelt kaum beachtet werden. Letzteres Argument wird durch die Tatsache bekräftigt, dass es kaum wissenschaftliches Material zu künstlerischen Aktivitäten der Roma Minderheit, insbesondere im Theaterbereich, gibt. Dennoch kommt dem Theater ein wichtiger Stellenwert für die Identität von Minderheiten zu. Neben der Standardisierung der Sprache werden Traditions- und Geschichtsbewusstsein gestärkt und die Bildung von Solidarität gefördert. Darüber hinaus offeriert das Theater Möglichkeiten zur politischen Agitation (Ebd.:20f). Die menschliche Sprache in ihren zahlreichen Variationen ist kein bloßes Mittel zum Austausch von Information, sondern eine Funktion in der menschlichen Identitätsbildung. Erst in jüngster Vergangenheit gibt es Versuche, die Sprache der Roma, „Romani Chib“ oder „Romanes“ zu standardisieren. Es handelt sich um eine Vielzahl unterschiedlicher Dialekte, die nur in den seltensten Fällen Ansätze einer schriftlichen Tradition aufweisen. Neben den europäischen Standardsprachen mit ihren alten schriftlichen Traditionen, nimmt das Romanes damit eine Außenseiterrolle ein und wird vielfach nicht ernst genommen, ist aber für Angehörige der Roma-Gesellschaften ein wichtiges identitätsstiftendes Merkmal. Die Bühne und der Theaterbetrieb können meiner Meinung nach der Sprache einen neuen Reichtum verleihen, da sich die Theatersprache zumeist von der Alltagssprache abhebt, und zudem das Selbstbewusstsein der SprecherInnen stärken. Durch die inhaltliche Aufarbeitung von historischen Themen und kulturellen

Eigenheiten kann die Theaterperformance Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, aber auch der Minderheit selbst helfen, mehr über Traditionen und Geschichte der Roma zu erfahren. Die Erarbeitung eines Stückes ist eine gemeinschaftliche Aktivität und fördert Kontakte zwischen Angehörigen der Minderheit, aber auch zwischen SchauspielerInnen und Publikum. Der Besuch einer Vorstellung einer Minderheitentheatergruppe kann symbolisch als Anerkennung der Minderheit und ihres Schaffens gesehen werden. Im politischen Bereich kann einerseits die aufklärerische Funktion des Theaters genutzt werden, andererseits ist die Präsenz von Minderheitentheater Ausdruck von kultureller Vielfalt und eine Gegenstimme zum Gedanken ethnisch-politischer „Reinheit“.

Der Kampf um Emanzipation mit Mitteln der Kunst und Kultur, vor allem in Form von Ausstellungen und Festen, wird zwar seit geraumer Zeit gefochten, hat aber kaum Auswirkungen auf das tägliche Leben und die allgegenwärtige Segregation. Es handelt sich beim künstlerischen Wirken von Roma-Angehörigen um eine Randerscheinung, die im Allgemeinen in den verstaubten Bereich der Folklore verbannt wird. Péter Szuhay, Leiter der Roma-Sammlung des Ethnologischen Museums in Budapest, hat über die Jahre zahlreiche Ausstellungen organisiert, die als primitiv oder (noch schlimmer) „entzückend“ rezipiert wurden und als Beruhigung für das nationale Gewissen fungierten, während sich die Notlage der Roma stetig verschlimmerte (Kimmelman 2008). Im Theaterbereich gibt es einige ambitionierte Personen, welche sich dieser Problematik bewusst sind, und diese offen ansprechen, beziehungsweise dem ihre eigenen Konzepte gegenüber stellen. Ich möchte nun kurz zwei solche Initiativen vorstellen.

Die im Jahr 2000 in Budapest gegründete *Karaván* Kunststiftung bietet eine kostenlose Schauspielausbildung für benachteiligte Jugendliche, vorwiegend aus der Volksgruppe der Roma. Der ungarische Schauspieler Oszkár Nyári, Regisseur der Theatergruppe, ist selbst Angehöriger der

Roma-Minderheit, setzt sich seit vielen Jahren für die künstlerische Emanzipation seiner Volksgruppe ein und hat dabei nicht nur Erfolge gefeiert, sondern auch schwere Rückschläge einstecken müssen. Seine erfolgreiche Schauspielkarriere eröffnete ihm zwar Perspektiven zur Veränderung der Situation, war aber keinesfalls Garantie für Erfolg, wie er in einem Interview rückblickend feststellt:

Even in my days at the College of Dramatic Arts I felt that I had to take part in the struggle for a theatre to be created for the Roma, for us to have our own actors and actresses. At the outset, of course, I tried to go about it in an incredibly naive manner. I stood up in front of the assembled theatre directors of Budapest at a meeting and told them to give the Roma theatre premises. (Kosztolányi 2001).

Nyári stellte ein Stück auf die Beine, das folkloristische Elemente enthielt, wusste aber „...something more serious had to happen so that the Roma could display their artistic and creative abilities outside of the realms of music and art“ (Kosztolányi 2001). Er schrieb daraufhin das Stück „Mátyás téri muzsikusok“ („Die Musiker vom Mátyás Platz“), das im 8. Bezirk in Budapest in einem Roma-Gemeinschaftszentrum uraufgeführt wurde. Hier ergab sich eine interessante Konstellation, denn viele der anwesenden Roma hatten persönlichen Bezug zum Inhalt des Stückes, es artikuliert eine spezifische Form der Alltagskultur.

These individuals grew up there and the milieu they were brought up in was the subject of the play. It dealt with how people of different nations and identities were able to live together, how they became separated, how they lived out their lives and to what extent they were servants or to what extent they were masters. They played in exquisitely elegant surroundings [...] and yet they often lived in appalling circumstances. (Kosztolányi 2001)

Oszkár Nyári glaubt, in der Produktion von Theaterstücken am meisten verändern zu können. Er sucht und coacht junge Talente – nicht nur Roma, sondern auch andere Kinder und Jugendliche aus unteren sozialen Schichten. Zusammen mit Schauspieler-KolegInnen, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen rief er die *Karaván Művészeti Alapítvány* („Karaván Kunststiftung“) ins Leben, die junge KünstlerInnen ausbildet. Die Schule

stellt kein Diplom oder Zertifikat vor, sondern bereitet die Jugendlichen auf Aufnahmeprüfungen vor (zB. für die Universität für angewandte Theaterwissenschaften). Zum Zeitpunkt des Interviews blickt er zuversichtlich in die Zukunft:

It seems very likely that we will be able to look forward to having a lot of sponsors. I have endeavoured to ensure that this project is entirely impartial: we have not turned to any political party, political institution or any other organisation strongly influenced by politics. We are trying to apply for funding from PHARE and other programmes and I do feel we are in with a chance because the opportunity is visible. (Kosztolányi 2001)

Eine weitere Initiative, das Theater *Maladype* (gegründet 2002) besteht sowohl aus ungarischen als auch aus Roma-SchauspielerInnen. In den Vorstellungen soll dem Publikum das Zusammentreffen verschiedener Kulturen vermittelt werden. Sprache und Musik der Roma sind ein wichtiger Bestandteil der Performances. Laut Eigendefinition geht es nicht um die Darstellung von Folklore gleichsam als „Touristenattraktion“, sondern um die künstlerische Repräsentation unterschiedlicher, ineinandergreifender Kulturen und deren Zusammenwirken (Vadászi 2009). Vorläuferin der Theatergruppe war eine Formation von Roma-SchauspielerInnen unter dem Namen *Vareso Aver* („Etwas Anderes“, Übers. d. Verf.), gegründet im März 2000 in Budapest, unter der Leitung von Regisseur Dragan Ristic. Die erste Vorstellung behandelte Federico García Lorcas' „*Bodas de Sangre*“²², da laut Ristic dieses Werk am besten in der ganzen Weltliteratur das Leben und die Bräuche der Roma präsentiert (Vadászi 2009). Wichtige Motive in den Stücken der Theatergruppe waren anfangs die Gesellschaft der Roma als zusammenhaltende große „Familie“, die traditionelle „Zigeunermusik“. Die ersten Vorstellungen der Gruppe fanden in einem verlassenen alten Wohnhaus im VIII. Bezirk Budapests statt. Die Bühne bestand aus den dort vorhandenen Räumlichkeiten, den Fluren, dem Hof und auch der Straße davor (Szöllóssy 2002:16)

22 Zu Deutsch: „Bluthochzeit“; der ungarische Titel lautet „Vérnász“.

2002 wurde nach dem Rücktritt des Regisseurs Dragan Ristie das *Cigány-magyar Színház* („Zigeuner-Ungarn Theater“, Übers. d. Verf.) gegründet und der Fokus in den Stücken auf die alltägliche Begegnung der Kulturen gelegt. Die Initiative stieß in Theaterkreisen auf Anerkennung und Lob. Seitdem nimmt die Gruppe jedes Jahr an zahlreichen ungarischen und ausländischen Theater-Festivals teil (Rostás-Farkas 2000:34). Maladype hat keinen fixen Spielplatz und bezieht ihre Einkünfte aus der Teilnahme an Preisausschreiben und von Spenden. Regisseur und Leiter der Gruppe ist gegenwärtig Balázs Zoltán, das Hauptthema der Stücke ist nach wie vor das Verhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, thematisiert werden Ausgrenzung und die Rolle der Roma als Außenseiter (Szöllőssy 2002, S. 19).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Frage der Wirkungsweise des Roma-Theaters mit jener nach dem jeweiligen Zielpublikum und dem Grad der Institutionalisierung eng verknüpft ist. Wie ich erläutert habe, ist etwa die Pflege der Sprache der Minderheit eine wesentliche Funktion des Minderheitentheaters. Andererseits werden so Personen ohne entsprechende Sprachkenntnisse (also de facto die gesamte restliche Gesellschaft) von der Rezeption ausgeschlossen und es kommt zur Reproduktion oder sogar Verstärkung der bestehenden Abgrenzung. In den vorgestellten Initiativen sind zwar Sprache sowie auch traditionelle Musik der Roma integraler Bestandteil der Vorstellungen, es wird aber versucht, auch die ungarische Mehrheitsgesellschaft anzusprechen und gegenseitiges Verständnis zu vermitteln. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass es sich nicht um „reine“ Roma-Initiativen handelt, und Angehörige der Mehrheitsgesellschaft ebenso willkommen sind.

Der Grad der Institutionalisierung ist ein wichtiger ökonomischer Faktor, da staatliche Förderungen an einen entsprechenden rechtlichen Status geknüpft sind. Der „...Usus, jedes Kunstwerk auf seine Eignung für den

Apparat, niemals aber den Apparat auf seine Eignung für das Kunstwerk hin zu überprüfen“ (Brecht 1993:14), bringt Theater schaffende Angehörige der Roma-Minderheit unter einen starken Assimilationsdruck und schränkt deren Handlungsspielraum ein. In der jüngeren Vergangenheit etwa behandelt die Theatergruppe Maladype vor allem auch klassische Werke (Szöllóssy 2002:18), und die Ausbildung innerhalb des Projekts Kárvan zielt auf die Eingliederung der jungen Talente in den „normalen“ Theaterbetrieb ab. Mit der Institutionalisierung des Minderheitentheaters geht aber auch die Standardisierung von Auftrittsräumen und Zutrittsregelungen einher. Es darf nicht vergessen werden, dass ein erschreckend großer Teil der Roma Ungarns unter prekären Bedingungen lebt und tagtäglich ums Überleben kämpft. Unter diesem Aspekt sollte man nicht der Versuchung unterliegen, das Wirken von Initiatoren und einzelnen Theatergruppen als repräsentativ für eine ganze Gesellschaftsschicht zu interpretieren. Dennoch haben diese Initiativen das Potenzial, Alltagskulturen und Überlebensstrategien sichtbar zu machen und diese, einmal Teil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, als Argument für und Ausgangspunkt von Bestrebungen zur Besserung der sozialen und ökonomischen Situation vieler Roma-Angehöriger zu nutzen.

Eine Artikulationsform, die näher am Alltag vieler Roma Familien beheimatet ist und die ich hier als Form nonkonformistischer Kunstproduktion anführen möchte, ist das Märchenerzählen. Bis ins 20. Jahrhundert hinein genossen MärchenerzählerInnen großes Ansehen in den meisten Roma-Gemeinschaften. Die vorgetragenen Geschichten begleiteten abendliche Zusammenkünfte im Kreise der Familie, verkürzten aber auch gemeinschaftlich verrichtete Arbeiten. MärchenerzählerInnen wurden vor dem Zweiten Weltkrieg in Ungarn mitunter offiziell engagiert und dafür bezahlt, die Belegschaft von Firmen „bei Laune zu halten“.²³

²³ Das geht aus den Berichten über den ungarischen Märchenerzähler Lajos Ámi hervor. (vgl. Erdész und Futaky 1996)

Nicht nur in Ungarn waren sie gern gesehene Gäste in Gasthäusern und auf Jahrmärkten, wo sie oft freigehalten oder entlohnt wurden. Meines Wissens nach gibt es allerdings keine neueren Untersuchungen zur Praxis des Geschichtenerzählens in Roma-Gemeinschaften in Europa, daher lässt sich nur mutmaßen, ob diese noch immer eine so wichtige Rolle einnimmt. Einige allgemeine Überlegungen möchte ich hier dennoch wiedergeben.

Das Repertoire der ErzählerInnen umfasst einen Grundstock an Märchen, den sie sich im Laufe ihrer Kindheit von Eltern und Angehörigen aneignen, und der im Laufe ihres Lebens ständig erweitert wird. Die Geschichten unterliegen einem ständigen Wandel, der sich auf die persönliche Entwicklung des/der MärchenerzählerIn und auf gesellschaftliche Entwicklungen, sowie einschneidende historische Ereignisse, zurückführen lässt. Die Märchen haben also nicht nur unterhaltenden Charakter. Sie repräsentieren (zumindest einen Teil der) kollektiven Erinnerung eines Volkes.²⁴ Dies belegen gewisse Motive, die uns in den traditionellen Märchen immer wieder begegnen.

Die Praktik des Märchenerzählens ist ein spontaner Akt. Es lassen sich zwar Kontinuitäten in Motiven, Handlungen und Personen feststellen, dennoch unterliegt jede Geschichte einem ständigen Wandel und wird je nach ErzählerIn, Situation und RezipientInnen anders präsentiert und interpretiert. Die große Bedeutung der mündlichen Überlieferungskultur der Roma wurzelt in der weitgehenden Abwesenheit schriftlicher Tradition. Wenn Roma des Lesens und Schreibens fähig waren – was bis in die jüngere Vergangenheit ohnehin nur wenige Ausnahmen betraf –, bezog sich diese Sprachkompetenz auf die Sprache(n) der Mehrheitsbevölkerung ihres Aufenthaltslandes. Die Vielzahl der Ausformungen des Romanes und fehlende Ansätze zur Kodifizierung und Verschriftlichung dieser Sprache(n)

²⁴ Hier liegt die Gefahr der Homogenisierung unterschiedlicher Erfahrungen, die zwar theoretisch unzulässig, gleichzeitig aber auch eine Voraussetzung für die Herausbildung von komplexen Gemeinschaften ist. (siehe dazu u.a. Anderson 2006 [1983])

festigten deren marginalisierten Status gegenüber den standardisierten Sprachen der Mehrheitsbevölkerungen. Übersetzungen wurden, wenn überhaupt, bis vor kurzem ausschließlich durch Nicht-Roma vorgenommen, und waren eher philologisch genaue Transkriptionen, die der Erforschung der Sprache dienten, nicht aber der Rezeption des Inhaltes (Mode 1991 [1983]:11ff.). Darüber hinaus beruhten sie auf mitunter in fragwürdigen Situationen und Umgebungen entstandenen Aufzeichnungen²⁵, welche von vornherein ein verzerrtes Bild der zweckentfremdet (nicht zur spontanen, auditiven Rezeption) vorgetragenen Märchen wiedergaben. Die auf solchem Material beruhenden wörtlichen Übersetzungen sind für Nicht-Roma kaum verständlich. Interpretative, nacherzählende Übersetzungen haben wiederum den Nachteil, dass sie den Inhalt zu sehr verändern und re-interpretieren und so oft ein verzerrtes Bild der Geschichten übermitteln. Man sollte nicht aus den Augen verlieren, dass die Erzähltraditionen der Roma eben nicht das Element der schriftlichen Weitergabe beinhalten und sich damit per se einer solchen Konservierung entziehen. Die schriftliche Aufzeichnung ist nicht in der Lage, diese Kunstform in einer authentischen Weise zu vermitteln. Ein großer Teil der Weitergabe von Inhalten geschieht im Bereich von Modulation, Gestik und Mimik und in Interaktion mit RezipientInnen und räumlicher Umgebung. Die Eigentümlichkeit der Ausdrucksformen haben im Rahmen von wissenschaftlichen Aufzeichnungs- und Kodifizierungsversuchen ForscherInnen zu folgenschweren Fehlinterpretationen geführt. Lange Zeit (und zum Teil bis in die Gegenwart) galten die Märchen und Erzählungen von europäischen Roma als „verstümmelt“ und nicht klassifizierbar im Sinne der Typen- und Motivsammlungen der Märchenforschung (vgl. Wogg 2000). Parallelen und Ähnlichkeiten der Geschichten der Roma zu jenen der Kontaktgesellschaften dien(t)en darüber hinaus der Bestätigung stereotyper Auffassungen – die spärlichen Einsichten, die ForscherInnen

25 So hat etwa der Sprachwissenschaftler Knobloch seine Märchen unter fragwürdigen Umständen im NS-Anhaltelager Lackenbach gesammelt. (Knobloch 1953 [1943])

über die aufgezeichneten Märchen in Kultur und Lebenswelt der Roma erhielten, „wurde[n] zwischen den Mühlsteinen von Überlegenheitsgefühl und enttäuschter Zigeunerromantik aufgerieben“ (Ebd.:241).

Die Bedeutungsstrukturen in den Erzähltraditionen der Roma sind, das legen die oben angeführten Bedingungen nahe, weitaus dynamischer und prozesshafter als jene, die den (zum Teil bereits in ferner Vergangenheit verschriftlichten und seitdem unverändert gebliebenen) Märchen der national-europäischen Traditionen zugrunde liegen. In diesem Sinn bietet sich hier das poststrukturalistische Verständnis der Bedeutungsbildung als Prozess an. Die Bedeutung entsteht in jedem Fall im Augenblick der Rezeption: Es macht einen erheblichen Unterschied, eine Geschichte im Rahmen eines Märchenabends im Kreise der Familie erzählt zu bekommen, sich per Diktiergerät aufgezeichnete Aufnahmen anzuhören, oder aber die Transkription solcher Aufnahmen, noch dazu übersetzt in eine andere Sprache, in einem Buch nachzulesen. Im Bedeutungsbildungsprozess spielen aber vor allem auch die Konstellationen der künstlerischen Ausdrucksformen zu anderen Faktoren eine erhebliche Rolle, und vor allem der Kontext ist ausschlaggebend für die Interpretation. In einer einzigartig metaphorischen Bildsprache, mit eigenwilliger, schwer zu dechiffrierender und kulturell codierter Symbolik werden in den überlieferten Märchen Parallel-Welten entworfen, die nicht nach der Logik des vorherrschenden Systems, das die Mehrheitsgesellschaft bereits weitestgehend durchdringt und transformiert hat, funktionieren. Dem entsprechend entzieht sich die Erzählkunst der Roma weitestgehend der kapitalistischen Vermarktungslogik, was wiederum die marginalisierte Position dieser Kunstform festigt, andererseits aber auch als Ausgangspunkt einer subversiven Kunstproduktion interpretiert werden kann, da diese nicht den vorgeschriebenen Mustern folgt, sich nicht einordnen lässt und nicht in den Kanon vorherrschender Diskurse einstimmt.

Es sei an dieser Stelle betont, dass Kunst und Kultur der Roma nicht in einem abgegrenzten Feld, parallel zu aber unbeeinflusst von Massenkultur und Konsumismus existieren. Die Umstrukturierung der europäischen Gesellschaften betrifft auch die Roma-Gemeinschaften: Die Sozialisierung in den Schulen und der Einfluss der Medien nahmen in den vergangenen Jahrzehnten stark zu, und die Räume, in denen die Erzähltraditionen so lange überlebt haben, verschwinden.²⁶ Es bleibt noch zu untersuchen, welche Märchen heute noch erzählt werden, wer sie erzählt, und wie, unter welchen Umständen, und wem sie erzählt werden. Eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik kann Einblick in ein „anderes“ Bedeutungssystem gewähren, das sich seine Eigenwilligkeit bewahrt hat und der Eingliederung in vorherrschende Raster weitgehend entzieht. Ich würde so weit gehen zu behaupten, dass die Erzähltraditionen der Roma Teile autonomer subalternen Bedeutungssysteme sind, die hegemoniale Strukturen und Repräsentationen in Frage stellen und komplexe und fragmentarische Counter-Narrative (als tentativer Ausdruck einer transgressiven Kultur der Hybridität) produzieren. (Siehe dazu den Gedankengang von al-Samarai 2004:173.)

2.3 Fremd- und Selbsteinschätzungen

An dieser Stelle möchte ich auf die Identität von Roma zu sprechen kommen. Die Frage „Wer ist eigentlich ein Rom/ eine Romni?“ steht bewusst nicht am Anfang dieser Arbeit, denn das bisher Gesagte soll dazu beitragen, an diese komplexe Fragestellung ohne die Erwartung einer gemeingültigen Antwort heranzugehen. Ein Blick auf die vorherrschenden

²⁶ Die Märchenerzähler verlieren zuerst in den Städten, gefolgt von den Dorfgemeinschaften ihren Status. Die meisten geselligen Arbeiten, in deren Kontext das Märchenerzählen so hoch geschätzt worden ist, sind verschwunden. (vgl. Futaky und Érdesz 1996:308f.)

Diskurse macht klar, dass hier wiederum verschiedenste Interessen um die Definitionsmacht ringen und dass dabei politisch viel auf dem Spiel steht.

Die Definition ethnischer Identität ist eine viel debattierte Frage in den Sozialwissenschaften, wobei sich im Kontext verschiedener politischer Systeme in der Vergangenheit unterschiedliche Ansätze herausgebildet haben (Hoóz 2001:12). Am Anfang vieler Überlegungen steht die Beobachtung, dass es sich bei ethnischen Gruppen zumeist auch um Sprachgemeinschaften handelt, wonach es nahe liegen würde, ethnische Identität über das Kriterium der Muttersprache zu definieren. Diese Festlegung entpuppt sich aber zunehmend als zu eng und starr angesichts der Zunahme an Zwei- oder Mehrsprachigkeit. Im Falle Ungarns erfolgte vor allem in der Ära des Sozialismus eine linguistische Assimilation, 90% der ehemals sprachlichen Minderheiten (Romanes- und Beashi-Sprachige) sprechen nunmehr Ungarisch (Wizner 2005:159). In einer zwei- oder mehrsprachigen Bevölkerung ist Muttersprachlichkeit nicht mehr eine unabänderliche Determinante, sondern eine Frage der persönlichen Entscheidung (Ebd.).

Im Laufe des 20. Jahrhunderts kamen in Ungarn neben den im Rahmen der offiziellen Volkszählungen gesammelten Daten, welche das subjektive Zugehörigkeitsgefühl der Befragten widerspiegelte, unterschiedliche Erhebungsmethoden zum Einsatz, deren gemeinsames Element die Definition von Ethnizität einzelner Familien über die Einschätzung externer „Beobachter“ war. Hatten die traditionellen Censa mit dem Problem der Ungenauigkeit von Datensätzen zu kämpfen, die belegte, dass ein subjektives Zugehörigkeitsgefühl nicht immer offen deklariert wird, beziehungsweise sich im Laufe der Zeit durchaus ändern kann, so ist die Problematik der Zuschreibung von außen beinahe selbsterklärend. Eine komplementäre Datenerhebung, die auf letzterem Zugang beruhte, wurde

erstmalig 1963 von der Universität Pécs im Komitat Baranya durchgeführt, eine weitere folgte 1973, 1980 gab es erstmalig eine landesweite Erhebung nach einer Methode, bei der die Ergebnisse auf den Einschätzungen und Kategorisierungen von „lokalen, unbeeinflussten Anrainern“ beruhten, die über „ein gutes Wissen über die lokale Bevölkerung“ verfügten (Hoóz 2001:15). Es drängt sich sofort die Frage auf, wer diese „unbeeinflussten“ Personen waren, die Auskunft über die ethnische Zugehörigkeit ihrer NachbarInnen gaben. Auf der Methode der Fremdeinschätzung beruhen auch viele Schulstatistiken, welche die Einstellung des Lehrpersonals wieder geben, nicht aber jene der SchülerInnen und derer Familien. (Babusik 2004:14) Dem gegenüber führen Assimilationsdruck und persönliche und kollektive Erfahrungen (von der Diskriminierung in der Schule oder bei der Arbeitssuche bis hin zum Genozid im Nationalsozialismus) zum Leugnen der eigenen Identität. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass beide Erhebungsmethoden ein verzerrtes Bild der Realität lieferten.

Entsprechend der gegensätzlichen Methoden von Selbst- und Fremdeinschätzung in der Datenerhebung gehören die meisten ungarischen SozialwissenschaftlerInnen zwei unterschiedlichen theoretischen „Lagern“ an (Babusik 2002:16f.). István Kemény, Gábor Kertesi und Gábor Kezdi vertreten die Meinung, empirische Forschung und die Erhebung möglichst akkurater Daten seien wichtiger als philosophische Überlegungen. Ethnizität könne daher gegebenenfalls über externe Einschätzung definiert werden. Iván Szelényi und János Ladányi widersprechen diesem Ansatz, da ihrer Meinung nach das wichtigste Kriterium der Klassifikation der Roma-Identität implizit ihr sozio-ökonomischer Status beziehungsweise ihre marginalisierte Position sei. Roma würden demnach primär als VertreterInnen einer Kultur der Armut gesehen (Ebd.).

Die meisten Angaben und Schätzungen zur Größe der Roma-Bevölkerung in der neueren Literatur beruhen auf Hochrechnungen älterer Datensätze, da seit 1992 keine ethnischen Daten mehr erhoben werden dürfen. 1992 wurde in Ungarn ein Gesetz zum Datenschutz erlassen, das eine strikte Beschränkung der zu erhebenden Daten, die sich auf Ethnizität beziehen, vorsieht (1992. évi LXIII törvény a személyes adatok védelméről és a közérdekű adatok nyilvánosságáról²⁷). Demnach sind staatliche Körperschaften offiziell nicht berechtigt, Daten über ethnische Identität zu besitzen, es sei denn mit Ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Betroffenen Personen. Damit wurde in Ungarn die Selbstidentifikation die einzige legale Basis Ethnizität zu definieren (Babusik 2004:14). Aus dieser rechtlichen Lage resultieren einige Widersprüche. So sind beispielsweise die ungarischen Arbeitsämter („Munkaügyi Hivatalok“) *de jure* nicht berechtigt, Daten über die Ethnizität der KlientInnen zu besitzen, haben gleichzeitig aber den staatlichen Auftrag, einen gewissen Teil ihres Budgets für die Integration von Roma in den Arbeitsmarkt aufzuwenden. Hier wird der Umweg über Roma-Organisationen und Selbstverwaltungen genommen, die Listen mit potenziellen Arbeitssuchenden für die Ämter bereitstellen (Ebd.:15). Die ungarische Verwaltung begeht seit Jahren einen Balanceakt zwischen dem Recht auf den Schutz von empfindlichen Daten, wie etwa ethnische Herkunft, dem Recht nicht diskriminiert zu werden und dem Recht auf die eigene Sprache, Kultur und politische Repräsentation. Bezüglich der widersprüchlichen Gesetzeslage merkt Lilla Farkas an: „The balance in today’s Hungary, it is submitted, is far from being fair, and as such is not acceptable.“ (Farkas 2004:19) Das Datenschutzgesetz von 1992 (insbesondere Artikel 2.2 und 3.2) behindere Verfahren gegen Diskriminierung, vor allem gegen indirekten und institutionellen Rassismus. Darüber hinaus fördere die Regelung „ethno-business“ oder „ethno-corruption“ vor allem im Zusammenhang mit der Partizipation in den politischen Wahlen der Minderheiten-

27 1992. évi LXIII törvény a személyes adatok védelméről és a közérdekű adatok nyilvánosságáról; „Gesetz LXIII 1992 zum Schutz personenbezogener Daten und Daten von öffentlichem Interesse“ (Übers. der Verf.)

Selbstverwaltungen (siehe Kapitel 3.2), und minimiere die Chancen auf Implementierung wirkungsvoller Aktionsprogramme (Ebd.19,20). Farkas betont, dass Diskriminierung in der Regel nicht auf Selbstidentifikation, sondern auf Fremdzuschreibungen basiere (Ebd.21). Das Verbot, sensible Daten ohne die explizite Zustimmung der Betroffenen verwenden zu dürfen, schließt nicht aus, dass in der Praxis sehr wohl mit Daten gearbeitet wird, die auf Fremdzuschreibungen basieren. Das gesetzlich verankerte Verbot reflektiert den Kampf eines Teils der ungarischen politischen Eliten mit der rassistischen Vergangenheit des Landes (Stichwort Nationalsozialismus) und den Angst vor gezieltem Missbrauch ethnischer Daten. Man muss sich andererseits fragen, ob der Preis dafür nicht zu hoch ist, da zum Beispiel Volksanwälte ohne ethnische Daten entwaffnet sind und einer erfolgreichen Diskriminierungsbekämpfung der statistische und legale Boden geraubt wird (Ebd.:22). Colin Clark geht einen Schritt weiter und schreibt im Journal *Radical Statistics*, dass im Bezug auf Roma in Europa ein „Zahlenspiel“ betrieben wird: „[P]opulation figures for one of Europe's most discriminated against ethnic minority groups are unknown, manipulated and contested.“ (Clark 1998)

Magdalena Marovszky beschreibt in einem Artikel über Antisemitismus in Ungarn (Marovszky 2006) Ethnizität als kulturellen Faktor im Sinne einer „imagined community“ (Anderson 2006 [1983]). In der totalitären Logik der heutigen ethno-nationalistischen Ideologie²⁸ in Ungarn sei die Gruppenidentität Basis für individuelle Identität. Dies wiederum fordere die Homogenisierung der eigenen Gruppe und führe zur Ablehnung des vermeintlich Fremden (Marovszky 2006:210). Wie Benedict Anderson in seinem einflussreichen Werk *Die Erfindung der Nation* anmerkt, sind alle Gemeinschaften, die größer als „primordial villages of face-to-face contact“ sind – und vermutlich sogar diese, erfunden („imagined“)

28 „After 1989, across Central and Eastern Europe, states embarked on processes of 'nationalizing statehood' where the state was understood in ethnocultural rather than in political or civic terms.“ (Brubaker 1996:105, paraphrasiert in McGarry 2009:124)

(Anderson 2006 [1983]:6). Um zu bestehen, brauchen diese Gemeinschaften Grenzen, sowohl nach außen als auch nach innen (Ebd.:7). In Ungarn gibt es mehrere historisch konstituierte ideologische Strömungen, welche der Homogenisierung der magyarischen Gesellschaft und der inneren und äußeren Grenzziehung dienlich sind, und die sich bis zum heutigen Tag großer Akzeptanz und Zustimmung in der ungarischen Mehrheitsbevölkerung erfreuen, darunter *Turanismus* (der Mythos vom eurasischen Ursprung der Zivilisation), *Revisionismus* (die Ablehnung des Vertrags von Trianon 1920, insbesondere der darin vorgenommenen Grenzziehungen), *Konservatismus* (mit dem autoritären, nationalistisch-christlichen Ideal des homogenen Nationalstaates), *Kulturdarwinismus* und *Kulturpessimismus* (vgl. Marsovszky 2006:206ff.). Dabei wird das „kleine aber reine Magyarentum“ gerne in der Rolle des Opfers fremder Großmächte oder globaler Entwicklungen porträtiert, eine Darstellung mit großer gesellschaftlicher Kohäsionskraft (Ebd.:210). Zum Teil erreicht diese Vorstellung den Status einer Doktrin, welche „die Individuen an bestimmte Aussagetypen [bindet] und [...] ihnen folglich alle anderen [verbietet]; aber sie bedient sich auch gewisser Aussagetypen, um die Individuen miteinander zu verbinden und sie dadurch von allen anderen abzugrenzen.“ (Foucault 2007 [1972]:29) Die nationale Identität steht explizit in Kontrast zu äußeren und inneren „Feinden“ und beruht auf einer in sich hierarchischen Konstruktion, die paradoxerweise vom Mythos der Gleichheit und Bruderschaft getragen wird (Schober 2006:57f.), im Falle Ungarns vor allem auch durch den Blut- und Boden Mythos („Egy nép egy föld“, „Ein Volk ein Land“, Übers. der Verf.). Da die Nation *per se* ein hierarchisches System darstellt, wird „Ungleichheit [...] als grundlegende symbolische Ordnung“ benötigt und dient zur Rechtfertigung der anderen vorhandenen Hierarchien (Schober 2006:56). Subversive Strategien gegen Formen der Unterwerfung beinhalten Zersplitterung, Vielfalt und Diskontinuität. Diese Strategien stehen im Gegensatz zu den Homogenisierungsbestrebungen der vorherrschenden Diskurse über

Minderheiten. Das System der ungarischen Minderheitenselbstverwaltungen (mehr dazu in Kapitel 3.2) kann als Versuch der Eingliederung in ein hierarchisches (Staats-)System gelesen werden, ebenso wie Roma-Parteien, die keine wirkliche Macht ausüben; „instead they legitimize governmental policies through consultations and tokenistic representation.“ (Kovats 2003:3, zitiert in McGarry 2009:104)

Gernot Haupt schlägt vor, die Definition von Roma am gemeinsam Erlebten festzumachen, an der Tatsache, „dass sie seit ihrem Eintritt in die Europäische Geschichte im 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart von der Mehrheitsbevölkerung immer wieder in unterschiedlicher Weise in gesellschaftliche Systeme inkludiert oder aus diesen exkludiert wurden.“ (Haupt 2009:14) Dabei ist der Ausgangspunkt der Ausschließung die diskursive Konstruktion der Andersartigkeit. Ich stimme mit dem Ansatz überein, dass die „Konstruktion von Identität auf narrative Weise erfolgt“ (Müller-Funk 2001:13), und zwar im Bezug auf die Roma wie auch auf die Mehrheitsgesellschaft. Müller-Funk führt diesbezüglich aus:

Zwischen der Identität des einzelnen und der einer Gemeinschaft sind mehrerlei Relationen denkbar: zum einen eben jene, daß [sic!] es nicht der und die einzelne [sic!] ist, die die Erzählmuster erfinden, vielmehr sind diese bereits vorfindlich in speziellen Segmenten einer Kultur ausgearbeitet (Literatur, Medien) und in interdiskursiven Bereichen verfügbar. Zum anderen aber ist auch jene Beziehung in Rechnung zu stellen, wonach es die Gesellschaft ist, die gebieterisch eine unverwechselbare, möglichst eindeutige Identität einfordert, von ihm und ihr abverlangt. (Ebd.)

Gerde dieses Verlangen nach Eindeutigkeit, das dem Sprechen über und Roma und verschiedenen Politikansätzen zugrunde liegt, widerspricht der Existenz multipler Identitäten, prozesshafter Dynamiken und gesellschaftlicher Hybridität.

Sagen wir also, daß der Mensch ein Prozeß ist und genauer der Prozeß seiner Handlungen. So betrachtet ist die Frage: was ist der Mensch? keine abstrakte oder „objektive“ Frage. Sie ist aus dem geboren, was wir über uns selbst wissen möchten und über die anderen gedacht haben, und was wir werden können [...]. (Gramsci 1967:153)

3.TRANSFORMATIONEN

3.2 Vom Sozialismus zum Kapitalismus

Der Historiker Timothy Garton Ash bezeichnet mit einem Neologismus die Umbrüche in vielen Ländern Europas im Zuge der Wende als die osteuropäischen *Refolutionen* (vgl. Ash 1989). Insbesondere in den Staaten, die längere Übergangsprozesse durchliefen (neben Ungarn trifft dies vor allem auf Polen zu), formierten sich Teile der Bevölkerung zu einer sichtbaren und aktiven Öffentlichkeit und betrieben „antipolitische Politik“ (Klein 2001:62). Ohne explizit das sozialistische System in Frage zu stellen oder die Machthabenden öffentlich zu kritisieren, aber dennoch normativ ausgerichtet auf Pluralität und Rechtsstaatlichkeit, trieben sie über längere Phasen den graduellen Ausbau einer sich selbst organisierenden, autonomen Zivilgesellschaft voran. Neben diesen basisgesellschaftlichen Impulsen haben auch der Einfluss von reformorientierten Elementen innerhalb der politischen Sphäre sowie die Verhandlungs- und Reformbereitschaft der Regierungen selbst entscheidende Bedeutung für den Verlauf des Wandels. Der politische Transformationsprozess wurde also in den *Refolutionen* durch ein Konglomerat aus Impulsen „von oben“ und entsprechendem Druck „von unten“ vorbereitet und eingeleitet.

Makrokontexte des Scheiterns des ungarischen Sozialismus

Der ungarische Sozialismus hatte sich in den sozioökonomischen, politischen und ideologischen Wirren, die den unangenehmen Nachlass

des Zweiten Weltkrieges bildeten, mit seinen Versprechungen von Modernisierung, Wohlstand und einer egalitäreren Gesellschaft an die Macht katapultiert. Nach der Niederwerfung der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 beruhte die Akzeptanz des Systems durch die Bevölkerung einerseits auf dem Versprechen eines stetigen Anstiegs des Wohlstandes, andererseits auf der bloßen Angst vor gewaltsamer Repression durch militärische Mittel von Seiten Russlands. Dieser „Gesellschaftliche Kompromiss“ (Andorka 1996:8) konnte jedoch nur so lange eine gewisse Stabilität gewährleisten, wie die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung des Landes der breiten Bevölkerung eine kontinuierliche Erhöhung des Lebensstandards bescherte, und Russland als dominante Zentralmacht gesehen wurde, die in der Wahrung ihrer Interessen auch nicht vor dem Einsatz von Gewalt zurückschreckte. Mit anderen Worten, solange sich „Butterbrot und Peitsche“ die Waage hielten, wurde der Realsozialismus (auch) in Ungarn als alternativloses Modernisierungsprojekt dargestellt und hingenommen. Als massive wirtschaftliche Wachstumsprobleme in den 1970ern jedoch die Regierung zur Aufnahme ausländischer Kredite zwangen, und das Land schließlich beinahe in den Zustand internationaler Zahlungsunfähigkeit²⁹ gelangte, reagierte man, indem man den Inlandkonsum drosselte, und verhinderte damit einen weiteren Anstieg des Lebensstandards (Andorka 1996:9). Die sprichwörtlichen Butterbrote wurden knapp, während im Zuge eines gemäßigeren politischen Kurses der Sowjetunion in der Folge auch die Peitsche in der Hand Gorbatschows einiges an Bedrohlichkeit verlor. Der Legitimationsschwund nagte mit zunehmendem Appetit an den Pfeilern des ungarischen sozialistischen Systems. Dennoch kam der endgültige Systemzusammenbruch einigermaßen überraschend. Eine Implosion dieses Ausmaßes hatte man weder in politischen noch in wissenschaftlichen Kreisen für realistisch, und desto weniger für so unmittelbar bevorstehend gehalten. Die Ereignisse von 1989-1990

29 Ein derartiger wirtschaftlicher Tiefpunkt wurde erneut Ende 2008 erreicht.

belegen gleichsam das Scheitern der „großen Theorien“ sozialen Wandels. Die Geschichte hatte einmal mehr gezeigt, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht deterministischen Gesetzen folgen, und Zukunftsprognosen somit im engeren Sinn de facto unmöglich sind. (Andorka 1996:7)

Psychologie der Repression

Auf gesellschaftlich-ideologischer Ebene gingen dem Systemzusammenbruch eine folgenreiche Entfremdungskrise und um sich greifende Anomie³⁰ voraus, welche die Gesellschaft in vertikaler und horizontaler Richtung durchdrangen. Wachsende Teile der Bevölkerung waren von Werte- und Normunsicherheit, Verlust des Sinns des Lebens und der Zukunftsperspektiven und dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber äußeren Kräften betroffen, während zugleich soziale Verbindungen und Netzwerke zusehends erodierten. Untersuchungen, denen zu Folge wachsende Selbstmordraten³¹, stark zunehmender Alkoholismus und die signifikant steigenden Häufigkeit seelischer Erkrankungen, wie Neurosen und Depressionen, bezeichnend für die sozialistische Periode waren, stützen diese Hypothese (vgl. Andorka 1994). Die Grundlagen dieser spezifischen Krisenkonfiguration waren der totalitäre, später autoritäre Charakter des politischen Systems und eine spezielle Sozialstruktur (mit einer traditionell kleinen Mittelschicht und einer kleinen, mächtigen Elite), die auch Jahre später noch das Gesicht der ungarischen Gesellschaft

30 Der französische Soziologe Emile Durkheim verwendete den Begriff Anomie im Sinne von „ohne Normen“ um die Zerrüttung zu beschreiben, die Gesellschaften im Zuge des Übergangs von agrarischen, ruralen Gemeinschaften zu industriellen Gesellschaften erfuhren (Borgotta et al. 1992:95). Die Internationale Enzyklopädie der Soziologie definiert den Begriff Anomie allgemeiner als „Zustand der Normlosigkeit in einer Gesellschaft, hervorgerufen durch sozialen Wandel und die Unfähigkeit einer Gesellschaft, das Verhalten ihrer einzelnen Mitglieder zu kontrollieren.“ (Magill et al. 1995:69; Übers. der Verf.)

31 Ungarn wurde zwar im Westen als „lustigste Baracke im Lager“ bezeichnet, das Land hielt aber nach dem Trauma der Niederschlagung des Volksaufstandes 1956 für drei Jahrzehnte den traurigen Rekord der höchsten Selbstmordrate der Welt. 1980 kamen auf 1000 Todesfälle 330 Selbstmorde. 1985 wählten 4911 Personen den Freitod. (Foitzik 2008:59)

prägen sollte, und auch gegenwärtig nicht zur Gänze überwunden ist, beziehungsweise sich im Kontext der Globalisierung sogar wieder zu verschärfen droht.

Unpolitische Zivilgesellschaft und gesellschaftsnahe Politik

Eine der oben beschriebenen Erosion sozialer Ordnung und Integrität gegenläufige Entwicklung³² stellt die Entstehung von BürgerInnenbewegungen in Ungarn ab Mitte der 1980er dar. Die ungarische Gesellschaft war – im Vergleich zu jener in Staaten wie Rumänien oder der Slowakei – bereits früh pluralistisch strukturiert, aber es waren vornehmlich die relativ kleinen Initiativen und Gruppierungen, die mit ihren Zielen einer unabhängigen Öffentlichkeit und Interessenvertretung, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Basis für radikale Veränderungen schufen (Ottersbach 2003:208). Die Konsolidierung der zivilgesellschaftlichen Kräfte nahm ihren diskursiven Ausgang in den späten 1970ern, in der Diskussion unter DissidentInnen des Sozialismus, welche der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle in einer gegen den totalitären Staat gerichteten, politischen Theoriebildung und Strategiefindung zusprachen (Klein 2001:35). Prominentestes Beispiel für die Ausbildung konkreter unabhängiger Öffentlichkeiten im Kontext des sozialistischen Staates war die umweltpolitische Bewegung gegen den Bau eines Staustufensystems an der Donau³³, deren öffentlicher Protest

32 Ich habe in vorliegender Arbeit bereits ausführlicher auf die Widersprüchlichkeit und Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Realitäten hingewiesen.

33 Es handelte sich um ein gemeinsames Projekt der sozialistischen Führungen Ungarns und der Slowakei, dessen erste Planungsansätze in die 1950er zurückreichten, und das die Errichtung eines umfangreichen Stausystems für die Donau, die Umleitung des Flusswassers über 40 Kilometer auf slowakisches Territorium, die Entstehung eines entsprechenden Stausees und den Bau eines riesigen Wasserkraftwerkes vorsah. Das Gabčíkovo-Nagymaros-Projekt wäre wohl ein Aushängeschild des sozialistischen „Gemeinschaftsgedankens“ und Modernisierungsglaubens geworden, wäre nicht in Ungarn Protest laut geworden, der sich auf umweltpolitische Bedenken und bedrohliche Auswirkungen, wie das gefährliche Absinken des Grundwasserspiegels nach Beginn der Flussregulierungen durch die Slowakei, stützte. Siehe dazu Siedschlag (2000:344f), der diese Konfliktkonfiguration mit ihren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakei auch nach der Wende, und im Hinblick auf die politische Stabilität in Mittel-Osteuropa untersucht.

zunehmend zum Symbol der Auflehnung gegen das sozialistische System und die politische und soziale Bevormundung der ungarischen Gesellschaft wurde (Siedschlag 2000:344). Immer mehr an Bedeutung gewannen gegen Ende der 1980er Jahre auch die ungarische Studentenbewegung in Form der „Allianz der jungen Demokraten“ (die heute national-konservative Partei FIDESZ), sowie eine große Zahl an Klubs und Assoziationen, die als themenorientierte Diskussionsforen agierten, und sich – orientiert an Bürgerrechten und Demokratie – ab Ende 1988 zu parteiähnlichen Organisationen zusammenschlossen.

Dennoch war letztlich der Prozess der eigentlichen politischen Transformation im Jahre 1989 in Ungarn in starkem Maße „von oben“ initiiert. Neben der Gründung einer demokratischen, nationalpopulistisch ausgerichteten Partei im November 1988 (Demokratisches Forum, MDF) als Opposition zum Kádár-Regime, hatte sich innerhalb der regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns (MSZMP) ein reformorientierter Flügel um Imre Poszgay herausgebildet, und der ein Jahr zuvor als Netzwerk mehrerer Initiativen gegründete, westlich orientierte Bund Freier Demokratien (SZDSZ) wurde im September 1988 als Partei formalisiert (Klein 2001:55). Doch im Bezug auf die oppositionellen politischen Strömungen in Ungarn am Vorabend der Wende kann man ebenso wenig wie die sozialistische Regierungspartei betreffend von einer breiteren Beteiligung der Bevölkerung sprechen. Vielmehr handelte es sich um Bündnisse von Intellektuellen, vordergründig mit ähnlichen bürgerlich/demokratischen Interessen, doch ohne wesentliche Bezüge zu breiten gesellschaftlichen Bewegungen (Ebd.). Obgleich diese Bewegungen letztlich von großer Bedeutung für den politischen Wandel waren, agierten sie vordergründig auf einer anderen Ebene: Sie waren insoweit „unpolitisch“, als ihnen ursprünglich ein ökonomisches Verständnis von Zivilgesellschaft zugrunde lag. Mehr zu diesem Gedanken im folgenden Abschnitt.

Die drei Gesellschaften

In Ungarn war die Entwicklung der vielbeschworenen „zweiten Ökonomie“ maßgeblich für die Verbreitung des Ideals des autonomen Bürgers, der unabhängig vom Staat agiert (Gorzka/Bayer 1995:29, Klein 2001:35f.). Ausgangspunkte der graduellen Emanzipation der Gesellschaft vom totalitären System des Sozialismus boten sich innerhalb jenes Teils der Privatsphäre, der nicht vollständig durch das Regime kontrollierbar war. Im Rahmen familiärer Beziehungen und Freundeskreise etablierten sich Netzwerke und Nischen für ökonomisches Handeln, die vorerst eine Schattenwirtschaft darstellten, mit zunehmender Gewichtung aber „nebenbei“ auch Öffentlichkeiten schufen, bis die ungarische Gesellschaft in zwei Systeme geteilt war, die formal unterschiedlichen Logiken folgten, dabei aber beide Elemente eines radikal-reformatorischen Potenzials aufwiesen. Auf der einen Seite die sozialistische Planwirtschaft, die ihrerseits im Fall Ungarns bereits früh nach Westen gerichtete Öffnungstendenzen aufwies, und damit die Entstehung einer von der Zentralregierung relativ unabhängigen Unternehmerschicht zugelassen hatte, auf der anderen Seite eine auf die informelle Schattenwirtschaft aufbauende „zweite Gesellschaft“³⁴, die entsprechende Konsumwünsche hervorbrachte. Diese „soziostrukturelle Entwicklung entlang marktförmig ausgebildeter Interessen“ (Klein 2001:55) war gegen Ende der sozialistischen Periode in Ungarn bereits weit fortgeschritten. Schätzungen zufolge waren 75% der LohnempfängerInnen auch in der informellen Ökonomie tätig, die es ihnen erlaubte, den steigenden Konsumwünschen Folge zu leisten. Innerhalb dieser wirtschaftlichen Grauzone wurden etwa 30% des gesamten Volkseinkommens erwirtschaftet (Andorka 1996:10). Die zweite Ökonomie wurde in der Folge auch teilweise legalisiert und existierte damit nicht nur außerhalb sondern auch innerhalb der

34 In der Literatur findet sich auch die Bezeichnung „Parallele Polis“.(vgl. Benda u.a. 1988, zitiert in Klein 2001:37).

sozialistischen Wirtschaft. ArbeiterInnen konnten private Verträge mit Firmen abschließen, die zusätzliche Arbeitsstunden und damit ein privates Einkommen außerhalb der üblichen Arbeitszeit regelten (Burawoy 1992:149).

Roma hatten am offiziellen System Lohnarbeit lediglich am unteren Ende der sozialen Leiter Teil. Ein strukturelles Bildungsdefizit und ungebrochene Vorurteile und Diskriminierung, gegen die weder Assimilations- noch Integrationsbestrebungen der kommunistischen Führungen etwas entgegensetzen konnten, dazu räumliche und soziale Segregation (trotz Wohnungsbauprogrammen), machten aus großen Teilen der Roma-Bevölkerung Ungarns einen Pool aus gering qualifizierten Hilfsarbeitskräften. Gleichzeitig verhinderten dieselben Faktoren auch eine erfolgreiche Teilnahme an den lukrativeren Bereichen der wachsenden Schattenwirtschaft ebenso wie eine quasi-private Beschäftigung bei ihren Arbeitgebern über die geregelte Arbeitszeit hinaus. Die Herausbildung einer öffentlichen politischen Roma-Bewegung wurde rasch unterbunden, der MCKSZ („Magyarországi Cigányok Kulturális Szövetsége“ – Kulturverein ungarischer Zigeuner, Übers. der Verf.) wurde 1960 nach nur dreijährigem Bestehen wieder abgeschafft. „Active denial of Romani ethnic identity was meant to change the position of the Roma in society, foster the disappearance of the „Gypsies as a socioeconomic class“ and end problems of prejudice and discrimination.“ (Vermeersch 2006:53) Die marginalisierte Position der Minderheit wurde damit nicht verbessert, die Benachteiligung in allen gesellschaftlichen Systemen dauerte an. Als es in den 1980ern zu einer generellen Abnahme der Beschäftigung kam, traf diese zu einem überproportionierten Teil Roma. (Vermeersch 2006:54)

Die vermeintliche „Rückkehr“ nach Westen

Das Ereignis der Wende verlieh der Jahrhunderte alten Frage nach der Allokation Ungarns zwischen Ost und West neue Aktualität. Über weite Strecken der ungarischen Geschichte hatte die ideologische Zugehörigkeit von Staatsgebiet und Menschen je nach geo- (oder euro-) politischer Konstellation immer wieder gewechselt – vor allem im Sinne der Fremdzuschreibungen, aber auch in Bezug auf die Selbsteinschätzung der UngarInnen. Die Entkoppelung Ungarns vom „sozialistischen Block“³⁵ katapultierte das Land gleichsam vom westlichsten Westen des sowjetischen Kolosses an die östliche Peripherie des kapitalistischen Europas. Doch die ökonomische und soziale Realität am Grunde des ideologischen Kraters, welchen die gebrochenen Versprechen des Sozialismus hinterlassen hatten, standen Enthusiasmus und Aufbruchsstimmung einer neuen Ära gegenüber. Die große Zuversicht nach der Emanzipation Ungarns gründete auf der Überzeugung, das Land würde, einmal auf den richtigen Kurs gebracht, auf der Welle der Modernisierung alsbald an Geschwindigkeit zulegen, und in absehbarer Zeit den Hafen des Wohlstandes erreichen, der während der letzten 15 Jahre in scheinbar unerreichbare Ferne gerückt war. Man glaubte an die Möglichkeit eines völligen Neubeginns auf einer *tabula rasa* – freilich nach der gründlichen „Entsorgung der Altlasten“ (Rudolph 1996:16). Dieser naiv anmutende Zukunftsoptimismus war aber nicht bloß den Staaten und Regionen Osteuropas eigen, die sich voller Zuversicht nach Westen aufmachten. Vielmehr wurde der Glaube an den Markt als Substituierung der marxistisch-leninistischen Heilshoffnungen durch zahlreiche

35 Der „Ostblock“-Begriff sei im Allgemeinen mit Vorbehalt angewendet, da er eine grobe Verallgemeinerung der unterschiedlichen Realitäten in den europäischen Einflussphären des sowjetischen Realsozialismus darstellt, und damit leicht den Eindruck einer – real nicht vorhandenen – Homogenität vermitteln kann. Darüber hinaus ist er zweifelsohne auch assoziativ stark belastet. In diesem speziellen Zusammenhang der ungarischen Selbstidentifikation ist er aber als bildhafte Formulierung passend. Zur mangelnden Differenzierung und Verwendung des Begriffs „sozialistischer Block“ in anderen Kontexten siehe Rudolph 1996.

ausländische, vor allem US-amerikanische, ExpertInnen bekräftigt. Die Entsorgung hinderlicher Altlasten erwies sich in den folgenden Jahren allerdings als nicht durchführbar – zumindest nicht in dem erwarteten Ausmaß. Die Vorstellung, man könne durch einfaches Überstülpen eines neuen ökonomischen Gewandes, gefolgt vom Import der passenden Accessoires in Form von Institutionen und entsprechender „Kultur“ (als Rahmen für parlamentarische Demokratie und Konsumismus), ganze Gesellschaften grundlegend transformieren, entspringt einer a-historischen Vorstellung, die jedes tiefergehenden Verständnisses von sozialen, politischen und ökonomischen Realitäten entbehrt. Diese Vorstellung entsprach aber genau dem neoliberalen Kanon, welcher der Welt in den 1990er Jahren etwa die Absurdität der Strukturanpassungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bescherte, und in den auch die „Transformations-ExpertInnen“ einstimmt.

Strukturelle Kontinuitäten

Die Beschreibung der osteuropäischen „Revolutionen“ (Ash 1989) als Bündnisse von Markt und Zivilgesellschaft gegen den Staat (vgl. Kalb 2002:457) passte vorerst gut in das neoliberale Dogma von der Omnipotenz des Marktes und dem individualisierten *homo oeconomicus*, und ging somit konform mit der daraus abgeleiteten, stark abgeschwächten Rolle des Staates, greift aber im Falle Ungarns zu kurz, wie ich im ersten Teil dieses Kapitels gezeigt habe. Aus oberflächlichen Betrachtungsweisen folgen bestenfalls ungenaue, zumeist aber folgenschwere Interpretationen und politische Fehlentscheidungen. So wurde der Stellenwert der Privatisierung, insbesondere des Produktionsvermögens, als Motor für die Neuorientierung der ungarischen Ökonomien der ehemals kommunistisch / kollektivistisch organisierten Staaten weit überschätzt. Es stellte sich bald heraus, dass der bloße

Wechsel der Eigentumsverhältnisse enttäuschend wenig bewirken konnte, jedenfalls keine ökonomische Stabilisierung der Region. Doch das simple Dogma der Privatisierung bot im Gegensatz zu tiefgreifender und aufwendiger Entflechtung und Restrukturierung von realen Gesellschaftsverhältnissen einen weitaus unkomplizierteren und schnelleren Weg (Rudolph 1996:19). Die spezifische historisch konstituierte Sozialstruktur Ungarns, mit ihrer kleinen, privilegierten Machtelite und der breiten, de facto machtlosen Masse, blieb von den oberflächlichen Transformationen aber relativ unberührt. Es gab auch Jahre nach der Wende noch keine Anzeichen dafür, dass sich in Ungarn eine starke Mittelschicht herausbilden würde, und die Tatsache, dass im Großen und Ganzen die „neuen Chefs“ die alten waren, demonstrierte die starken Tendenzen zur Reproduktion von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Machteliten. Sie waren zum großen Teil in der Lage, ihren Status durch die Umwandlung von Ressourcen – beispielsweise von politischen in ökonomische und vice versa – zu erhalten. Von einer Umverteilung kann hier keine Rede sein. Wie Burawoy treffend bemerkt, ist „changing ideology [...] one thing, changing reality is quite another.“ (Buraowy 1992:148) Das unausgewogene Kräfteverhältnis in der Gesellschaft spiegelte sich in einer steigenden Einkommensungleichheit, die Ausmaße anzunehmen begann, welche die Diskussion schürten, ob sich in Ungarn eine „europäische“ oder aber eine „lateinamerikanische“ Gesellschaftsstruktur herausbilden würde (Andorka 1996:11). Wieder einmal stand Ungarn zwischen Ost – beziehungsweise nach dem Ende der Bipolarität des Kalten Krieges dem „unterentwickelten“ Teil der Welt – und West, repräsentiert durch westeuropäische und nordamerikanische Staats- und Lebensformen.

Im Kontrast zu vielen lateinamerikanischen und afrikanischen Transitionsstaaten weisen manche Länder Mittel- und Osteuropas zwar eine ungewöhnlich hohe Dynamik auf politischer Ebene auf, da es wiederholt zu

einem Wechsel der Wahlsystemtypen und zur Modifikation der Regierungssysteme kam. Dennoch handelt es sich weniger um einen Neubau der politischen Ordnung, als um einen komplizierten Umbau derselben. Florian Grotz' Zusammenschau der neueren institutionengenetischen Forschung³⁶ diagnostiziert eine „starke Abhängigkeit post-sozialistischer Wahlsysteme und Regierungsformen von den Machtkalkülen der jeweiligen (partei-)politischen Eliten“ (Grotz 2000:69). Dies impliziert einen sehr begrenzten Spielraum für politisch-institutionelle Alternativen. Wie auch in Westeuropa wurden der staatliche Liberalismus und neoliberale ökonomische Prämissen als einzig mögliche Formen der Zukunftsgestaltung gesehen.

Die Abwesenheit einer starken Mittelschicht ist ein großes Manko, wenn es um den Auf- oder Ausbau von Zivilgesellschaft geht. An sich handelt es sich dabei um ein durch und durch westliches Konzept, das aus der Aufklärung stammt und auf Immanuel Kant und Alexis de Tocqueville zurückgeht. Der spezifische Kontext der Auflehnung eines aufkommenden städtischen Bürgertums gegen die autokratischen Herrscher Europas im 18. und 19. Jahrhundert unterscheidet sich Zweifels ohne grundlegend von der Situation, in der sich die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts befanden. Wie bereits erwähnt, war das Motiv der Auflehnung der Zivilgesellschaft gegen (und ultimativ ihr Sieg über) den Staat zumindest für externe BetrachterInnen ein zentrales Symbol der Reformen in den betreffenden Staaten. Das Experiment der „Anwendung einer offenkundig westlichen Definition von Zivilgesellschaft, als Therapie und unabdingbares Schicksal, [hat aber] in den postsozialistischen Landschaften zu einem unmissverständlich hohen Maß an ‚Unzivilisiertheit‘ geführt“ (Kalb 2002:456). In Ermangelung einer starken Mittelschicht als zivilgesellschaftliche Ansprechpartnerin, etablierte

³⁶ Bei der *institutionengenetischen* Forschung handelt es sich um einen der beiden institutionellen Ansätze im postsozialistischen Kontext. Während hier die Entstehung postsozialistischer Wahlsysteme und Regierungsformen (sowie die beteiligten Akteure und Eliten) im Zentrum der Betrachtung stehen, befasst sich der zweite, *institutionalistische* Forschungsstrang mit deren spezifischen Wirkungsweisen.

der neue Austausch zwischen Ost und West eine Allianz von lokalen Eliten und transnationalen Akteuren, die den schon vor der Wende besser gestellten Teilen der Bevölkerung große Vorteile brachte, benachteiligte Gruppen hingegen weiter in die Marginalität drängte.³⁷ Diesem Punkt kommt im Bezug auf die Bevölkerungsgruppe der Roma große Bedeutung zu.

Im Bereich der Ökonomie beginnen sich bereits wenige Jahre nach der Wende zwei Kontinuitätsstränge deutlich abzuzeichnen, obwohl man, vor allem im Westen, angenommen hatte, dass man mit der „Entsorgung“ des alten politischen Systems und der Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft optimale Ausgangsbedingungen geschaffen hatte, und die solcherart freigesetzten Kräfte der weiteren Entwicklung ganz automatisch eine positive Richtung geben würden. Die erste Kontinuität findet sich im Weiterbestehen der Schattenwirtschaft als wesentlichem Bestandteil der gesamten Volkswirtschaft Ungarns. David Stark, der zusammen mit László Bruszt die Transformation von Politik und Eigentumsverhältnissen in Ungarn nach der Wende untersucht hat (Stark und Bruszt 1998), geht davon aus, dass die privatwirtschaftliche Aktivität, für die keine Einkommenssteuer abgeführt wurde, auch Jahre nach der Wende nicht abgenommen hatte, und immer noch 30% des ungarischen Bruttoinlandsproduktes ausmachte (Stark 1994, zitiert in Andorka 1996:10). Eine weitere Kontinuität findet sich im Fortbestehen der ökonomischen Manager-Elite des Landes. Auch im staatlichen Sektor hatten sich, bedingt durch die frühe partielle wirtschaftliche Öffnung des Landes in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, die Führungseliten der Großbetriebe von der staatlichen Bürokratie emanzipiert und bildeten, zusammen mit den Eliten des kontinuierlich wachsenden legalisierten Privatsektors, ein relativ unabhängiges Unternehmertum (Klein:2001:55).

³⁷ Vor allem materiell arme Personen und Familien, Frauen, Kinder, Minderheiten und Personen, die räumlich in den Peripherien lebten, konnten nicht von der „neuen Gesellschaftsordnung“ profitieren, im Gegenteil sank ihr Lebensstandard in der Regel noch weiter ab. Siehe u.a. Kalb (2002:454), der in diesem Zusammenhang sogar von Enteignung spricht.

Die Managerschicht formte nun offen und legal eine neue Machtelite (Andorka 1996:11).

Die Proklamation einer neuen Ära war zwar ein wichtiges symbolisches Element der Wende (Rudolph 1996:18), in der Gesellschaft griff der Wandel vorerst nicht tief, was auch kaum anders zu erwarten war. Wie der Soziologe Ralf Dahrendorf im Jahr nach der Wende bemerkt hatte, gelinge eine Verfassungsreform innerhalb von 6 Monaten, eine Wirtschaftsreform brauche 6 Jahre, die Schaffung der sozialen und kulturellen Grundlagen einer Zivilgesellschaft bedürfe einer Zeitspanne von mindestens 60 Jahren. (Dahrendorf 1990, zitiert in Andorka 1996:12)

Schneller wirtschaftlicher Aufschwung kann zwar Armut subjektiv lindern und kurzfristig neue (Konsum-)Möglichkeiten eröffnen, falls aber dabei die Ungleichheit weiter ansteigt „wird ein erheblicher Teil der Gesellschaft von der wirtschaftlichen Erholung ausgeschlossen bleiben und dauerhaft in Armut leben.“ (Andorka 1996:11) Der Enthusiasmus – sowohl in Ungarn als auch im Westen Europas – spiegelt einen naiven Zukunftsoptimismus wieder, weist aber auch auf Defizite auf theoretisch-konzeptioneller Ebene und Informationslücken hinsichtlich grundlegender politischer und ökonomischer Sachverhalte hin.

3.2 Entwicklung der Minderheitenpolitik in Ungarn

Nach der Wende wurde die Minderheitenfrage in Ungarn zu einem dringlichen Thema. Die Systemtransformation brachte de facto für große Teile der Bevölkerung vorerst eine Verschlechterung der Lebensumstände mit sich. Ernő Kállai spricht in diesem Zusammenhang von der „desillusionierten Masse“ der Bevölkerung und einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen, welche in zunehmendem Maße intolerant anderen gegenüber und indifferent bezüglich ihrer eigenen Probleme sind (Kállai 2005:288). In gewisser Hinsicht stellen die Entwicklungen der letzten Jahre in Europa viele Menschen vor eine vergleichbare Situation, die sich in der Eskalation der weltweiten Finanzkrise und ihren unmittelbaren Auswirkungen auf den Lebensstandard weiter Bevölkerungsschichten in Ungarn und in anderen Ländern zugespitzt hat. Die strukturellen Veränderungen im Kontext von Internationalisierung und Globalisierung sowie deren Auswirkungen auf die ungarische Gesellschaft werden uns an späterer Stelle noch beschäftigen.

Die angesprochenen negativen Auswirkungen der Transformationsprozesse von 1989/90 und den Jahren danach ließen gesellschaftliche Differenzen und Konflikte wieder aufflammen, welche durch die Periode des Kommunismus hindurch sorgfältig verdeckt und bis zu einem gewissen Grade gelindert worden waren, etwa durch die Durchsetzung von Vollbeschäftigung (vor den 1980er Jahren). Darüber hinaus trafen, wie in Kapitel 3.1 beschrieben, die Auswirkungen der Transformation in Ungarn die Angehörigen der Roma-Minderheit besonders hart, da sie die ersten waren, die den Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zum Opfer fielen und ihre Arbeitsplätze verloren. Die Lage der Roma war somit aus mindestens zweifacher Hinsicht prekär. Einerseits verloren sie vielfach ihre materielle Grundlage, andererseits waren sie der sich verschlechternden Stimmung im Land ausgesetzt. Die soziale Integration

der Roma-Minderheit wurde so zu einem wichtigen Politikum der 1990er Jahre.

Ein weiterer Faktor für die Adaption und Implementierung entsprechender Gesetze war zweifelsohne der Druck von außen, mit dem sich ungarische PolitikerInnen in zunehmendem Maße konfrontiert sahen, je weiter sich ihr Land in Richtung EU-Integration bewegte. In der Periode von 1990-1995 wurden eine Reihe von Änderungen und Erweiterungen auf legislativer Ebene vorgenommen, um zunächst das rechtliche und in der Folge das institutionelle System den Erfordernissen der neuen Position Ungarns inmitten der internationalen Gemeinschaft anzupassen. Dieses kontextuelle Setting kann nicht als ein fixer Rahmen von länderübergreifenden Normen gesehen werden, vielmehr handelt es sich um das – noch stets im Wandel begriffene – Produkt historischer Konstellationen und verschiedener Machtverhältnisse und deren implizierter Erfordernisse. Ich möchte auch an dieser Stelle auf die Prozesshaftigkeit der Realität verweisen und diesen Gedanken durch einen Blick auf die Entstehung dieses internationalen Kontextes bezüglich der Rechte und des Schutzes von Minderheiten veranschaulichen.

Exkurs: Minderheitenschutz und -rechte auf internationaler Ebene

Vor dem ersten Weltkrieg galt allgemein die Annahme, der Schutz der Mitglieder einer Gesellschaft fiele in den Zuständigkeitsbereich souveräner Staaten, die für ihre BürgerInnen Sorge zu tragen hätten – im Idealfall zumindest. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges machten klar, dass es einem länderübergreifenden Ansatz bedurfte, um länderübergreifende Fragen zu behandeln. Im Mittelpunkt stand vor allem das Problem der Bevölkerungsteile Europas, welche sich durch neue politische Grenzziehungen plötzlich in anderen als ihren Heimat-Staaten

wiederfanden. Während im Prozess der europäischen Staatenbildung imaginierte politische Konstrukte entstanden (vgl. Gellner 1965:169 und Anderson 2006:6), die eine gewisse Homogenität zumindest vortäuschen konnten, weil die Durchsetzung dominanter Gruppen eine der Bedingungen ihrer Entstehung selbst ist, waren die Staaten der Nachkriegszeit fragile Einheiten, deren offensichtliche Heterogenität eine Bedrohung für die neue Ordnung darstellte. Die politischen Eliten begegneten diesem Umstand mit der Einführung bilaterale Verträge (Kállai 2005:289), welche den Gedanken widerspiegelten, dass das jeweilige Heimatland der nunmehr „displazierten“ Menschen immer noch für diese verantwortlich sei, und ihre Interessen im neuen Staat vertrat und durchsetzte. Dieses System offerierte unter anderen offensichtlichen Mängeln auch keinerlei Schutz für die Rechte der Roma, da es sich in ihrem Fall um keine „nationale Minderheit“ in diesem Sinne handelt und es somit kein zuständiges Herkunftsland gab, das sich der Durchsetzung ihrer Interessen annahm.

Die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und das menschliche und politische Chaos, das er hinterließ, machten die Notwendigkeit von supranationalen Regelungen deutlich. Die Charta der Vereinten Nationen enthielt in ihren Prinzipien erstmals das Recht auf Freiheit von Diskriminierung auf ethnischer Grundlage als fundamentales Menschenrecht.

To achieve international co-operation in solving international problems of an economic, social, cultural or humanitarian character, and in promoting and encouraging respect for human rights and or fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion.³⁸

Die Universelle Erklärung der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 als eine unverbindliche Resolution vereinbart wurde, enthielt allerdings keinen expliziten Verweis

38 Artikel 1 (3) der Charta der Vereinten Nationen. Verlautbart in Gesetzeserlass Nr. 18 von 1974.

auf den Schutz von ethnischen und nationalen Minderheiten. Artikel 27 des *Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte* („International Covenant on Civil and Political Rights“, ICCPR) geht zwar weiter, indem er explizit Minderheiten gewisse Rechte einräumt, verabsäumt aber, den Begriff „Minderheit“ näher zu definieren oder die Erfordernisse zu spezifizieren, welche für die Durchsetzung der Rechte angemessen wären (Kállai 2005:290).

In those States in which ethnic, religious or linguistic minorities exist, persons belonging to such minorities shall not be denied the right, in community with the other members of their group, to enjoy their own culture, to profess and practice their own religion, or to use their own language.³⁹

Die Erkenntnis, dass der Staat aktive Maßnahmen in Form von „positiver Diskriminierung“ setzen muss, um die Einhaltung der Rechte von Minderheiten zu gewährleisten, kam allerdings erst später, obwohl die Menschenrechtskommission in ihrem Kommentar zu Artikel 27 bereits eben dies zum Ausdruck gebracht hatte (Kállai 2005:290). Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete 1992 die *Erklärung über die Rechte von Angehörigen Nationaler, Ethnischer, Religiöser oder Sprachlicher Minderheiten* („Declaration on the Rights of Persons belonging to National or Ethnic, Religious or Linguistic Minorities“, A/RES/47/135), welche die Verantwortung der einzelnen Staaten für den Schutz der Identitäten „ihrer“ Minderheiten betont.

Während die Organisation der Vereinten Nationen, aufbauend auf ihrer grundlegenden Erklärung der Menschenrechte einen individualrechtlichen Zugang zur Frage der Minderheiten verfolgt, bemüht sich der Europarat, zuletzt im *Rahmenübereinkommen zum Schutz Nationaler Minderheiten*, um eine Kombination aus gruppen- und individualrechtlichen Ansätzen. Als kleinster gemeinsamer Nenner kann der Konsens über das Diskriminierungsverbot angesehen werden, die Bandbreite der Zugänge ist

³⁹ Gesetzeserlass Nr. 9 von 1976, beschlossen durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16. Dezember 1966.

allerdings weit und es liegt im Ermessen der einzelnen Staaten, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu identifizieren und anzuwenden. Dies wirft allerdings eine Reihe von Kompetenzfragen auf – vor allem fehlt ein entsprechender Passus in den Verträgen der Europäischen Union, welcher den Minderheitenschutz zu einer EU-Angelegenheit machen würde.

Die Idee der Europäischen Union beruht ursprünglich auf der Schaffung eines gemeinsamen ökonomischen und handelspolitischen Raumes. Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG mit dem Vertrag von Rom (1957), ist die Marktgleichheit Grundlage für das Konzept von Nicht-Diskriminierung, das vorerst vor allem im Bezug auf Arbeitsverhältnisse angewendet wurde. In der Folge wurden die entsprechenden Kategorien, auf welche die Anti-Diskriminierungs-Klauseln Anwendung fanden (wie etwa „Arbeitnehmer“) immer dehnbarer und im Maastricht-Vertrag auf alle UnionsbürgerInnen ausgeweitet. Diese Ausweitung und die Beschäftigung mit der Frage von Diskriminierung aufgrund ethnischer Kriterien in den 1990ern geschah vor dem Hintergrund der Häufung von rassistisch motivierten Übergriffen vor allem in Deutschland und Frankreich und deren mögliche Auswirkungen auf die internationale Positionierung der Europäischen Union. Im Vertrag von Amsterdam wurde in Artikel 13(1) die Zuständigkeit der Organe der Europäischen Union bei Fällen von Diskriminierung formuliert:

Without prejudice to the other provisions of this Treaty and within the limits of the powers conferred by it upon the Community, the Council, acting unanimously on a proposal from the Commission and after consulting the European Parliament, may take appropriate action to combat discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation.⁴⁰

Damit ist die EU zuständig, Maßnahmen gegen Diskriminierung zu setzen. Angesichts des Erfordernisses eines einstimmigen Beschlusses und der Abwesenheit von unmittelbar wirksamen Mechanismen bei Verstößen,

⁴⁰ Treaty of Amsterdam amending the Treaty on European Union, the Treaties establishing the European Communities and related acts. Official Journal C 340, 10 November 1997.

handelt es sich aber um einen eher bescheidenen Fortschritt. Dennoch fruchtete der Vertrag von Amsterdam in einer aktiven Anti-Diskriminierungs-Politik der EU, welche den Kampf gegen Xenophobie und Rassismus ins Zentrum ihrer Agenda rückte. 1997 wurde zum Europäischen Jahr gegen Rassismus erklärt, im Folgejahr wurde EUMC („European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia“) in Wien gegründet. Ein Schlüsselinstrument im Kampf gegen Diskriminierung auf EU Ebene ist die *Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten* („European Convention on Human Rights and Fundamental Freedoms“), welche ein generelles Diskriminierungsverbot formuliert:

The enjoyment of the rights and freedoms set forth in this Convention shall be secured without discrimination on any ground such as sex, race, color, language, religion, political or other opinion, national or social origin, association with a national minority, property, birth or other status.⁴¹

In der Praxis der Rechtssprechung findet das Diskriminierungsverbot nur dann Anwendung, wenn ein Verstoß gegen einen anderen Paragraphen der Konvention vorliegt. Aufgrund der vorliegenden Formulierung ist kein Verstoß gegen Artikel 14 per se möglich. Es gibt weitere begründete Kritik am europäischen Rechtssystem, welche den Mangel an verpflichtenden Rechtsnormen aufzeigt. Im Zentrum der europäischen Rechtssprechung steht nach wie vor der Gedanke der Binnenmarktintegration und damit der stabile Schutz von Individualrechten. Positive Diskriminierung dient ausschließlich der Gleichstellung auf individueller Ebene. Damit gibt es wenige Anknüpfungspunkte für die Förderung von Minderheiten, etwa zur Bewahrung derer Identität, und die Maßnahmen der EU in dieser Hinsicht fallen in den Bereich der „soft policies“, welche auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen abzielen. So existieren etwa eine Reihe von Programmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit.

⁴¹ European Convention on the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms as amended by Protocols No.11 and No. 14. Rome, 4.11.1950.

Der Europäische Gerichtshof hat indes das Gleichheitsprinzip der Europäischen Gemeinschaft wie folgt in seine Rechtsprechung integriert. „The Court has consistently held that the general principle of equality, which is one of the fundamental principles of Community law, requires that similar situations not be treated differently unless differentiation is objectively justified.“ (Kállai 2005:291)

Darüber hinaus definiert der Europäische Gerichtshof Diskriminierung, gemäß der Praxis seiner Rechtsprechung wie folgt (Ebd.):

[...] discrimination can arise only through the application of different rules to comparable situations or the application of the same rule to different situations. [...] According to settled case-law, Article 4(1) of the Directive precludes the application of a national measure which, although formulated in neutral terms, works to the disadvantage of far more women than men, unless that measure is based on objective factors unrelated to any discrimination on grounds of sex.⁴²

Die Definition von Diskriminierung, wie sie hier vorliegt, ist besonders interessant, da sie explizit auch die Anwendung der gleichen Regeln auf unterschiedliche Situationen als solche ansieht – was auf den ersten Blick einem Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz gleichkommt. Näher betrachtet handelt es sich um eine wichtige Voraussetzung, um Diskriminierung zu bekämpfen, allerdings mit weitreichenden und diffusen Implikationen, etwa der Frage nach dem entsprechenden Maßstab und der Definitionsmacht. Denn wie können unterschiedliche Situationen im Einzelnen solcherart unterschiedlich behandelt werden, dass keine Diskriminierung mehr vorliegt? Und was sind die konkreten Faktoren, an denen sich die Vergleichbarkeit von Situationen festmachen lässt?

Minderheitenkonflikte bestimmen indes die europäische Alltagskultur, stellt doch die Europäische Union eine multiethnische Gemeinschaft dar, deren Mitgliedstaaten ebenfalls homogene Gesellschaften beheimaten. Auf abstrakter Ebene herrscht, wie die oben angeführten Formulierungen

⁴² Hill, C-243/95, 17. Juni 1998, die Paragraphen 22 und 24 (Kállai 2005:291).

zeigen, über weite Strecken Einigkeit in grundlegenden Fragen. Im Konkreten tritt allerdings große Divergenz zutage, die sich über theoretische Differenzen im politischen Bereich als Resultat unterschiedlicher Nationalgeschichten und konkreter Nationenmodelle und Politikansätze äußert. Samuel Salzborn identifiziert drei grundlegende theoretische Bereiche, welche unterschiedliche Zugänge zulassen und in denen sich häufig Unstimmigkeiten auf politischer Ebene zeigen (Salzborn 2006:8): Steht im Zentrum des gesellschaftstheoretischen Zuganges *ethnos* oder *demos*, bemüht man sich also, die Gesellschaft über gemeinsame ethnische Wurzeln oder über ein Nationalbewusstsein zu definieren und damit zu einen? Wie geht man mit der Frage von autochtonen und allochtonen Minderheiten um? Und die grundlegende Frage: Orientiert sich Minderheitenpolitik am Individuum, hat also vor allem politische Nicht-Diskriminierung und Menschenrechte im Blick, oder steht im Mittelpunkt das Kollektiv, das Hervorheben der kollektiven Differenz von der Mehrheitsgesellschaft? Der individualrechtliche Ansatz ermöglicht, wie ich gezeigt habe, den kleinsten gemeinsamen Nenner des Schutzes der Menschenrechte auf EU-Ebene. Der kollektivrechtliche Ansatz verlangt hingegen eine exklusive Sondergesetzgebung, die zwar Differenzen weiter verstärken kann und in gewissem Maße eine Homogenität suggeriert, die es in der Realität nicht gibt, in den meisten Fällen aber den einzige Schutz vor Assimilierung und die einzige Möglichkeit auf Wahrung der Identität von Minderheiten darstellt. Welchen Ansatz nationale Politiken nun auch verfolgen, die historisch-politische Realität lässt Idealtypenbildung und generell normierte Lösungen wenig sinnvoll erscheinen. Neben den wenig spezifischen Richtlinien der EU besteht ein wichtiger Teil ihrer Praxis in *monitoring reports*, welche die Situation von Minderheiten und die Umsetzung der von Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen regelmäßig länderspezifisch evaluiert.

Evolution der ungarischen Minderheitenpolitik

Wie zu Beginn des Kapitels beschrieben, brachte die Neupositionierung Ungarns nach der Wende Erfordernisse auf politischer und institutioneller Ebene mit sich. Alexander Siedschlag spricht in diesem Zusammenhang von einem „Trilemma der ungarischen Aussenpolitik“, das sich aus drei korrelierenden innenpolitischen Anspruchsformen an die Regierungspolitik ergab: Die Integration in die westlichen Strukturen, damit zusammenhängend gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten und schließlich die Unterstützung der magyarischen Gemeinschaften im Ausland (Siedschlag 2000:345).

Während sich das Land der Europäischen Union näherte, kam es zur rapiden Umgestaltung von Rechtswesen und Institutionen. Im Hinblick auf den Schutz von Minderheiten war die Überarbeitung der ungarischen Verfassung der erste wichtige Schritt. Im Sinne der grundlegenden Menschenrechte, die ein integraler Bestandteil internationalen Rechts geworden waren, steht in Artikel 8 der ungarischen Verfassung:

(1) The Republic of Hungary recognizes the inviolable and inalienable fundamental human rights; to respect and to protect thereof shall be a primary duty of the State.

(2) In the Republic of Hungary, the rules respecting fundamental rights and obligations shall be determined by law which, however, shall not limit the substantial contents of any fundamental right.⁴³

Zwei weitere Artikel der Verfassung sind von besonderer Bedeutung. Artikel 68 nimmt explizit auf die nationalen und ethnischen Minderheiten innerhalb des Landes Bezug:

(1) National and ethnic minorities living in the Republic of Hungary shall share in the power of the people; they shall be components of the state. (2) The Republic of Hungary shall protect national and ethnic minorities. It shall ensure their

43 Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XX 1949. zitiert in Kállai 2005:297 (Hervorhebung i. Orig.)

collective participation in public life, foster their culture, the use of their mother language, school instruction conducted in their language, and the right to use their names in their own language.

(3) The Laws of the Republic of Hungary shall provide for the representation of the national and ethnic minorities living within the territory of the country.⁴⁴

Besonders bemerkenswert ist die Formulierung des zweiten Absatzes, der die Rolle des Staates als aktives, tätiges Subjekt mit den Verben *ensure* und *foster* – sowie auch *provide* in Absatz 3 – zum Ausdruck bringt. In Artikel 70/A wird abermals explizit auf die Menschenrechte Bezug genommen und deren allgemeine Gültigkeit festgelegt.

(1) The Republic of Hungary shall ensure human and civil rights for everyone within its territory without discrimination of any kind, such as race, color, sex, language, religion, creed, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status.

(2) Any prejudicial discrimination of people as described in paragraph 1 shall be punished severely by law.

(3) The Republic of Hungary shall promote the attainment of the equality of rights also by measures aimed at eliminating inequalities of opportunity.⁴⁵

Die Ankündigung von Sanktionen im zweiten Absatz bleibt äußerst vage. Der Sachverhalt der „vorsätzlichen Diskriminierung“ wird nicht näher erläutert, ebenso unklar bleibt die Androhung „schwerer“ Bestrafung im Falle des genannten Sachverhalts. Besonders interessant hingegen ist hier Absatz drei, in dem die Obligation des Staates zur Schaffung gleicher Möglichkeiten und damit gleicher Voraussetzungen für alle angeführt wird. Diesem Vorsatz gerecht zu werden, erfordert staatliche Maßnahmen, welche die gesamte Gesellschaft durchdringen und bis zum abgelegensten Dorf und bei jedem/r Einzelnen wirksam sind. Die vorliegende Formulierung legt allerdings die Interpretation nahe, dass nicht die reale Gleichberechtigung im Sinne gleicher Chancen und Voraussetzungen für alle das Ziel ist, sondern dass jede Maßnahme, welche eine solche Gleichberechtigung als Ziel formuliert, bereits den in Artikel 70 Absatz 3 formulierten Auftrag erfüllt.

44 Ebd.

45 Ebd.

Das Minderheitengesetz von 1993

Der Auftrag der Repräsentation von Minderheiten, wie ihn die ungarische Verfassung in Artikel 68/3 (siehe oben) der Politik erteilt, wurde 1993 mit dem Gesetzeserlass LXXVII⁴⁶ – dem „Minderheitengesetz“ – formal erfüllt. Das im europäischen Vergleich als sehr fortschrittlich angesehene Gesetz belegt einerseits das Streben der politischen Elite Ungarns nach internationaler Anerkennung, andererseits das Vorhandensein ungelöster Probleme in Bezug auf die zahlreichen „AuslandsungarInnen“. Eine fortschrittliche Gesetzgebung im eigenen Land konnte eine klare Botschaft an die Regierungen benachbarter Staaten senden, und diese unter Druck bringen, ähnliche Gesetze für die dort ansässigen ethnischen UngarInnen zu implementieren. Dabei soll angemerkt sein, dass für die ungarischen Politiktreibenden kaum die Gefahr bestand, sich zu weit aus dem Fenster zu lehnen, da die weite Streuung der im Land lebenden Ethnien die Gefahr territorialer Ansprüche der nationalen Minderheiten und ihrer „Ursprungsländer“ minimierte (vgl. Kállai 2005:299). Im Gegensatz dazu steht die ungarische Tradition, welche die nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge des Vertrags von Trianon an Österreich, Rumänien, Ukraine, die ehemalige Tschechoslowakei und das ehemalige Jugoslawien verlorenen Gebiete bis zum heutigen Tag als quasi-ungarisches Territorium ansieht.

Inhaltlich-formell zielt das Minderheitengesetz darauf ab, die Inhalte der ungarischen Verfassung zu präzisieren und ein detailliertes Regelwerk zu ihrer Umsetzung festzulegen. So heißt es in der Präambel des Gesetzestextes, dass „die harmonische Ko-Existenz der nationalen und ethnischen Minderheiten mit der Mehrheitsgesellschaft Teil der internationalen Sicherheit“ ist, und dass „das Recht auf nationale und

46 Gesetzestext auf Ungarisch: <http://www.nemzetisegek.hu/nem-cikk-reszletes.php?cid=1073742109>, Deutsche Fassung unter <http://www.nemzetisegek.hu/dokumentumok/kisebbsegitorveny/kisebbstorv2006nemet.pdf> (letzter Zugriff 19.10.2009)

ethnische Identität eines der universellen Menschenrechte“ ist (Kállai 2005:299, Übers. d. Verf.). Dabei finden sich in den Regelungen aber keine speziellen Privilegien für Angehörige von Minderheiten. „All these rights are neither a gift from the majority nor a privilege of the minority, and their source is not the relative numerical strength of the national and ethnic minorities but the right of difference based on respect for individual freedom and societal peace.“ (Kállai 2005:299-300)

Betont wird hier also eine individualrechtliche Perspektive und damit der Schutz jedes/jeder einzelnen BürgerIn vor Diskriminierung und gleichzeitig jedes/jeder Einzelnen Recht auf Wahrung der eigenen Identität. Im Weiteren geht der Text doch dazu über, kollektive Identitäten anzusprechen. „The language, material and spiritual culture, and historical traditions of national and ethnic minorities of Hungarian citizenship living within the territory of the Republic of Hungary, as well as other features associated with their minority status, are part of their individual and community self-identity. (Ebd.)

Die Möglichkeit zur Wahrung eben dieser Identität, wird durch die Festschreibung des Rechtes auf Minderheiten-Selbstverwaltungen gegeben. „The self-governments constitute the foundation of the democratic system; the establishment and operation of minority self-governments, as well as the cultural autonomy they provide, are considered by the Parliament to be a main prerequisite for the particular application of the rights of minorities.“ (Ebd.)

Dieses manifeste Zugeständnis kollektiver Rechte galt viele Jahre auch deshalb als ausgenommen fortschrittlich, da in anderen Teilen Europas – so auch in den „alten“ EU-Ländern – in der Vergangenheit darauf geachtet worden war, solche expliziten, rechtlich verankerten Zugeständnisse an die dort ansässigen Minderheiten zu vermeiden (Kállai 2005:300). Die

konkrete Umsetzung des Gesetzes auf gesellschaftlicher Ebene bringt jedoch einige Schwierigkeiten mit sich, allen voran die Frage nach der Definition nationaler beziehungsweise ethnischer Minderheiten. Es bedarf der Schaffung eines Katalogs von Kriterien zur Bestimmung der Zugehörigkeit von Individuen – und damit einmal mehr der Ziehung von Grenzen zwischen verschiedenen Gruppen. Ich würde sogar soweit gehen zu sagen, dass hierin die Gefahr besteht, vorhandene ideologische Gräben, die sich innerhalb der Gesellschaft auf sozialer Ebene etwa durch Machtungleichgewicht und ungleichen Zugang zu Ressourcen manifestieren, auf legislativer Ebene festzuschreiben und damit zu zementieren.

Das Minderheitengesetz von 1993 anerkennt in seiner Präambel das Recht jedes Menschen auf seine eigene Identität und impliziert damit, dass jede/r das Recht auf *Wahl* seiner/ihrer Identität haben sollte. Nichts desto Trotz werden im Gesetzestext folgende Kriterien zur Identifikation von Minderheiten, also dem Kollektiv der Personen, welche sich selbst zu einer Minderheit zählen, festgeschrieben:

Thus, a national or ethnic minority is any group that has been living within the territory of Hungary for at least 100 years, which constitutes a numerical minority of the population, whose members are Hungarian citizens and differ from the rest of the population in terms of their own mother tongue, cultures and traditions, and whose sense of belonging (national or ethnic cohesion) aims at preserving all these and at safeguarding the interests of the respective historically developed community. (Kállai 2005:300)

Diese Definition weist meinem Verständnis nach mehrere Ansatzpunkte für Kritik auf. Auf den ersten Blick ersichtlich ist das lineare Geschichtsverständnis, das dem Text zugrunde liegt. Bereits diese erste Bedingung impliziert außerdem, dass es ein einheitliches ungarisches Territorium gibt, das sich zumindest in den letzten 100 Jahren nicht ausschlaggebend verändert hat. Werfen wir einen flüchtigen Blick auf die mittel- und osteuropäische Geschichte, wissen wir, dass dies keinesfalls

zutrifft. Die vorgeschriebene numerischen Unterlegenheit von Minderheiten ist zwar in den meisten Fällen eine gesellschaftliche Realität, aber kein Kriterium für Benachteiligung und nicht ausschlaggebend für den Platz einer Gruppe in der Machthierarchie der Gesellschaft. Bedenklich ist auch die hier suggerierte Homogenität von gesellschaftlichen Gruppen, die jedoch – vor allem aber nicht nur im Fall der Roma – in der Realität nicht anzutreffen ist. Damit ignoriert der Text multiple Identitäten, prozesshafte Dynamiken und gesellschaftliche Hybridität. Für diese Sichtweise spricht auch die Tatsache, dass das Pflegen, Beibehalten und weiter Tradieren von Muttersprache, kulturellen Bräuchen und Traditionen quasi zur Pflicht eines/r Angehörigen einer Minderheit erhoben wird. Personen, die sich Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mobilität zu Nutze machen, über verschiedene ethnische/ kulturelle Identitäten verfügen, oder mit Kultur und Brauchtum einfach „nichts am Hut haben“, können *per definitionem* keiner anerkannten Minderheit angehören. Beim aufmerksamen Lesen dieser wenigen Zeilen über die Definition von anerkannten Minderheiten bekommt man den Eindruck, eine Momentaufnahme der Gesellschaft soll rechtlich als Norm verankert und für alle Zeiten konserviert werden – und mit ihr die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Das ambitionierte Ziel der Gleichstellung aller rückt damit in weite Ferne.

Manche der angesprochenen Kritikpunkte spiegeln sich in dem Minderheiten-Katalog wieder, der sich durch die oben angeführte Definition ergibt. Im Minderheitengesetz wird festgeschrieben, dass es eine Bulgarische, Griechische, Kroatische, Polnische, Deutsche, Armenische, Rumänische, Ruthenische, Serbische, Slowakische, Slowenische und Roma-Minderheit gibt. Der Antrag um Aufnahme in die Liste, den die Chinesische Botschaft stellte, wurde abgewiesen. Die jüdische Gemeinschaft hingegen wies den offerierten Status zurück (Farkas 2004:21).

Das Minderheitengesetz von 1993 ist *de facto* blind gegenüber allen Personen, die nicht einer der 13 aufgelisteten Minderheiten angehören. Verschiedene Traditionen, Unterschiede im Sprachgebrauch, und andere „Unregelmäßigkeiten“ innerhalb dieser vordefinierten Gruppen werden ebenfalls ausgeblendet. Pessimistische Beobachter mögen argumentieren, dass es sich bei diesem vielfach als besonders fortschrittlich gelobten Gesetz bloß um den Versuch einer Regierung handelt, die politischen Verhältnisse im Staat in einem unangemessenen Ausmaß zu vereinfachen.

In Kapitel II des Gesetzestextes werden individuelle Minderheitenrechte aufgelistet, nachdem eingangs das Recht jedes/jeder Einzelnen auf freie Wahl seiner/ihrer Zugehörigkeit betont wird. Personen, die sich zu einer der 13 Minderheiten bekennen, haben das explizite Recht ihre Traditionen zu pflegen, Gottesdienste in ihrer eigenen Sprache abzuhalten und ihre Ruf- sowie Familiennamen nach den Regeln ihrer Muttersprache zu wählen und in offiziellen Dokumenten zu verwenden. Paragraph 13 schreibt des weiteren das Recht fest, Sprache, Geschichte, Kultur und Traditionen zu pflegen, entwickeln und weiter zu geben. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das individuelle Recht auf Teilnahme am muttersprachlichen Unterricht, das hier festgelegt wird. Außerdem hat jede einer Minderheit angehörende Person das Recht auf Schutz der mit ihren Minderheitendasein zusammenhängenden persönlichen Daten, entsprechend den Festlegungen in einem gesonderten Gesetz, dem Datenschutzgesetz von 1992, auf das ich an anderer Stelle bereits zu sprechen gekommen bin (siehe Kapitel 2.3).

Die in Kapitel III aufgelisteten Gemeinschaftsrechte der Minderheiten, beziehen sich wie die individuellen Rechte auf die „Wahrung, Pflege, Stärkung und Weitergabe der Identität der Minderheit“, sowie das Recht, historische Traditionen und Sprache zu pflegen und weiterzuentwickeln

und materielle und geistige Kultur zu wahren und zu mehren (Kállai 2005:302). Konkret soll diese kulturelle Autonomie durch das Recht auf Selbstorganisation gewährleistet werden. Minderheiten haben die Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen zu gründen, regionale und nationale Selbstverwaltungen zu wählen und ein nationales pädagogisches und wissenschaftliches Netzwerk zu etablieren. In Kapitel III des Minderheitengesetzes wird außerdem das Recht auf Partizipation in öffentlichen Medien und auf Repräsentation im Parlament durch einen Ombudsmann für Minderheitenrechte festgelegt.

Bevor wir das System der Minderheitenselbstverwaltungen näher betrachten, möchte ich noch kurz einige Überlegungen zum konzeptuellen Inhalt des Minderheitengesetzes von 1993 anschließen. Das offensichtliche Ziel des Gesetzes ist nicht die Gleichstellung aller UngarInnen und die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, sondern vielmehr eine Art kultureller Autonomie für Angehörige von Minderheiten – beziehungsweise für Personen, die sich selbst als solche sehen. Der Fokus des Gesetzes liegt einmal mehr auf den Unterschieden zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Um die Anwendbarkeit zu gewährleisten, müssen diese Unterschiede auf verschiedenen Ebenen manifest sein, etwa in Bezug auf Sprache, Traditionen, Kultur. Andere, für die Frage der Gleichstellung ungleich wichtigere Themen – wie etwa der Zugang zu Ressourcen oder auch zu Bildung und Arbeitsplätzen – bleiben unerwähnt. Aus einer etwas anderen Perspektive ist auch die implizite Annahme interessant, dass die Geschichte der Minderheit nicht die Geschichte der Mehrheit ist und umgekehrt, was ich aus dem Recht auf Pflege und Weitergabe der *eigenen Geschichte* einer Minderheit ableite. Wir haben es in der ungarischen, wie in allen anderen Gesellschaften, mit verschiedenen Narrativen zu tun, die sich überschneiden, ergänzen oder auch widersprechen können. Die nationale Geschichtsschreibung, die unter anderem durch die Lehrbücher

des institutionalisierten Bildungswesens vermittelt wird, ist *eine* Möglichkeit, die ungarische Geschichte zu erzählen. Dieser spezifische Narrativ entspringt einer speziellen Perspektive, nämlich jener der Mehrheitsgesellschaft, oder genauer: jenem elitären Teil der Mehrheitsgesellschaft, der über die entsprechenden Möglichkeiten (Bildung, Geld, soziales Prestige,...) verfügt, eine allgemein anerkannte, kanonisierte Version der ungarischen Geschichte zu erzählen. Den rumänischen Historiker Lucian Boia zitierend schreibt Barna Bodó (Bodó 2001:113):

„The term *history* is deceiving. We should interpret. Even historians do it scarcely...” This is said by Lucian Boia, and he continues: „history is selection..., the selection of the important, the characteristic, and the significant.” And from that, everything becomes relative, since the political purposes of the actual present (may) appear in the selection of the important and the significant. „...those who rule the memory are in possession of crucial means of ruling the present.”

Aus dieser Perspektive ist das Recht der Minderheiten, die eigene Sprache, Geschichte, Kultur und Traditionen zu pflegen, zu entwickeln und weiter zu geben, zwar wichtig und richtig, da es damit zumindest die Existenz anderer gesellschaftlicher Narrative anerkennt. Diese Anerkennung erfolgt aber in einem beschränkten Rahmen, nämlich jenem der von Angehörigen der Minderheiten gegründeten Institutionen. Damit bewirkt die ungarische Politik, um es mit den Worten Michel Foucaults zu sagen, „dass der Diskurs [oder das Narrativ, Anm.] in der Ordnung der Gesetze steht; [...] dass ihm ein Platz bereitet ist, der ihn ehrt, aber entwaffnet“ (Foucault 2007 [1972]:10). Meine zweite Anmerkung dazu ist, dass das Recht auf ein eigenes Narrativ nichts über den gesellschaftlichen Status desselben aussagt. Das erwähnte Recht auf Partizipation in öffentlichen Medien und auf Repräsentation im Parlament durch einen Ombudsmann für Minderheitenrechte schafft zwar einen weiteren Rahmen für die Artikulation von Minderheiten – dies jedoch mit den weitgreifenden Einschränkungen, die mit dem System der Repräsentation heterogener

gesellschaftlicher Gruppen durch einzelne Personen verbunden sind. Es gibt jedenfalls zahlreiche Indizien dafür, dass der in der ungarischen Gesellschaft vorherrschende Diskurs die Narrative von Minderheiten, insbesondere jene der Roma, nicht ernst nimmt.

Selbstverwaltungen

Das System der Minderheitenselbstverwaltungen, das in dieser Form nur in Ungarn existiert, sieht die Einrichtung lokaler sowie nationaler Verwaltungseinheiten und die Gründung zivilrechtlicher Organisationen vor. Ernő Kállai identifiziert drei Möglichkeiten zur Einrichtung einer Minderheiten-Selbstverwaltung auf Gemeindeebene (Kállai 2005:303):

- 1) Mehr als die Hälfte der im Zuge einer Kommunalwahl ernannten VolksvertreterInnen wurden als RepräsentantInnen einer Minderheit gewählt. In diesem Fall kann sich das gewählte Gremium als Minderheitenselbstverwaltung konstituieren und erfüllt in der Folge alle Aufgaben, die auch sonst in den Zuständigkeitsbereich einer Gemeinde fallen.
- 2) 30 Prozent der im Zuge einer Kommunalwahl ernannten VolksvertreterInnen wurden als RepräsentantInnen einer Minderheit gewählt. Die gewählten Personen können indirekt eine Minderheitenselbstverwaltung gründen; dieser Fall kommt in der Praxis sehr selten vor.
- 3) Ein/ eine erklärte(r) MinderheitenrepräsentantIn erhält direkt im Zuge einer Personenwahl eine Stimmenmehrheit. Für die Kandidatur sind lediglich 5 Nominierungen durch wahlberechtigte BürgerInnen, sowie ein Zugeständnis bezüglich der Vertretung der Anliegen der entsprechenden Minderheit nötig.

In der Praxis kommen Minderheitenselbstverwaltungen in den meisten Fällen auf letzterem Wege zustande. Die Personenwahlen weisen einige gravierende Mängel auf, die bereits früh offensichtlich wurden, jedoch bis heute nicht behoben sind. Demnach ist jede Person berechtigt, sich als VertreterIn einer Minderheit auf lokaler Ebene wählen zu lassen, ohne sich als einer bestimmten ethnischen Gruppe zugehörig erklären zu müssen. Ein solches „Bekenntnis“ zu verlangen, würde dem Datenschutzgesetz von 1992⁴⁷ widersprechen, demzufolge es wie erwähnt strikte Beschränkungen für die Erhebung von Daten gibt, welche sich auf Ethnizität beziehen (Babusik 2004:14) (siehe Kapitel 2.3). Folglich darf jede Person ungeachtet ihres ethnischen Hintergrundes und ihrer persönlichen Beweggründe an der Wahl einer Minderheitenselbstverwaltung teilnehmen. So können in der Praxis KandidatInnen aus einer Minderheit leicht überstimmt werden und politische Entscheidungen bezüglich der Vertretung von Minderheiten de facto durch die Mehrheitsgesellschaft nicht nur maßgeblich beeinflusst, sondern auch ohne Zutun der Angehörigen der Minderheit getroffen werden (vgl. Hoóz 2001:19). Diese Gefahr wird dadurch verstärkt, dass die Wahl der Minderheitenselbstverwaltungen in der Regel am selben Tag und an den selben Wahlurnen stattfindet, wie die allgemeinen Kommunalwahlen. Der Einfachheit halber bekommt jede/r Wahlberechtigte neben dem Stimmzettel für die Wahl der Kommunalvertretung auch gleich jenen für die Minderheitenselbstverwaltung. Es kann davon ausgegangen werden, dass die so zustande gekommenen Wahlergebnisse zu einem großen Teil den Wünschen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen und eine fallweise Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Minderheit eher zufällig als gewollt vorliegt. Der Versuch der Repräsentation einer Gruppe von Menschen durch einzelne Personen – an dessen Sinnhaftigkeit sich angesichts vieler Widersprüchlichkeiten und theoretischer Probleme ohnehin von vorn herein zweifeln lässt – kann damit in dieser Form als

47 Gesetzesbeschluss LXXVII 1993 7.§ par. 1.

gescheitert erklärt werden. Eine Reihe von Skandalen rund um Ungarns Minderheitenselbstverwaltungen lassen sich auf die bestehenden Schwächen und Widersprüche der politischen Praxis zurückführen und bestätigen meine Annahme.

3.3 Globalisierung der Sozialarbeit

In makrostruktureller Sicht ist der heutige Kontext beinahe aller gesellschaftlichen Phänomene der Globalisierungsprozess, der unter anderem als Resultat der abstraktivierenden Tendenz des Kapitalismus begriffen werden kann. Diese Abstraktivierung verstehe ich als Resultat der Fragmentierung von Produktionsprozessen, der damit einhergehenden Verdinglichung menschlicher Beziehungen, und letztlich der materialistischen Vermarktlichung aller Bereiche des Lebens (vgl. Dannemann 2004:46). Bei Antonio Gramsci ist in diesem Zusammenhang von der Fragmentierung des Menschen, der Trennung von Tätigkeit und Bewusstsein die Rede, während der ungarische Philosoph György Lukács auf einer weniger materialistischen Ebene von „transzendentaler Obdachlosigkeit“ spricht. In Auseinandersetzung mit letzterem thematisiert etwa Sarah Funk diese akkumulierende Verdinglichung des Lebens als „Entzauberung der Welt“ (Funk 2007:28ff.).

Globalisierungs-Studien sind ein wachsendes Feld in den Human- und Sozialwissenschaften und nehmen bereits einen wichtigen Platz in den Massenmedien ein. Michael Burawoy merkt in diesem Zusammenhang an, dass viele Globalisierungstheorien die Theorien privilegierter Männer sind (Burawoy 2000:338ff.). Nach Burawoy ist dabei die Kultur Epiphänomen einer unsichtbaren Ökonomie, die Vergangenheit Epiphänomen der

Gegenwart und „[b]oth history and material reality are lost in an impenetrable cloud of postmodern fragments.“ (Ebd.:340) Dem entgegen schlägt er vor, Globalisierung „auf den Boden zurück zu holen“ („grounding globalization“), „making global sense of [local] sites“. (Ebd.:341) Ein solcher lokaler Schauplatz der Manifestation globaler Prozesse ist das Wohlfahrtssystem des ungarischen Staates, das ich im Folgenden beispielhaft in einem transnationalen Kontext betrachten möchte.

„Illusionen reisen im Allgemeinen viel leichter und weiter als die Mittel, die notwendig sind, um sie in wirkkräftige Realität umzusetzen“, schreibt Don Kalb (Kalb 2002:453f.) und hebt als wichtigste Merkmale der Globalisierungswelle zu Beginn des neuen Jahrtausends folgende Komponenten hervor (Ebd.):

- 1) Sie erodiert – von wenigen Kern-Staaten abgesehen – die Kohäsion und Kohärenz von Nationalstaaten.
- 2) Sie ist charakterisiert durch steil ansteigende Einkommensunterschiede und ungleiche Machtverhältnisse, sowohl zwischen so genannten Kern- und Peripherie-Staaten, als auch innerhalb von Nationalstaaten und zwischen Individuen.
- 3) Sie nimmt in verschiedenen Ländern in einem Bündel sehr ungleicher Komponenten Einzug, in Form von Kapital, Gütern, Informationen, Menschen.

Punkt eins und zwei lassen sich als spezifische Bedingungen und Folgen der Einbindung Ungarns in globale Waren-, Kapital- und Informationsströme begreifen, während Punkt drei die konkreten Manifestationen globaler Entwicklungen beschreibt. Hier möchte ich ansetzen.

Diskursive Einflussnahme Internationaler Organisationen

Am 12. März 1995, am Ende der Verhandlungen zwischen dem damaligen Premierminister Gyula Horn und Vertretern des Internationalen Währungsfonds, verkündete Horn im staatlichen Fernsehen die Implementierung des „Bokros Csomag“ („Bokros-Paket“), benannt nach dem ehemaligen MDF (*Magyar Demokrata Fórum*, Ungarisches Demokratisches Forum) -Finanzminister Bokros Lajos, das die Umstrukturierung des ungarischen Wohlfahrtssystems vorsah (Haney 2000:50). Der Ausgang der Verhandlungen war das Ergebnis einer diskursiven Einflussnahme internationaler Kräfte auf die ungarische Politik, die bereits ein Jahrzehnt zuvor eingesetzt hatte.

Bis zur Mitte der 1980er Jahre garantierte der ungarische Staat Beschäftigung für alle, mit der Schattenseite von gesellschaftlicher Stigmatisierung und autoritärer Bestrafung von arbeitslosen Personen, die als „közveszélyes munkakerülő“ („für die Allgemeinheit gefährliche Arbeitsverweigerer“) bezeichnet wurden. Der sozialistischen Ideologie entsprechend basierte das ungarische Wohlfahrtssystem auf Kriterien, die mit dem sozialen Beitrag des/der Begünstigten (etwa als ArbeiterIn, Mutter oder Vater) zusammenhingen (Haney 2000:52ff). Grundbedürfnisse wurden durch Güter und Dienstleistungen, bis hin zum psychologischen Beistand subsidiert, mit dem Ziel, allen UngarInnen einen gewissen Lebensstandard zu ermöglichen (Ebd.), und dadurch die vorherrschende Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten. Das Ideal der Gleichheit war jedoch nicht zu erreichen und ab Mitte der 1980er Jahre entstand mit dem Aufkommen und der schrittweisen Legalisierung der zweiten Ökonomie ein duales System der Stratifikation: Die ungarische Gesellschaft teilte sich in eine Schicht, deren Qualifikation und sozialer Status ihr Zugang zur zweiten Ökonomie gewährte, und eine Schicht ohne Zugang zu entsprechenden Ressourcen, der dieser Zugang verwehrt blieb

(Ebd.). Unter urbanen Familien, Alleinerzieherinnen und Roma-Gemeinschaften begann Armut um sich zu greifen (Ebd.). Da letztere über einen besonders eingeschränkten Zugang zu den für die Teilnahme an der zweiten Ökonomie notwendigen Ressourcen verfügen, habe ich bereits an anderer Stelle (Kapitel 3.1) argumentiert, dass sich die Gesellschaft dreifach stratifiziert. Als es aufgrund wirtschaftlicher Turbulenzen im Laufe der 1980er Jahre zur generellen Abnahme der Beschäftigung kommt, trifft diese aus eben diesem Grund zu einem überproportionierten Teil Roma (siehe auch Vermeersch 2006:54).

Im Kontext dieser Entwicklungen, welche eine „disjunction between ideology and practice“ (Haney 2000:49) zum Vorschein bringen, und innerstaatliche Kritik am ungarischen Wohlfahrtssystem laut werden lassen, wächst der Einfluss internationaler Kräfte im Land. Internationaler Währungsfond und Weltbank beginnen ihre Bedürfnisdiskurse („discourses of need“), und damit westliche Mythologien über den Soll-Zustand von staatlicher Wohlfahrt zu verbreiten, welche strenge Bedürftigkeitsprüfungen („means tests“), gleichzeitig aber ein eher willkürliches Vergabesystem einschließen (Ebd.:52ff.).

Der diskursive Austausch, der sich in institutionellem Wandel manifestierte und Bedingungen, Organisation und Konnotationen von Wohlfahrt veränderte, manifestierte sich in der Finanzierung lokaler Forschungsprojekte durch Internationale Agenturen, die Gründung neuer Journale und Bildungseinrichtungen und durch Organisation von Konferenzen durch internationale Geber und zielte letztlich auf die globale Vereinheitlichung von staatlicher Wohlfahrtssysteme ab (Ebd.). Lynne Haney formuliert es folgendermaßen (Ebd.:50;56f.):

[...] Hungarian scientists were lured into an ideological flirtation with global policemen from the IMF and the World Bank – a flirtation that eventually evolved into material appropriation and discursive co-optation. [...] The information transmitted [...] always flowed in one direction, from Westerners to Hungarians.

[...] Hence, in the newly „democratized“ state sphere, global experts met up with the „needy“ local experts – with the former using the latter to ground their poverty discourse, and the latter using the former to secure and promote their own professional ascendancy.

Mit dem Ende des Staatssozialismus und der Transformation des ungarischen Staates konnte, wie auch Haney anmerkt, der Einfluss in den 1990ern um ein Vielfaches verstärkt werden und manifestierte sich im zuvor erwähnten *Bokros Csomag*. Die vorgesehenen Neuerungen zielten auf die Einsparung von Sozialausgaben (die seit den 1980ern steil in die Höhe geschneit waren) ab, wobei das wichtigste Drohmittel in der Hand der Vertreter internationaler Organisationen die hohe Auslandsverschuldung Ungarns und die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs war.

Überwachung und Willkür

Eine wichtige Grundlage des Paketes ist die Annahme, dass alle sozialen Probleme als *materielle* Probleme interpretierbar sind. Dem entsprechend wurde von vorn herein als einzige mögliche Unterstützung eine *finanzielle* Form in Betracht gezogen. Haney argumentiert, dass die Verluste durch das Ende der Subventionen für die Versorgung mit grundlegenden Waren und Gütern sowie Wohnungen, der staatlich-finanzierten Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, der zentralen Schaffung von Arbeitsplätzen, und vielen Vergünstigungen, ganz zum Schweigen vom Zerfall des sozialen Netzes, ungleich höher seien als die finanzielle Unterstützung von Bedürftigen, die 1995 zwischen 1,500 und 3,500 Forint drei bis sechs Mal im Jahr betrug (Haney 2000:60).

Die neuen Vergabepraktiken, beruhend auf Bedürfnisprüfungen, Einkommensprüfungen und unterschiedlichen Überwachungstechniken, festigten sich im Laufe der folgenden Jahre zu einer undurchdringbaren

diskursiven Mauer zwischen KlientInnen und SozialarbeiterInnen (Ebd.:64), an welcher die Gesuche um eine breiter gefasste Konzeption sozialer Hilfe ungehört verhallen und der Raum zu manövrieren immer weiter eingeschränkt wird (vgl. Spivak 2008 [2005]). In der Praxis gibt es neben der Ausbezahlung finanzieller Beihilfen nur eine Form der „Unterstützung“, und zwar die Wegnahme der Kinder armer Familien, aufgrund von materiellen Gründen wie niedrigem Einkommen und unzumutbarer Wohnsituation. Haney findet in ihren Fallstudien hingegen kaum Referenzen auf häusliche Gewalt, und falls diese erwähnt wird, erfolgt ihre Darstellung wiederum als materielles Problem (Haney 2000:61). Die unterschiedlichsten Probleme wie Erziehungsschwierigkeiten etwa im Zuge pubertärer Auflehnung gegen die Eltern, Alkoholismus, psychologische und emotionale Probleme werden allesamt unter der Kategorie „materiell bedürftig“ subsumiert und sollen ausschließlich durch das „Allheilmittel“ der finanziellen Armenfürsorge gelöst werden.

Gleichzeitig wird das Ansuchen um Unterstützung zum Beweis für individuelles Versagen und zur Grundlage gesellschaftlicher Stigmatisierung. Dies kommt auch in der Verwendung eines speziellen Jargons gegenüber den KlientInnen der Wohlfahrtseinrichtungen zum Ausdruck. Hinzu kommen der Mythos des „Sozialbetrugs“ sowie generalisierte Zuschreibungen aggressiven und asozialen Verhaltens der KlientInnen, dem mit dem Einsetzen von Personal des Sicherheitsdienstes in Büros der sozialen Wohlfahrt „beigekommen“ wird (Ebd.:65). Haney beobachtet in ihren Untersuchungen, dass KlientInnen der Wohlfahrtseinrichtungen beinahe der Status von „Unberührbaren“ zukommt; SozialarbeiterInnen konstruieren diesen über die Zuschreibung charakterlicher Eigenschaften bis zu physischen Merkmalen, wie Aussehen, Geruch und Anfühlen der Körper, und gehen so weit, Tiermetaphern zu verwenden (Ebd.:66f.). Die Autorin merkt an, dass die

Einstellungen der SozialarbeiterInnen zu einem großen Teil ihre Arbeitsverhältnisse widerspiegeln: Die Re-Organisation des Wohlfahrtssektors habe die KlientInnen in leicht zu handhabende Objekte verwandelt und SozialarbeiterInnen zu „piece-rate, eligibility workers“ gemacht (Ebd.:67).

Nationalistische Ressentiments

Ich habe eingangs zu diesem Kapitel erwähnt, dass die Globalisierungswelle charakterisiert ist durch steil ansteigende Einkommensunterschiede und ungleiche Machtverhältnisse, sowohl zwischen so genannten Kern- und Peripherie-Staaten, als auch innerhalb von Nationalstaaten und zwischen Individuen. Durch die völlige Abkehr von der kommunistischen Vergangenheit des Landes kam es zu einer extremen ideologischen Schräglage. Burawoy und Lukács merken dazu an: „Capitalism is celebrated in the commodity, not in the public ritual, and this has an atomizing, pacifying effect. [...] You can not build a new society out of the rejection of the old.“ (Burawoy/Lukács 1992:167)

Nachdem die Verschlechterung der Lebensumstände vieler Ungarn und Ungarinnen evident geworden war, setzte eine Rückbesinnung auf „authentische“ werte ein, die in Wirklichkeit wenig mehr als das Wiederaufleben erfundener Traditionen und Ideologien vormals antimoderner Stoßrichtung war (Marsovszky 2006:215). Die Globalisierung wird stark homogenisiert und vereinfacht als das Symbol einer neuen Unterdrückung des Magyarentums durch äußere Kräfte interpretiert (Ebd.). Die traditionelle Opferrolle der ungarischen Nation wird erneut zelebriert und in eine altbekannte Verteidigungshaltung versetzt, für die Andersartigkeit zur existenziellen Bedrohung wird und gesellschaftliche Spannungen zum metaphysischen Kampf zwischen gut

und böse stilisiert werden (Ebd.219), eine Rhetorik, die vor allem auch in den Reden des letzten Präsidenten der USA, Geroge W. Bush, ausgereizt wurde.

Dieser essentialistische Standpunkt verschleiert die Allianz von lokalen Eliten und transnationalen Akteuren, die den schon vor der Wende besser gestellten Teilen der Bevölkerung große Vorteile brachte, benachteiligte Gruppen hingegen weiter in die Marginalität drängte. Vor allem materiell arme Personen und Familien, Frauen, Kinder, Minderheiten und Personen, die räumlich in den Peripherien lebten, konnten und können nicht von der „neuen Gesellschaftsordnung“ profitieren, im Gegenteil sank ihr Lebensstandard in der Regel noch weiter ab (Siehe u.a. Kalb 2002:454).

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise wird sehr wahrscheinlich dazu beitragen, essentialistische Rhetorik und nationalistische Ideologie zu stärken. Der beinahe wirtschaftliche Zusammenbruch Ungarns gegen Ende 2008 machten es notwendig, mit internationalen Kreditgebern zu verhandeln und der Einfluss internationaler Organisationen wie Internationaler Währungsfond und Weltbank sind größer denn je. Der sich daraus ergebende Druck der Budgetsanierung führt zum Abbau von Sozialnetzen inmitten der Rezession. Vor allem in den osteuropäischen Transitionsländern droht die Wirtschaftskrise zu einer Demokratiekrise zu werden. Der ungarische Politikwissenschaftler József Bayer meint dazu: „Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wächst auch der Zorn in der Bevölkerung, das ist in jeder Wirtschaftskrise der Fall“ und weist auf die Gefahr der Verstärkung rechtsextremer Tendenzen hin (Szigetvari 2009). Diese Annahmen sollten sich in den folgenden Monaten bestätigen.

Fazit

Im Februar 2009 wurden Róbert Czorba und sein fünfjähriger Sohn in der Ortschaft Tatárszentgyörgy getötet. Nach ersten Ermittlungen gab die lokale Polizei bekannt, dass die beiden Personen nach einem Brand, der durch einen elektrischen Defekt in ihrem Haus entstanden war, tot aufgefunden worden seien. Später am selben Tag räumte die Polizei ein, dass Schusswunden an ihren Körpern nachgewiesen wurden. Sie nahm jedoch erst zehn Stunden später Ermittlungen wegen Mordes auf. Im August gab der Justizminister bekannt, dass gegen lokale Polizeibeamte ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. (Amnesty International Deutschland 2010)

Im April 2009 wurde Jenő [Sic!] Kóka, ein 54-jähriger Angehöriger der Roma, in der Roma-Siedlung der Ortschaft Tiszalök getötet. Berichten zufolge wurde er erschossen, als er sein Haus verließ, um sich auf den Weg zur Nachtschicht an seinem Arbeitsplatz in einer nahe gelegenen Chemiefabrik zu begeben. Die lokale Polizei gab bekannt, dass Ähnlichkeiten zwischen dem Fall Jenő Kóka und früheren Angriffen auf die Roma-Gemeinschaft bestünden. (Ebd.)

Im August 2009 wurde Maria [sic!] Balogh, eine 45-jährige Roma, im Dorf Kisléta erschossen. Ihre 13-jährige Tochter wurde schwer verwundet. Noch im selben Monat nahm die Polizei vier Männer unter dem Verdacht fest, diese und mindestens fünf weitere tödliche Anschläge auf Angehörige der Gemeinschaft der Roma begangen zu haben, darunter auch auf Róbert Czorba und dessen Sohn sowie auf Jenő [Sic!] Kóka. Alle vier Verdachtspersonen stritten eine Beteiligung an diesen Übergriffen ab. Bei Jahresende befanden sie sich noch in Untersuchungshaft. Im August gab der Leiter der Nationalpolizei bekannt, dass Beweise vorlägen, die die Verdächtigen mit zwischen November 2008 und August 2009 gegen die Gemeinschaft der Roma begangenen Gewaltverbrechen mit Todesfolge in Verbindung bringen. Er teilte mit, dass offenbar Rassismus das Hauptmotiv für die Verbrechen war. Die NGO European Roma Rights Centre dokumentierte die Tötung von neun Roma während des gleichen Zeitraums. (Ebd.)

Im November kam die unabhängige Untersuchungskommission für Beschwerden gegen die Polizei nach Überprüfung der von der Polizei durchgeführten Ermittlungen im Zusammenhang mit den Morden in Tatárszentgyörgy zu dem Ergebnis, dass die lokale Polizei in schwerwiegender Weise grundlegende Rechte der Opfer des Anschlags auf effektive Ermittlungen verletzt habe. (Ebd.)

Die Welle der Gewalt, welche 2009 über Ungarn rollte, lieferte westlichen Medien brisanten Stoff, der jedoch der Intensität und Dauer der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema nach zu schließen

lediglich ein Strohfeuer entflammte. Die tiefer liegenden gesellschaftlichen Strukturen, die solche Ausbrüche der Gewalt hervorbringen, blieben dabei weitestgehend unberücksichtigt.

Demgegenüber habe ich in vorliegender Arbeit ein Konglomerat an Ansätzen präsentiert, welche die gegenwärtige Problematik nicht zuletzt unter einen historisch-strukturellen Aspekt erschließen. Damit eröffnen sich differenziertere Erklärungsansätze für den Umstand, dass es den Roma Ungarns bis heute nicht möglich war, ihre marginalisierte Position in der ungarischen Gesellschaft zu verlassen. Eine differenzierte Herangehensweise und tief greifende Analysen sind für die Praxisebene notwendig, da politische Maßnahmen, die auf oberflächlichen Beobachtungen und Interpretationen beruhen, Gefahr laufen, das Gegenteil des intendierten Ergebnisses zu bewirken und eine symptomatische „disjunction between ideology and practice“ (Lynne 2000:49) freilegen.

Diese symptomatischen Knotenpunkte werden in jedem Kapitel, und damit in jedem der in dieser Arbeit angewendeten unterschiedlichen Zugänge, offenbar. Die Pluralität meines Forschungsansatzes spiegelt die Pluralität gesellschaftlicher Realitäten wieder, von der individuellen Frage der Identität über gesamtgesellschaftliche Diskurse und Institutionen, bis hin zu globalen Prozessen. Dabei sind vor allem die Verwobenheit und wechselseitige Beeinflussung unterschiedlicher Ebenen und Räume interessant. Die in dieser Arbeit vorliegenden Ausführungen fördern letztlich ein postmodernes Bild der ungarischen Gesellschaft zu Tage, welches von Machtdiskursen, unterschiedlichen Interessen und Allianzen aber auch subversiven Strategien geprägt ist.

Verschiedene Entwicklungen im Laufe des 20. Jahrhunderts haben zwar Strukturen aufgebrochen und re-arrangiert, andererseits aber auch

Machtverhältnisse und marginalisierte Positionen verstärkt und zementiert. Die Gefahren monokausaler Erklärungsmuster, welche die historische und diskursive Konstruiertheit gesellschaftlicher Grenzziehungen ausblendet und einfache „Lösungen“ propagiert, sind evident. Dem gegenüber stehen Vielschichtigkeit und Pluralität der gesellschaftlichen Realität(en), deren Betrachtung eine Vielzahl möglicher theoretischer Ausgangspunkte der Erarbeitung von Strategien zur Verbesserung der Situation subalternen Lebenssituationen anbietet. Mit vorliegender Arbeit hoffe ich, den einen oder anderen Impuls in diese Richtung gesetzt zu haben.

Bibliographie

Adorka, Rudolph (1994): Social Change and social problems in Hungary since the 1930s: economic, social and political causes of the demise of state socialism. *Comparative Social Research*, Vol.14, 1994. S. 49-96.

Al-Samarai, Nicola Lauré (2004): Neither Foreigners Nor Aliens: The Interwoven Stories of Sinti and Roma and Black Germans. *Women in German*, Yearbook 20, 2004. S. 163-183.

Amnesty International Deutschland (2010): Amnesty Report 2010 Ungarn. <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/ungarn>, letzter Zugriff am 31.09.2010.

Anderson, Benedict (2006 [1983]): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London [u.a.]: Verso.

Andorka, Rudolph (1996): Systemtransformation in Ungarn. In: Hodenius, Birgit / Schmidt, Gert [Hrsg.]: *Transformationsprozesse in Mittelost-Europa*. *Soziologische Revue*, 19. Jg., Sonderheft 4, 1996. S. 7-15.

Atanasoski, Neda (2009): Roma rights on the world wide web. The role of internet technology in shaping minority and human rights discourses in post-socialist Central and Eastern Europe. In: *European Journal of Cultural Studies*, 12/2009. S. 205-218.

Awosusi, Anita [Hrsg.] (1996): Die ungarische „Zigeunermusik“. Schriftenreihe des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma 5: Die Musik der Sinti und Roma. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Dt. Sinti und Roma.

Babusik, Ferenc (2004): Legitimacy, Statistics and Research Methodology – Who Is Romani in Hungary Today and What Are We (Not) Allowed to Know About Roma. In: *Roma Rights Quaterly*. No.2, 2004. S. 14-18.

Bachmann, Karin (2009): Mauer gegen Roma-Siedlung. *Wiener Zeitung*, Printausgabe, 25.12.2009.

Barthes, Roland (2003[1966]): Die strukturalistische Tätigkeit. In: Kimmich, Dorothee [et al.]: *Texte zur Literaturtheorie der Gegenwart*. Stuttgart: Philipp Reclam jun. S. 215-223.

Bayer, József (1995): Institutioneller Wandel und politische Kultur in Ungarn. In: Gorzka, Gabriele [Hrsg.]: *Ungarn im Wandel: Zwischenbilanz und Aspekte der ungarisch-deutschen Beziehungen*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik. S. 25-36.

Benz, Wolfgang [Hrsg.] (2002): *Lexikon des Holocaust*. München: Verlag C.H. Beck.

Bodó, Barna (2001): Schengen – The Challenge. In: Cholnoky, Győző [Hrsg.]: *A collection of studies by Hungarian Authors. Minorities Research No 3*, 2001. Budapest: Lucidus Kiadó. S. 105-113.

Borgatta, Edgar F. [Hrsg.] (1992): *Encyclopedia of Sociology*. Volume 1. New York: Charles Scribner's Sons.

Brecht, Bertolt (1993[1957]): *Schriften zum Theater. Über eine nicht-aristotelische Dramatik*. 22. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Burawoy, Michael/ Lukács, János (1992): *The Radiant Past: Ideology and Reality in Hungary's Road to Capitalism*. Chicago, Ill. [u.a.]: University of

Chicago Press.

Burawoy, Michael (2000): Grounding Globalization. In: Ders. [et al.] [Hrsg.]: Global ethnography: forces, connections, and imaginations in a postmodern world. London: University of California Press. S. 337-350.

Clark, Colin (1998): Counting backwards: the Roma 'numbers game' in Central and Eastern Europe. In: Radical Statistics, Issue 69, 1998. Abrufbar unter <http://www.radstats.org.uk/no069/article4.html>, letzter Zugriff am 30.09.2010.

Dannemann, Rüdiger (2004): Georg Lukács. Eine Einführung. Wiesbaden: Panorama Verlag.

Do Mar Castro Varela, Maria/ Dhawan, Nikita (2005): Gayatri Chakravorty Spivak – Marxistisch-feministische Dekonstruktion. In: Ds.: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: Transkript. S. 55-81.

Eagleton, Terry (1994): Einführung in die Literaturtheorie. Aus dem Engl. von Elfi Bettinger und Elke Hentsche. 3. Aufl. Stuttgart [u.a.]: Metzler.

Eagleton, Terry (2001): Was ist Kultur? Eine Einführung. Aus dem Engl. von Holger Fliessbach. 2. Aufl. München: C.H. Beck.

Eder, Beate (1993): „Geboren bin ich vor Jahrtausenden...“ Bilderwelten in der Literatur der Roma und Sinti. Klagenfurt: Drava. (DA Innsbruck 1991).

Farkas, Lilla (2004): The monkey that does not see. In: Roma Rights Quarterly, Number 2, 2004. S. 19-22.

Faschingeder, Gerald (2003): Themenverfehlung Kultur? Zur Relevanz der Kulturdebatte in den Entwicklungstheorien. In: Faschingeder, Gerald [et al.] [Hrsg.]: Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik? Wien: Promedia/Südwind. S. 9-32.

Faschingeder, Gerald (2006): „Stell dir vor, es ist Kultur, und keiner geht hin!“ Kultur und Entwicklung als Ignoranzverhältnis im Horizont der Transkulturalität. In: ZEP 4/2006. S. 14-18.

Felderer, Bernhard/ Homburg, Stefan (2005[1984]): Makroökonomik und neue Makroökonomik. Neunte, verbesserte Auflage mit 106 Abbildungen.

Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Foitzik, Jan (2008): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa. Verlauf, Ursachen und Folgen. In: Engelmann, Roger [et al.] [Hrsg]: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 35-60.

Foucault, Michel (1978 [1966]): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2007 [1972]): Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann. Frankfurt am Main: Fischer.

Funk, Sarah (2007): Kunst und Gesellschaft politisch denken. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIII (1B) 2007, Sonderheft. Themenschwerpunkt: Kunst Reflexion. Dokumentation der Reflexion des Kunst- & Kulturfestivals Onda Latinas. S. 28-59.

Futaky, Ruth/ Erdész, Sándor [Hrsg.] (1996): Zigeunermärchen aus Ungarn. Die Volkserzählungen des Lajos Ámi. München: Eugen Dietrichs.

Garton Ash, Timothy (1989): The uses of adversity: Essays on the fate of Central Europe. New York: Random House.

Gellner, Ernest (1965): Thought and Change. Chicago: University of Chicago Press.

Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis: eine Auswahl. Hrsg. u. übers. von Christian Riechers. Frankfurt am Main: Fischer.

Grotz, Florian (2000): Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa: Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich.

Gruner, Wolf D. / Woyke, Wichard (2007): Europa-Lexikon. Länder, Politik, Institutionen. 2. erweiterte Auflage. München: Beck.

Hall, Stuart (1996): New ethnicities. In: Morley, David und Chen/ Kuan-Hsing [Hrsg.]: Stuart Hall critical dialogues in cultural studies. London: Routledge. S. 440-449.

Hall, Stuart [Hrsg.] (1997): Representation: cultural representation and signifying practices. London: Sage.

Halwachs, Dieter W. (2000): Zur Geschichte, Situation und Sprache der Roma im Burgenland. In: Ders. [Hrsg.]: Der Rom und der Teufel. Märchen, Erzählungen und Lieder der Roma aus dem Burgenland. Klagenfurt: Drava. S. 223-236.

Haney, Lynne (2000): Global Discourses of Need. Mythologizing and Pathologizing Welfare in Hungary. In: Burawoy, Michael [et al.] [Hrsg.]: Global ethnography: forces, connections, and imaginations in a postmodern world. London: University of California Press. S. 48-73.

Hann, Christopher/ Humphrey, Caroline/ Verdery, Katherine (2002): Der Postsozialismus als Gegenstand ethnologischer Forschung. In: Hann, Christopher [Hrsg.]: Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive. Frankfurt/Main: Campus.

Haupt, Gernot (2009): Antiziganismus und Religion. Elemente einer Theologie der Roma-Befreiung. Wien, Berlin: LIT Verlag.

Hoóz, István (2001): Population census and ethnicity. In: Cholnoky, Győző [Hrsg.]: A collection of studies by Hungarian Authors. Minorities Research No 3, 2001. Budapest: Lucidus Kiadó. S. 12-19.

Huttenbach, Henry R. (1991): The Romani *Pořajmos*: The Nazi Genocide of Europe's Gypsies. In: Nationalities Papers Vol. 19, No. 3, Fall 1991. S. 373-394.

Imre, Anikó (2008): Roma music and transnational homelessness. In: Third Text, Vol. 22, Issue 3, May 2008. S.325-363.

Kalb, Don (2002): Nachwort. Globalismus und postsozialistische Perspektiven. In: Hann, Christopher [Hrsg.] (2002): Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive. Frankfurt / New York: Campus. S. 453-477.

Kállai, Ernő (2005): Legislation and government programs relating to the Roma population in Hungary since the political changes of 1989/90 In: Kemény, István ꞑ: Roma of Hungary. New York: Columbia University Press. S. 288-334.

Kimmelman, Michael (2008): In Hungary, Roma Get Art Show, Not a Hug. *The New York Times Online*, Zugriff am 19.06.2009 unter http://www.nytimes.com/2008/02/06/arts/design/06roma.html?_r=1

Kimmich, Dorothee/ Renner, Rolf Günther/ Stiegler Bernd (2003 [1996]): *Texte zur Literaturtheorie der Gegenwart*. Stuttgart: Philipp Reclam jun.

Klein, Ansgar (2001): *Der Diskurs der Zivilgesellschaft: Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. (politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen)*. Opladen: Leske und Budrich.

Knobloch, Johann (1953 [1943]): *Romani-Texte aus dem Burgenland*. Eisenstadt: [o.V.].

Kosztolányi G. (2001): Committed to the Future. Interview with actor Oszkár Nyári. *Central Europe Review*, No13. Zugriff am 20.06.2009 unter <http://www.ce-review.org/01/13/csardas13.html>

Kovats, Martin (2001): Hungary: Politics, Difference and Equality. In: Guy, Will [Hrsg.] (2001): *Between Past and Future. The Roma of Central and Eastern Europe*. Hertfordshire: University of Hertfordshire Press. S. 94-112.

Ladányi, János/ Szelényi, Iván (2006): *Patterns of Exclusion: Constructing Gypsy Ethnicity and the Making of an Underclass in Transitional Societies of Europe*. East European Monographs, No. DCLXXVI. New York: Columbia University Press.

Lauer, Kathrin (2009): Aus Budapest. *Der Standard*, Printausgabe. 26.8.2009.

Luhmann, Niklas (2002): *Einführung in die Systemtheorie*. Hrsg. von Dirk Baecker. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag.

Magill, Frank N. [Hrsg.] (1995): *International Encyclopedia of Sociology*. Volume One. London: Salem Press Inc.

Marsovszky, Magdalena (2006): *Neue völkische Bewegung und Antisemitismus in Ungarn*. In: Salzborn, Samuel [Hrsg.]:

Minderheitenkonflikte in Europa. Fallbeispiele und Lösungsansätze.
Innsbruck: Studienverlag. S. 201-221

Matelski, Marilyn J. (2005): Hungary's Roma Radio: Underserving the Underserved? In: *Journal of Roma Studies* 12(2) 2005. S. 256-269.

Mayer, Gregor und Odehnal, Bernhard (2010): *Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa*. Mit einem Geleitwort von Paul Lendvai. St. Pölten, Salzburg: Residenz Verlag.

McGarry, Aidan (2009): Ambiguous nationalism? Explaining the parliamentary under-representation of Roma in Hungary and Romania. In: *Romani Studies* 5, Vol. 19, No. 2. S. 103-124.

Mode, Heinz (1991 [1983]) [Hrsg.]: *Zigeunermärchen aus aller Welt*. Frankfurt a.M./Leipzig: Insel.

Moore, David Chioni (2005): Is the Post- in Postcolonial the Post- in Post-Soviet? Toward a global postcolonial critique. In: Desai, Gaurav/ Nair, Suriya [Hrsg.]: *Postcolonialisms: An Anthology of Cultural Theory and Criticism*. Oxford: Berg. S. 514-538.

Müller-Funk (2001): *Die Kultur und ihre Narrative. Eine Einführung*. Wien, New York: Springer.

Németh, Márton (2007): Nationalism, Xenophobia, Populism and Nation States in the Modern History of Central Europe. In: Nagypál, Szabolcs/ Šajda, Peter/ Weber, Rachael [Hrsg.]: *Roots of Vision, Routes of Change. Nationalism and Ecumenical Leadership. Ecumenical Anthology VI, WSCF Central European Subregion*. Budapest [u.a.]: BGÖ & WSCF-CESR. S. 34-42.

Niederhauser, Emil (2001): Prologue to the Issue of National Minorities in Hungary: The Emergence of National Agenda. In: Cholnoky, Győző [Hrsg.]: *Minorities Research: A Collection of Studies by Hungarian Authors*. S. 8-11.

Novy, Andreas [u.a.] [Hrsg.] (2008): *Dialog oder Konflikt der Kulturen? Aktion & Reflexion, Texte zur transdisziplinären Entwicklungsforschung und Bildung*. Paulo Freire Zentrum. Wien: [o.V.].

Novy, Andreas (2007[2002]): *Entwicklung gestalten*.

Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Geschichte, Entwicklung, Globalisierung, Band 5. 4., überarbeitete Auflage. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

Ottersbach, Markus (2003): Ausserparlamentarische Demokratie: Neue Bürgerbewegungen als Herausforderung an die Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Riedl, Isabelle (1997): Die Bühne als Ort kultureller Identität: Das Theater sprachlicher Minderheiten in Wien und im Burgenland. Dipl.-Arb. Universität Wien.

Ronzheimer, Hanna (2008): Minderheit und Medienpräsenz: Die medial Unsichtbaren – am Beispiel Ungarn. Zugriff am 30.09.2010 unter <http://oe1.orf.at/artikel/212124>

Rosenthal, Gabriele (2008[2005]): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. 2., korrigierte Auflage. Weinheim, München: Juventa.

Roser, Thomas (2010): Roma: „EU-Bürger zweiter Klasse“. In: Die Presse, Print-Ausgabe, 23.08.2010.

Rostás-Farkas, G. (2000): Meszületett a cigány színház. *Romaweb Online*, S. 33-34. Zugriff am 28.06.2009 unter <http://www.romaweb.hu/romaweb/index.html>

Rudolph, Hedwig (1996): Transformationen. Lösungen auf der Suche nach ihrem Problem. In: Hodenius, Birgit/ Schmidt, Gert [Hrsg.]: Transformationsprozesse in Mittelost-Europa. *Soziologische Revue*, 19. Jg., Sonderheft 4, 1996. S. 16-22.

Salzborn, Samuel (2006): Minderheitenkonflikte in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Kontroversen und Lösungsstrategien. In Salzborn, Samuel [Hrsg.]: Minderheitenkonflikte in Europa. Fallbeispiele und Lösungsansätze. Innsbruck: Studienverlag. S. 7-18.

Samer, Helmut (2001): Assimilationspolitik im Aufgeklärten Absolutismus. Romabase der Universität Graz. Zugriff am 31.09.2010 unter <http://romani.uni-graz.at/rombase/cd/data/hist/modern/data/maria.de.pdf>

Samer, Helmut (2002): „Gypsy-politics“ in Austria and Hungary from the 19th century to 1938. Romabase der Universität Graz. Zugriff am 31.09.2010 unter <http://ling.uni-graz.at/~romabase/cd/data/hist/modern/data/19-austria.en.pdf>

Siedschlag, Alexander (2000): Politische Institutionalisierung und Konflikttransformation: Leitideen, Theoriemodelle und europäische Praxisfälle. Opladen: Leske und Budrich.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2008 [2005]): Can the Subaltern Speak? Wien: Turia und Kant.

Stark David/ Bruszt László (1998): Postsocialist Pathways. Transforming Politics and Property in East Central Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Stewart, Michael (1997): The time of the gypsies. Boulder, Colo.[u.a.]: Westview Press.

Stewart, Michael (2001): Communist Roma Policy 1945-89 as seen through the Hungarian Case. In: Guy, Will [Hrsg.] (2001): Between Past and Future. The Roma of Central and Eastern Europe. Hertfordshire: University of Hertfordshire Press. S. 71-92.

Szigetvari, András (2009): Interview mit József Bayer. In Der Standard, Printausgabe, 22.03.2009.

Szöllőssy, Anna (2002): Cigányok a XIX századi magyar színpadon. *Beszélő*, 2002. S. 12-20.

Tajfel, Henri [Hrsg.] (1982): Social identity and intergroup relations. Cambridge: Cambridge University Press.

Tremlett, Annabel (2009): Bringing hybridity to heterogeneity in Romani Studies. In: *Romani Studies* 5, Vol.19, No.2 (2009). S. 147-168.

United Nations Development Programme (2002): Avoiding the Dependency Trap. The Roma in Central and Eastern Europe, *Human Development Reports online*. Zugriff am 12.11.2008 unter

<http://roma.undp.sk/>

Vermeersch, Peter (2006): *The Romani Movement. Minority Politics and Ethnic Mobilization in Contemporary Central Europe*. Oxford: Berghahn Books.

Welsch, Wolfgang (1995): Transkulturalität. Zur veränderten Verfasstheit heutiger Kulturen. In: *Zeitschrift für Kulturaustausch* Vol.45, Issue 1/1991. S. 39-44.

Wizner, Balázs (2005): *The Figures of Deprivation*. Book Review: István Kemény/ Béla Janky/ Gabriella Lengyel (2004): *A magyarországi cigányság 1971–2003 (The Roma in Hungary, 1971–2003)* Budapest: Gondolat. In: *The Hungarian Quarterly*, Vol.46, Issue 179, Autumn 2005. S. 158-162.

Wogg, Michael (2000): *Märchen, Erzählungen und Lieder der Burgenland-Roma*. In: Halwachs, Dieter [u.a.] [Hrsg.]: *Der Rom und der Teufel. Märchen, Erzählungen und Lieder der Roma aus dem Burgenland*. Klagenfurt: Drava. S. 237-249.

Zusammenfassung / Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Situation der Roma-Minderheit in Ungarn. Ausgehend von der Überlegung, dass gesellschaftliche Realitäten vielschichtig und komplex sind, wurde ein multiperspektivischer, interdisziplinärer Zugang gewählt. Unterschiedliche theoretische Strömungen dienen als Werkzeugkästen für die anschließenden Analysen. Geschöpft wird vor allem aus dem Repertoire von politischer Ökonomie und interpretativer Sozialforschung, Antiziganismusforschung, Systemtheorie, Postkolonialismus, Postsozialismus und Dekonstruktion. Es folgen Annäherungen an die Bedingungen des (Über-)Lebens der Roma in Ungarn aus unterschiedlichen Perspektiven. Thematisiert werden historische Kontinuitäten und Brüche des Neben-, Mit- und Gegeneinander von Magyaren und Roma, das spezielle Machtfeld Kultur und im Zusammenhang damit mediale Präsenz beziehungsweise mediale Repräsentation und Beispiele der Kunstproduktion von Roma als subversive Strategien, und schließlich Fragen der Identität und Definitionsmacht. Auf dem Hintergrund dieser Ausführungen findet die anschließende Analyse ausgewählter Themenfelder statt. Hierbei werden gesellschaftliche Dynamiken von Inklusion und Exklusion herausgearbeitet, unterschiedliche Interessen definiert und Machtstrukturen offengelegt. Die sozialistische Vergangenheit Ungarns und die Transformation der Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus weisen Brüche aber auch Kontinuitäten auf, die einen tieferen Kontext für den sozialen Abstieg eines großen Teils der Roma-Bevölkerung im postsozialistischen Ungarn liefert. Entwicklungen auf supranationaler Ebene haben indes Auswirkungen auf konkrete politische Agenden, die wiederum die Situation der Minderheiten im Land maßgeblich beeinflussen. Die Genese der ungarischen Minderheitenpolitik

wird in diesem Zusammenhang thematisiert. Ein Blick auf die Praktiken in den Büros der staatlichen Wohlfahrt schließlich zeigt, wie sich globale Diskurse bis auf die Ebene der Sozialarbeit und letztlich der Alltagskommunikation zwischen Roma und Magyaren auswirken.

This thesis deals with the situation of the Roma minority in Hungary. The initial standpoint hereby is the consideration that societal realities are complex and multilayered, therefore a multi-perspective approach seems accurate. Several different theoretical currents provide the tools for the following analyses. Especially the theoretical considerations and instruments of Interpretative Social Science, Antigypsyism-research, Systems Theory, Postcolonialism, Postsocialism and Deconstruction are being consulted. Such equipped, the text approaches the terms and means of the survival of the Roma in Hungarian mainstream society from different perspectives. It looks into historical continuities as well as disjunctions of interaction between Roma and non-Roma in Hungary, before turning to the arena of culture and media, examining forms of representation and production as well as subversive strategies, which leads to questions of identity and the discursive power of definition. To the background of this initial approaches, in-depth analyses of selected thematic fields take place, showing the dynamics of inclusion and exclusion, the variety of different interests and the existence of underlying structures of power. The socialist past of the country and the transformation of its society after the collapse of European state socialism shows disruptions as well as continuities, which provide for a distinctive context for the social decline of great parts of the Roma population in postsocialist Hungary. Meanwhile, supranational developments materialise into specific policies, which again influence the situation of the minorities on a national level. In this respect, the development of Hungarian minority policies is discussed. Finally, a (imaginary) visit to Hungarian state welfare

offices provides an understanding of the impact of global discourses on a local level, the changing working conditions of social workers and really the daily communication between Roma and Magyars.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig angefertigt habe. Es wurden nur die in der Arbeit ausdrücklich benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes Gedankengut habe ich als solches kenntlich gemacht.

Wien, dem 06.10.2010

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Lanoll', is written over the date.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name	Maria-Beate Landl
Geburtsdatum	04.11.1984
Geburtsort	8010 Graz
E-mail	mariabeate.landl@gmail.com

Ausbildung

1995 – 2003	BG/BRG Leibnitz Gymnasialer Zweig mit Italienisch und Latein
09/2003 - 10/2010	Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien
09/2005 – 06/2006	Global Studies, Karl-Franzens Universität Graz
09/2008 -	Studium der Hungarologie, Universität Wien
09/2008 – 12/2008	CEEPUS-Aufenthalt an der Universität Pécs, Ungarn
01/2009 – 02/2009	Forschungsaufenthalt in Pécs, Ungarn